



Plenarprotokoll

42. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 18. Oktober 2001

Messekonzeption	3136	Thorsten Geißler [CDU].....	3144
Landtagsbeschluss vom 12. Juli 2000		Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD].....	3145
Drucksache 15/199 (neu)		Anke Spoorendonk [SSW].....	3146
Bericht der Landesregierung		Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden	
Drucksache 15/1264		Beratung	3146
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	3136	Stammzellenforschung	3147
Uwe Eichelberg [CDU]	3137	Antrag der Fraktion der FDP	
Klaus-Dieter Müller [SPD]	3139	Drucksache 15/1268	
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	3140	Dr. Ekkehard Klug [FDP]	3147
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	3141	Jürgen Weber [SPD]	3148
Lars Harms [SSW].....	3143	Martin Kayenburg [CDU]	3149

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3150	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	3168
Lars Harms [SSW].....	3151	Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	3169
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz.....	3152	Wolfgang Kubicki [FDP]	3170
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss	3153	Wolfgang Fuß [SPD].....	3172
Tiertransporte	3153	Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3173
Große Anfrage der Fraktion der FDP		Anke Spoorendonk [SSW].....	3174
Drucksache 15/986 (neu)		Uwe Greve [CDU]	3175
Antwort der Landesregierung		Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss	3176
Drucksache 15/1252		Heinz Maurus [CDU], zur Geschäftsordnung.....	3176
Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	3153	Fördermittel für Investitionen im Rahmen der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse	3177
Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]	3155	Antrag der Fraktion der CDU	
Sandra Redmann [SPD].....	3156	Drucksache 15/1265	
Klaus Klinckhamer [CDU].....	3157	Claus Ehlers [CDU]	3177
Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3158	Jutta Schümann [SPD].....	3178
Lars Harms [SSW].....	3159	Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]	3179
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3160	Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3180
Jutta Scheicht [CDU].....	3161	Lars Harms [SSW]	3181
Beschluss: Überweisung an den Agrarausschuss zur abschließenden Beratung ...	3161	Jürgen Feddersen [CDU].....	3182
Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 2000	3161	Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	3183
Bericht der Landesregierung		Peter Jensen-Nissen [CDU].....	3184
Drucksache 15/1141		Beschluss: Überweisung an den Agrarausschuss	3185
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	3161	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark	3185
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	3162	Antrag der Fraktion der CDU	
Klaus-Dieter Müller [SPD]	3163	Drucksache 15/1258	
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	3165	Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	3166	Drucksache 15/1290	
Lars Harms [SSW].....	3167	Claus Ehlers [CDU]	3185
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung	3168	Anke Spoorendonk [SSW].....	3186, 3191
Auswirkungen von Basel II	3168	Rolf Fischer [SPD]	3187
Landtagsbeschluss vom 30. Mai 2001		Joachim Behm [FDP]	3189
Drucksache 15/954		Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3190
Bericht der Landesregierung		Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	3192
Drucksache 15/1177		Beschluss: Überweisung an den Europaausschuss.....	3193

Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels 3193Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 15/988 (neu)Antwort der Landesregierung
Drucksache 15/1246Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1299Anne Lütkes, Ministerin für Justiz,
Frauen, Jugend und Familie 3194

Ursula Sassen [CDU] 3195

Anna Schlosser-Keichel [SPD] 3196

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP] 3197

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 3198

Anke Spoorendonk [SSW]..... 3199

Beschluss: Überweisung an den Sozialaus-
schuss 3200**Gemeinsame Beratung** 3201**a) Genehmigung von Offshore-Wind-
parks** 3201Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1197**b) Offshore-Windparks**..... 3201Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1055Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1104Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche
Räume, Landesplanung, Landwirt-
schaft und Tourismus 3201

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]..... 3202

Friedrich-Carl Wodarz [SPD] 3205

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP] 3206

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN] 3208

Lars Harms [SSW] 3210

Klaus Klinckhamer [CDU]..... 3212

Manfred Ritzek [CDU]..... 3212

Heinz Maurus [CDU]..... 3213

Konrad Nabel [SPD] 3214

Beschluss: 1. Überweisung des Antrages
Drucksache 15/1197 an den Agrar-
ausschuss, den Innen- und Rechts-
ausschuss, den Umweltausschuss und
den Wirtschaftsausschuss

2. Überweisung des Berichts

Drucksache 15/1104 an den Agrar-
ausschuss, den Innen- und Rechtsaus-
schuss, den Umweltausschuss und den
Wirtschaftsausschuss zur abschlie-
ßenden Beratung 3215**Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des
Gebietes des Nationalparks Schleswig-
Holsteinisches Wattenmeer als Weltkul-
turerbe**..... 3215Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1249Beschluss: 1. Annahme des Absatzes 1 mit
Änderungen des Antrages Drucksache
15/1249
2. Absetzung der Absätze 2
und 3 des Antrages Drucksache
15/1249 von der Tagesordnung 3216**Umsetzung des Handlungskonzepts der
MASGV zur Sicherung der Pflegequali-
tät in den stationären Pflegeeinrichtun-
gen**..... 3216Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1269

Beschluss: Annahme 3216

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und
FamilieUte Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und
Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,
Technologie und VerkehrIngrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume,
Landesplanung, Landwirtschaft und TourismusHeide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Verbraucherschutz

* * * *

Beginn: 10:01 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung. Erkrankt sind die Abgeordneten Roswitha Strauß und Rainer Wiegard, denen wir von hier aus gute Besserung wünschen.

(Beifall)

Beurlaubt ist Frau Abgeordnete Caroline Schwarz.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

Messekonzeption

Landtagsbeschluss vom 12. Juli 2000

Drucksache 15/199 (neu)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1264

Ich erteile das Wort dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Professor Rohwer.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist kein internationaler Messestandort wie Hannover, Frankfurt oder Hamburg. Wer den Wettbewerb zwischen den großen Messestandorten und Messeplätzen kennt, weiß, dass es für Newcomer allemal schwer ist, in diesen Wettbewerb neu einzusteigen. Die finanzielle Kraft, eine völlig neue Messe internationalen Ausmaßes in Schleswig-Holstein aufzubauen, haben wir de facto nicht. Aber der vorliegende Bericht zur Messekonzeption zeigt zweierlei.

Erstens. Der **Messe- und Kongressstandort Schleswig-Holstein** hat schon jetzt eine Menge zu bieten, mehr, als manche von uns im Allgemeinen wahrnehmen.

Zweitens. Der Bericht zur Messekonzeption zeigt auch, dass es Erfolg versprechende Wege gibt, um durch Kooperation und weitere Profilierung der Standorte noch besser zu werden.

Der Bericht beinhaltet nicht nur die Stärken und Schwächen der Messestandorte, er zeigt auch die Bedeutung und die Perspektiven der Messeaktivitäten insgesamt auf - auch auf Schleswig-Holstein bezogen - und macht eine Reihe von konstruktiven standortbezogenen Vorschlägen zur Stärkung des Messewesens in Schleswig-Holstein.

(Jürgen Weber [SPD]: Sehr gut!)

Der Bericht, der sich auf ein Gutachten der „Glücksburger Konzepte GmbH“ stützt, konzentriert sich

dabei auf solche Standorte, die im Hinblick auf Messen, Kongresse und Events eine zentrale Versorgungsfunktion für ihr Umland haben. Als Leitstandorte sind sechs Städte genannt, die für das Messe- und Kongresswesen im Land von besonderer Bedeutung sind.

In Flensburg ist mit dem Bau der Campushalle eine viel versprechende Infrastruktur für große Kongresse und Events geschaffen worden. Sie muss jetzt auch angemessen genutzt werden.

In Husum hat sich mit der windtech die weltweit größte Messe für die Windkraftbranche,

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

eine internationale Leitmesse, etabliert, die hervorragend in das Wirtschafts- und Technologieprofil des Landes passt.

In Rendsburg hat mit der NORLA eine überregional bedeutende Messe für die Land- und Ernährungswirtschaft ihren Platz.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Neumünster ist der größte Messestandort in Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall)

Mit der Nordperd und der Nordbau sind hier zwei internationale Messen etabliert. Wer die letzte Nordbau besucht hat, weiß, dass sich diese Messe und der Messestandort Neumünster über die Landesgrenzen hinaus ein erhebliches Ansehen erworben haben.

(Vereinzelter Beifall)

Kiel ist mit der ausgebauten Ostseehalle

(Beifall der Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD], Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] und Dr. Heiner Garg [FDP])

der Standort für die größten In-House-Events im Land. Außerdem ist Kiel schon jetzt ein gefragter Kongressstandort - eine Funktion, die sich wegen der zentralen Lage Kiels,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Mit Flughafen!)

wegen der zahlreichen Hochschuleinrichtungen und der hervorragenden Verkehrsanbindungen einschließlich Flughafen zweifellos weiter ausbauen lässt.

(Beifall der Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD], Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] und Dr. Heiner Garg [FDP])

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Genauso wie Kiel hat auch Lübeck als Kongressstandort und Ausstellungsstandort noch große Potenziale, insbesondere im Umfeld der Musik- und Kongresshalle.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD] und Thorsten Geißler [CDU])

Neben diesen Highlightveranstaltungen gibt es im Land natürlich noch eine Reihe von regional wichtigen Branchen- und Themenveranstaltungen, sodass auch der Rest des Plenums Beifall spenden kann.

(Vereinzelter Beifall)

Es gibt einen weiteren Trend, der allen Grund zum Optimismus bietet. Die Messebranche in Deutschland - weltweit Nummer eins bei den internationalen Messen und eine der wichtigsten Dienstleistungsbereiche überhaupt - wächst weiter. Im Jahr 2000 stiegen die vermietete Standfläche und die Zahl der Aussteller um 5,2 %. Auch die Zahl der Besucher und das Interesse ausländischer Aussteller haben gegenüber dem Vorjahr zugenommen.

Für uns in Schleswig-Holstein heißt das, dass wir jetzt die Weichen richtig stellen müssen, um an dieser dynamischen Entwicklung teilzuhaben. Das heißt zualtererst **Kooperation**. Die Konkurrenz ist so stark, dass sich jeder Akteur in der Branche überlegen muss, wie er kooperieren kann und wie er vermeidet, allein eine Nische zu besetzen. Wir müssen die Akteure in den lokalen Betreibergesellschaften beziehungsweise in den Veranstaltungsorten für mehr Zusammenarbeit gewinnen. Ein erster konkreter Schritt dafür könnte der Vorschlag des Gutachters sein, einen Verband der Messe-, Kongress- und Eventveranstalter aus Schleswig-Holstein zu bilden.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Klaus-Dieter Müller [SPD] und Anke Spoo-
rendonk [SSW])

Das hätte mehrere Vorteile. Es würde die Präsenz in überregionalen Dachverbänden verstärken, es würde die Schaffung einer internetgestützten Vermarktungsplattform ermöglichen und es würde gemeinsame Werbe- und PR-Aktionen ermöglichen, was wichtig ist, wenn man überregional mithalten will.

Aber reichen tut das nicht. Um unsere Stärken zu nutzen und unsere Potenziale im Bereich des Messe- und Kongresswesens auszuschöpfen, brauchen wir auch eine Stärkung der Profile selbst. Ich will an dieser Stelle nicht vorwegnehmen, ob wir die sechs Standorte so halten können. Das muss die Diskussion zeigen. Wir fangen damit jetzt erst an. Sicher ist aber, dass wir diese Standorte, wenn wir sie halten, inhaltlich weiter profilieren müssen.

Sie haben vielleicht die InWaterTech in Kiel verfolgt, die wir jüngst durchgeführt haben. Sie ist ein Beispiel für eine neue **Profilierung**, die sich bisher noch nicht in einer großen Messe etabliert hat, aber die Chancen für den Meerestechnikstandort Schleswig-Holstein bietet.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn ich an den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein denke, haben wir auch hier Potenziale, die wir durch überregionale Veranstaltungen nutzen können. Was die windtech angeht, bin auch ich der Meinung, dass sie hervorragend zum Profil des Landes passt und weiter ausgebaut werden muss.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Redezeit läuft davon; ich höre gleich auf, Frau Präsidentin. - Auch die Ostseekooperation dürfen wir dabei nicht aus dem Auge verlieren. Wir werden besondere Chancen bei solchen Veranstaltungen haben, wo wir als Brücke Schleswig-Holstein überregional in die Ostseeregion hinein werben und zusammen mit Ostseepartnern solche Veranstaltungen durchführen.

(Beifall des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Ich schlage vor, dass wir heute noch keine abschließende Diskussion darüber führen, sondern den umfangreichen und gründlichen Bericht nutzen, um in den Ausschüssen darüber zu diskutieren und vor allem mit den Standorten zu diskutieren. Denn wir können nicht über die Köpfe der Standorte hinweg entscheiden, sondern müssen zusammen mit den Messe- und Kongressstandorten an der Profilierung weiter arbeiten. Ich lade Sie herzlich dazu ein, das mit uns gemeinsam zu tun.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe der Realschule Bad Schwartau.

(Beifall)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, das Gutachten ist sehr umfangreich und enthält eine gute Analyse und Bewertung der Standorte; da haben Sie völlig Recht. Allerdings bin ich mit dem Bericht insofern nicht ganz einverstanden, als er meiner Ansicht nach etwas zu mager ausgefallen ist. Da Sie gesagt haben, dass Sie daran arbeiten wollen, gehe

(Uwe Eichelberg)

ich davon aus, dass wir dann das richtige Papier haben werden.

Das ernüchternde Resümee haben Sie sehr deutlich geschildert. **Schleswig-Holstein** ist aufgrund seiner Randlage bei **Messen** nicht so positioniert, dass wir uns diesbezüglich große Chancen ausrechnen könnten. Dennoch sieht der Gutachter für verschiedene Standorte Perspektiven, und zwar in Nischenbereichen und da insbesondere in dem Segment Kongresse und Kongressmessen. Ich glaube, diese Ansatzpunkte sind es wert, vertieft zu werden. Gerade Standorte wie Kiel und Lübeck bieten wegen der bereits bestehenden Infrastruktur und der Verbindung mit den Universitäten und der Industrie hierfür gute Möglichkeiten.

Regionale Bedeutung haben **Messestandorte** wie Rendsburg und Neumünster, die sich etabliert haben und wirtschaftlich arbeiten. Das Angebot an Hallen und Freiflächen dort ist enorm, allerdings nur für regionale Messen.

Zum Bereich **Kongresse** stellt der Gutachter sehr richtig fest, dass die bedeutenden Wettbewerber Hamburg und in Zukunft auch Rostock - dies wäre noch um Hannover und Kopenhagen zu ergänzen - im Bereich der nationalen und internationalen Kongresse größere Chancen haben, als wir uns erarbeiten könnten. Dennoch sollten wir diesen Bereich im Blick behalten.

Wichtig ist, dass wir die Spezifika, die unser Land bietet, herausstellen. Da ist zum einen die Lage zwischen den Meeren - Sie haben es angesprochen -, zum anderen unsere schöne Landschaft. Die Altstadt in Lübeck, die zum Weltkulturerbe gehört, ist attraktiv genug, um Menschen hierher zu holen, die einen Besuch von Messen und Kongressen hiermit verbinden wollen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Erstaunt sind wir darüber, dass die Attraktivität des Standortes Sylt für Kongresse in dem Gutachten nicht berücksichtigt wurde. Gerade im Frühjahr und Herbst bieten sich hier nicht nur Chancen für Medizin- und Tourismus-Kongresse. Die Verbindung von Wellness und Kongress bietet gute Möglichkeiten für die Wertschöpfung. Der Flughafen Sylt ist ein gutes Verbindungsmittel. Solange wir noch mit der Bahn dorthin reisen können, ist das auch gut. Es bleibt abzuwarten, wie lange das noch möglich sein wird.

(Beifall im ganzen Haus)

Da nun alle mit Lob versehen wurden, will ich noch Folgendes sagen: Ein Bereich ist meiner Ansicht nach zu wenig berücksichtigt worden, Herr Minister. Das ist der Bereich der Verkaufsmessen. Sie sind zwar nur von regionaler Bedeutung, haben jedoch einen erhebli-

chen positiven Einfluss auf die Wirtschaft in den Regionen. Die einheimischen Geschäfte profitieren davon. Meist geht ein Verkauf über das gesamte Wochenende damit einher. Ich meine, dass man in diesen Bereich, zum Beispiel durch Wirtschaftsfördergesellschaften, noch mehr Professionalität hineinbringen könnte, damit die Möglichkeiten der Wertschöpfung genutzt werden können.

Erschreckt hat mich, in dem Gutachten lesen zu müssen, dass der Standort Husum mit der windtech im nächsten Jahr mit der windenergy in Hamburg eine große Konkurrenz bekommt. Ich glaube, es wird nur schwer möglich sein, dass wir uns diesbezüglich auf Dauer positionieren, insbesondere weil die großen Gesellschaften nicht mehr im Lande sind.

Skeptisch beurteilen wir die Möglichkeiten für Hightech-Messen und -Kongresse auch in Verbindung mit den Multimedia-Zentren in Kiel und Lübeck. Wir sind der Meinung, dass andere Standorte in Deutschland schon wesentlich weiter sind und eine Tradition entwickelt haben. Da sind Standorte wie Leipzig, Berlin, Hannover, München, Heidelberg, aber auch Hamburg schon etablierter. Es wird schwer für uns sein, da etwas herauszuberechnen.

Ein Bereich, der in diesem Zusammenhang genannt werden muss, weil wir dort eine Menge Professionelles bieten können, ist der Bereich Expeditionen und Transporte. Wir sind ein Transitland und verfügen über vielfältige Transportmöglichkeiten auf dem Wasser- und Luftweg sowie auf den Straßen. Daher sollte man über dieses Thema im Ausschuss noch einmal nachdenken.

Ein wichtiger Bereich sind die so genannten Events. Ich glaube, da können wir mehr machen als in der Vergangenheit, wenn den einzelnen Orten mehr Unterstützung gegeben wird. Die Angebote im Großraum Hamburg könnten additive Angebote darstellen, die mit dem Besuch unserer schönen Landschaft kombiniert werden könnten. Dazu gehören Timmendorf und Travemünde, aber auch Reinbek und Glückstadt. Auch Ahrensburg gehört zu den Möglichkeiten, die infrage kämen. Dies bedeutete mehr Wertschöpfung und wäre positiv im Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, Sie haben gehört, wie viele Orte betroffen sind. Daher empfehle ich Ihnen allen, sich dieses Gutachten noch einmal ganz genau anzuschauen, Ihre eigenen Erfahrungen vor Ort mit einzubringen und die Kolleginnen und Kollegen des Wirtschaftsausschusses anzusprechen. Die Fortentwicklung ist - das hat der Minister angesprochen - das Wichtigste. Diese Herausforderung sollten wir annehmen.

(Uwe Eichelberg)

Nicht hoffnungsfroh hat mich die Schlussfolgerung gestimmt, die Sie in Ihrem Bericht gezogen haben und die auf Folgendes hinauslief: Das Gutachten, das mit EU-Mitteln gefördert worden ist, hat viel Geld gekostet. Aber es steht kein Geld zur Verfügung, wenn gute Ideen kommen. Ich meine, hierbei müssen wir das berücksichtigen, was an Wertschöpfungsmöglichkeiten besteht. Darüber sollten wir uns im Ausschuss noch einmal eingehend unterhalten.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Müller.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In diesem Hause kann man von einer wahren Berichtsflut sprechen. Die meisten Berichte werden mit oder ohne Aussprache zur Kenntnis genommen. Dann hat in aller Regel die Abgeordnetenseele Ruhe. Das soll nach Vorstellung der SPD-Fraktion nicht das Schicksal des Berichtes der Landesregierung zur **Messekonzeption** werden. Wir werden das Thema und die im Zusammenhang mit dem Bericht gezogenen Schlussfolgerungen nach der heutigen Diskussion in die Gremien einbringen.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr gut!)

Gutachten und Bericht, die Minister Dr. Rohwer jetzt vorgelegt hat, kommen aus meiner Sicht zu vier wesentlichen Ergebnissen.

Erstens. Dem Messemarkt und dem Markt für Kongresse und Tagungen werden überdurchschnittliche Wachstumsraten zugeschrieben. Von diesem Wachstum profitiert nicht nur die Branche selbst. 1 DM Eigenumsatz bei Messe oder Kongress zieht 5 DM in Hotellerie, Gastronomie und Einzelhandel nach sich.

Zweitens. Es gibt einen klaren Trend zur Erlebnisorientierung bei Messen und Kongressen gleichermaßen. Messe und Kongress der Zukunft werden durch ein hohes Maß an emotionalen Komponenten bestimmt. Touristische Attraktionen, Kultur und Umgebung rücken in den Mittelpunkt des Interesses. In der Informationsgesellschaft hole ich mir die erforderlichen Informationen aus dem Netz. Die Messe, der Kongress werden zum Event. Da muss mehr rüberkommen als nur die Information. Hier liegen eindeutig Chancen für den Standort Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Es geht nicht um die Megaveranstaltungen, die Milliarden-Investitionen in Infrastruktur vorausset-

zen. Bei Messen geht es auch um Nischenmärkte und Branchensegmente. Bei Tagungen und Kongressen - das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen - haben nur 2 % aller Veranstaltungen mehr als 250 Teilnehmer. Die entscheidenden Infrastrukturmerkmale, die genannt werden, sind: gute Anreisemöglichkeiten, unter anderem auch Flughafen - Holtenau lässt grüßen! -, innerstädtischer Standort und reizvolle Umgebung.

Viertens. Es gibt keine Kooperation zwischen den **Messe- und Kongressstandorten** in Schleswig-Holstein, auch nicht zwischen den so genannten Leitstandorten. Ich füge hinzu: Nach meiner Einschätzung - ich habe alle Standorte besucht - gibt es auch nicht überall ein professionelles Management.

Aus alledem zieht der Minister zwei völlig richtige Konsequenzen: Erstens. Für die Förderung weiterer Infrastrukturmaßnahmen hat er einen Kriterienkatalog entwickelt, den wir inhaltlich voll unterstützen.

Zweitens. Minister Rohwer empfiehlt eine enge **Kooperation** vor allem beim Marketing und bei der Beschaffung. Er empfiehlt die Gründung eines Verbundes.

Die SPD-Fraktion geht mit ihren Empfehlungen und Schlussfolgerungen noch weiter. Sie haben dies bereits der Presse entnehmen können.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Erstens. Wir fordern zu prüfen, ob nicht mehrere Standorte von demselben Management geführt werden können. Wer die Branche ein wenig kennt - Herr Geißler, Sie gehören offenbar nicht dazu -, der weiß, dass attraktive Veranstaltungen nur rentabel werden, wenn sie in bestimmten Abständen an verschiedenen Standorten durchgeführt werden können. So erklärte uns vor wenigen Tagen der Leiter der Ostseehalle Kiel, er werde ungeachtet einer Kooperation mit dem Management der Campus-Halle in Flensburg eine Niederlassung in Flensburg errichten.

(Lothar Hay [SPD]: Aber die Flensburger sind schlauer geworden?)

- Ich habe nur fünf Minuten Redezeit, Herr Kollege.

(Lothar Hay [SPD]: Schade!)

Wir sind nicht der Meinung, dass - vielleicht beantwortet das Ihre Frage - Lübeck sich einem Kieler Management unterordnen sollte. Davon sind wir weit entfernt.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

(Klaus-Dieter Müller)

Aber wir fordern, dass die Betroffenen wirklich alle Möglichkeiten einer Kooperation prüfen, dass sie sich bewegen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wissen zum Beispiel, dass die Landesregierungen in Hamburg und Hannover Kooperationen auch mit schleswig-holsteinischen Standorten ins Auge fassen. Auch dafür wären wir offen.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Zweitens. Wir fordern eine Überprüfung der Standorte Husum und Rendsburg. Wir wissen sehr wohl, welche Befindlichkeiten diese Forderung auslöst und natürlich durch die Presseberichte ausgelöst hat. Aber, meine Damen und Herren, das Gutachten sagt eindeutig: Ein Weiter so kann es nicht geben. Ich füge freimütig hinzu: Über 40 Hektar Messefläche vorzuhalten für eine Veranstaltung von neun Tagen, da müssen sich die Betroffenen überlegen, was sie machen wollen. Das geht sicherlich nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Was Husum angeht, so ist es sicherlich ein sehr charmanter Standort, aber eine zweite Messehalle zu fordern, weil die erste nicht läuft, das kann keine sachliche Politik sein.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Lothar Hay [SPD])

Wir stellen beide Standorte nicht per se infrage, aber wir sagen: Hier muss sich etwas bewegen. Das Land kann hier leider nur als Moderator auftreten und es muss jedem bewusst sein, dass es weitere Mittel nur geben kann, wenn ernsthafte Perspektiven entwickelt werden.

Mit Hallen kann man Geld verdienen. Das Engagement der Provinzial, der Citti-Handelskette und der „Kieler Nachrichten“, die mehr als 50 Millionen DM in die Ostseehalle investiert haben, zeigt das. Die Entwicklung der Holstenhallenbetriebe in Neumünster belegt das. Messe- und Kongresshallen sind ein typischer Bereich für die Privatisierung und Private Public Partnership.

Meine Damen und Herren, unterschätzen Sie bitte nicht diese Branche und ihre Möglichkeiten in Schleswig-Holstein! Aber die Analyse hat Defizite offenbart und Chancen aufgezeigt. Professionalität ist gefragt und dazu gehört die Bereitschaft zur Kooperation. Wir alle haben auch Einfluss und Verantwortung in regionalen und lokalen Netzwerken. Sorgen Sie mit dafür,

dass diese Branche ihre Chance am Markt zukünftig auch wahrnimmt! Sorgen Sie dafür, dass es zu Kooperationen und einem gemeinsamen Marketing und gegebenenfalls auch zu gemeinsamen Managementstrukturen kommt!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Müller, es hat mich doch ganz beruhigt, dass Sie zum Schluss noch gesagt haben, dass das Land nur als Moderator auftreten kann. Ich hatte mich schon gewundert, hier im Landtag plötzlich aus Ihrem Munde vorgeschlagen zu hören, uns in private Messengesellschaften und deren Geschäftspolitik einmischen zu sollen. Aber es beruhigt, wenn Sie sagen, das Land ist nur Moderator, und so sollte man das auch weiterhin betrachten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Eine zentrale Botschaft des Gutachtens lautet: Der Markt für **Messen, Kongresse und Events** ist ein Wachstumsmarkt, aber **Schleswig-Holstein** spielt keine überregionale Rolle. Deshalb ist - ich zitiere aus dem Bericht - „der Aufbau eines breit wirkenden und international positionierten Messestandorts in Schleswig-Holstein realistisch nicht machbar und deshalb kein sinnvolles Ziel“.

Die Begründung wird auch geliefert. Es fehlen - ich zitiere nochmals -: „die langjährige Basis, die adäquate Infrastruktur und die internationale Erreichbarkeit.“

Ohne internationale Erreichbarkeit keine internationalen Kunden, so ist das nun einmal. Wir sollten diese Erkenntnis der Gutachter ernst nehmen, denn sie lässt sich auch auf viele andere Wirtschaftsbereiche übertragen. Aber das ist hier heute ja nicht das Thema.

Ansonsten lässt sich der Bericht kurz so zusammenfassen: Um die Effektivität und Effizienz der Messeaktivitäten zu erhöhen, sollen die Veranstalter sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren, doppelte Arbeit vermeiden und mit besserem Marketing mehr Kunden anlocken. Das trifft selbstverständlich auf jede Branche und auf jedes einzelne Unternehmen zu. Ein wirklicher Erkenntnisgewinn ist das wahrlich nicht.

(Beifall bei der FDP)

(Christel Aschmoneit-Lücke)

In der Umsetzung empfehlen die Gutachter dann die Gründung eines Verbundes mit Dachmarke und gemeinsamer Website inklusive Terminkalender und Werbung sowie zentrale Beschaffung. Auch hier ist meiner Meinung nach der Neuigkeitswert nicht gerade überragend. Private Unternehmen kommen in der Regel von alleine darauf, wie sie Geld verdienen können - auch im Messemarkt. Deshalb ist es auch weder verwunderlich noch ein Vorwurf, dass die Gutachter keine wesentlichen Neuigkeiten entdeckt haben. Die wesentlichen Geldquellen werden die privaten Veranstalter wohl schon erschlossen haben.

Der Wirtschaftsminister hat dies auch erkannt, weshalb ihm - ich zitiere - „eine Beteiligung des Landes an dieser Kooperation weder sachlich noch finanziell erforderlich zu sein“ scheint.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Vielen Dank für den Beifall. - Damit stellt sich die Frage, wo und warum der Landtag hier noch eingreifen sollte.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Wenn sich unsere eingriffsfreudige Landesregierung endlich einmal zurückhalten will, dann sollten wir sie nicht daran hindern, sondern sie durch eigene Zurückhaltung unterstützen, Herr Kollege Müller.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] - Zuruf des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

Ganz anders sieht das offensichtlich der Herr Kollege Müller und offensichtlich auch der Kollege Hay. In den „Kieler Nachrichten“ wurden Sie, Herr Kollege Müller, am Samstag so zitiert, als wäre ein sofortiges, umfassendes Handeln des Landes unabdingbar.

(Lothar Hay [SPD]: Ja, für Flensburg!)

Konzentration überörtlicher Veranstaltungen auf vier Standorte, Schließung der Standorte Rendsburg und Husum - so wurden Sie zitiert - und einheitliches Hallenmanagement als Fernziel - Sie haben es heute wieder gesagt -, so würde nach Ihren Vorstellungen ein Schuh daraus.

(Lothar Hay [SPD]: Wir haben noch Visionen!)

Ich frage mich oder vielmehr Sie, Herr Kollege Müller, wozu der Wirtschaftsminister ein teures Gutachten in Auftrag gibt, einen Bericht verfassen lässt und der Landtag wertvolle Zeit für die Diskussion verwendet, wenn die Mehrheitsfraktion der Koalition schon Konzepte vertritt, die die Erkenntnisse der Gutachter und der Landesregierung offensichtlich total negieren.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Aus dem Bericht der Landesregierung geht eindeutig hervor, dass weiteres staatliches Handeln im Messemarkt fehl am Platze ist, so wie in den meisten Märkten. Wenn die Veranstalter aus eigenem Interesse stärker zusammenarbeiten wollen, um sich die Potenziale dieses Wachstumsmarktes besser zu erschließen, dann ist das gut so. Wenn sie das aber nicht wollen, müssen wir damit wohl auch leben, denn - wie gesagt - es ist eine privatwirtschaftliche Entscheidung. Es ist deren Sache; denn sie arbeiten mit ihrem eigenen Geld.

(Jürgen Weber [SPD]: Nein, gar nicht nur mit dem eigenen Geld!)

Meine Damen und Herren, wenn sich das Land an den Infrastrukturmaßnahmen beteiligen soll, so stehen den Veranstaltern die einschlägigen Förderprogramme des Landes selbstverständlich offen, so wie allen anderen Interessenten auch. Ein weiteres Engagement des Landes ist nicht notwendig. Wenn ich an die Campushalle in Flensburg denke, dann meine ich, dass das Engagement des Landes dabei über die Maßen hoch gewesen ist.

(Zurufe der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Denn das derzeitige Ergebnis macht das bisherige Engagement des Landes durchaus fraglich.

Abschließend habe ich für die Kollegen Müller und Hay noch eine Empfehlung. Wenn Sie das alles so toll wissen und wenn Sie eine so gute Zukunft für die Messen in Schleswig-Holstein voraussehen, dann investieren Sie doch Ihr eigenes Geld in diese Ideen. Das wäre sicherlich ganz toll für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte zunächst gedacht, eine Debatte über die Messekonzeption in Schleswig-Holstein wäre ein ziemlich langweiliges Thema, ähnlich wie bei anderen Berichten, wo wir uns alle einig sind. Aber nun merke ich, dass das Thema überhaupt nicht langweilig ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Es sind richtig grüne Themen!)

(Karl-Martin Hentschel)

Die Debatte ist tatsächlich ausgesprochen spannend, wobei die Hauptkontroverse nicht einmal zwischen den Rednern hier vorn stattfindet - wenn ich einmal Frau Aschmoneit-Lücke außen vor lasse -, sondern die Hauptkontroverse offensichtlich zwischen einer Reihe von Abgeordneten stattfindet, die im Saale sitzen und über das murren, was die Vertreter ihrer Fraktion hier vorn sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] sowie vereinzelt bei der SPD - Heiterkeit)

Das ist eine ganz neue Konstellation hier im Saale.

Wir stellen fest, dass Schleswig-Holstein nicht der Messestandort Nummer eins in Deutschland ist. Von den 30 größten **Messestandorten** Deutschlands liegt kein einziger in **Schleswig-Holstein**. Die einzigen Themen, die in Schleswig-Holstein international besetzt sind, sind erstens die Windenergie, zweitens das Pferd und drittens die maritime Technik. Zwei weitere Themen sind national besetzt, nämlich der Bau und die Landwirtschaft mit der NORLA.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Das sind die fünf Themen, über die wir reden müssen; alles andere sind kleine sektorale Veranstaltungen ohne überregionale Bedeutung.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Natürlich gibt es hier im Saal eine Menge Lokalpatriotismus.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber nicht doch!)

Jeder meint, sein Ort sei der wichtigste, und jeder fühlt sich im Stich gelassen, wenn etwa gesagt wird, dass die Sache professioneller und etwas zentralistischer angegangen werden sollte. Dazu sage ich gleich noch etwas.

Offensichtlich wurde mit dem Bericht in ein Wespennest gestochen. Damit hatte ich nicht gerechnet. Ich finde es spannend, diese Debatte zu führen, muss Ihnen, Frau Aschmoneit-Lücke, allerdings sagen, dass ich nicht Ihrer Meinung bin.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Das ist aber schade!)

Wenn diese Landesregierung zig Millionen Fördergelder in Projekte steckt - gerade im Ziel-Programm gibt es ja die größten Investitionsvorhaben überhaupt, insbesondere auch im Bereich der Hallen und entsprechender Einrichtungen -, kann man nicht sagen: Lass die vor Ort machen, was sie wollen, die Politik küm-

mert sich nicht darum, sie darf nur subventionieren. Das kann es doch nicht sein, Frau Aschmoneit-Lücke!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es ist völlig richtig, was der Minister gesagt hat: Wir müssen uns konzentrieren und wir müssen Schwerpunkte setzen. Wir müssen auch Nischen besetzen. Denn Messewesen heißt Nischen im wirtschaftlichen Geschehen besetzen. Eine globale Messe wie die Hannover-Messe ist fast einmalig. Im Wesentlichen ist Messepolitik Standortpolitik mit ganz konkreten, speziellen Nischen, die man entdecken muss. Man muss gucken: Was hat Schleswig-Holstein? Die Themen sind an sich klar: Medizintechnik, Meeresbiologie und Meerestechnik, Ökotechnik, regenerative Energien und insbesondere natürlich in Husum Windenergie. Ich glaube, dass die Windenergie in Schleswig-Holstein einen ausgesprochen wichtigen Platz hat, auch als Identifikationsmerkmal für dieses Land. Wir müssen darum kämpfen, diese Messe hier zu erhalten, egal, an welchem Ort. Auch das sage ich. Aber Husum ist ein Klasse Punkt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Günter Neugebauer [SPD]: Auch Rendsburg!)

Die nächsten Punkte, an dem wir gerade arbeiten, sind Wellness und Gesundheit. Das ist ein Gebiet, das sicherlich ausgebaut werden muss.

Wir brauchen Kooperation und Professionalität. Wir brauchen aber noch etwas, nämlich Kombination. Mit Kombination meine ich, dass keine Messehalle in Schleswig-Holstein mit Messen ausgelastet ist. Das wird auch nie so sein. Das heißt, wenn wir Hallen und entsprechende Einrichtungen bauen, dann kann es nur darum gehen, Messen, Kongresse und Veranstaltungen, auch Kultur- und Sportveranstaltungen, in geeigneter Form miteinander zu kombinieren und die Angebote dementsprechend auszurichten. Nur dann werden wir zu ausgelasteten Hallen kommen, sodass sich unsere Investitionen lohnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet, wenn wir unsere Fördermittel einsetzen, dass wir in der Tat an die Messestandorte die Forderung nach Zusammenarbeit stellen müssen. Ein professionelles **Management** ist erforderlich. Was Husum dieses Jahr gemacht hat, war Klasse. Aber die Stadt Husum war nicht in der Lage, den Verkehr zu organisieren. Das muss man in diesem Zusammenhang auch sagen. Das ist von allen Veranstaltern festgestellt worden. Wenn nach drei Tagen gesagt wird, das machen wir beim nächsten Mal besser, aber man nicht in der Lage ist, ein paar zusätzliche Parkwächter hinzu-

(Karl-Martin Hentschel)

stellen, dann zeigt das, dass im Management noch Mängel bestehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist Ihre Schuld, nicht die der Stadt Husum!)

Auch wenn ich der Meinung bin, dass sehr viele Menschen mit der Bahn kommen sollten,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

braucht eine Messe nun einmal Parkplätze und entsprechendes Parkplatzmanagement. Wer dazu nicht in der Lage ist, muss zugeben, dass ein überregionales Management durchaus Sinn macht, auch wenn jetzt der Lokalpatriotismus von Herrn Maurus durchbricht. Da freue ich mich natürlich auch.

(Lachen bei der CDU - Heinz Maurus [CDU]: Ich habe gar nichts gesagt!)

Ich glaube, es war gut, dass der Bericht angefordert worden ist. Auch auf diesem Gebiet ist die Politik gefragt. Es geht um unsere Fördermittel, es geht um Millionensummen. Es ist gut, wenn wir an einem Konzept arbeiten, das auf die Zukunft ausgerichtet ist. Nicht alles, was man macht, ist gut. Vielmehr muss man Schwerpunkte setzen wie auf anderen politischen Gebieten auch. Ich hoffe, dass an diesem Tag im Landtag doch noch die Vernunft siegt und wir zusammenkommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht der Landesregierung kommt gleich zu Anfang zu einer richtigen Schlussfolgerung: Schleswig-Holstein verfügt über keinen ausgesprochen **internationalen Messestandort** wie andere Bundesländer. Dennoch gibt es hier bei uns sehr gute Voraussetzungen für Events und Kongresse. Es sind nicht nur die touristischen Voraussetzungen gegeben, auch der Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein hat etwas zu bieten. Die Schwerpunktsetzung für Lübeck als Standort für Gesundheit und Medizintechnik ist vernünftig. Somit würde sich Lübeck eher den medizinischen Kongressen widmen, während sich Kiel wohl stärker den Events und den Kongressen im Bereich der maritimen Wirtschaft zuwenden wird.

Es ist in jedem Fall wichtig, dass sich die Wissenschaftsstandorte keine Konkurrenz machen, sondern

sich gegenseitig ergänzen. Hierzu zählt aber auch, dass der dritte Wissenschaftsstandort in Schleswig-Holstein, nämlich Flensburg, ebenfalls genug Raum für eine Weiterentwicklung erhält. Reine Verbrauchermessen sind für den Wissenschaftsstandort Flensburg zu wenig.

Im Bereich Krankenhausmanagement und Krankenhaussoftware gibt es bereits eine Messe in Flensburg. Dies sollte ausgebaut werden. Dazu bekommt der Standort Flensburg mit der Fertigstellung der Campushalle im Dezember mehr Möglichkeiten, beispielsweise um Events durchzuführen, die es unbedingt zu nutzen gilt. Dabei sollte insbesondere ausgelotet werden, ob man nicht Veranstaltungen durchführen kann, die für die gesamte Region Schleswig, Sønderjylland bis hoch nach Kolding interessant sein können.

Insgesamt gilt aber, dass die **Hochschulen** an allen drei Orten eingebunden werden müssen und ein übergreifendes Konzept für die Standorte Flensburg, Kiel und Lübeck erarbeitet werden muss.

Schwieriger erscheinen mir die Entwicklungen in Rendsburg und in Neumünster zu sein. Im Gutachten wird deutlich, dass es durchaus zu einer Konkurrenzsituation zwischen den beiden Standorten kommen kann. Die räumliche Nähe beider Standorte lässt fast nichts anderes zu. Eine der wirklich wichtigsten **Messeveranstaltungen** im Norden ist die NORLA. Sollten sich sowohl Rendsburg als auch Neumünster um diese Veranstaltung bemühen, wäre dies fatal. Die NORLA gehört nach Rendsburg.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Eine Alternativveranstaltung in gleicher Größe scheint mir für Rendsburg nicht in Sicht zu sein. Daher glaube ich, dass man die derzeitigen Strukturen erhalten und für Neumünster andere Ideen entwickeln sollte. Aufgrund seiner zentralen Lage wäre Neumünster der einzige Standort, an dem wir eine überregionale Messe einrichten könnten. In diese Richtung sollten daher die Überlegungen gehen.

Die einzige internationale Messe auf schleswig-holsteinischem Boden haben wir in Husum. Der Standort Husum ist für die Windmesse vom Inhaltlichen her gesehen der ideale Standort.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele Windenergieanbieter haben ihren Sitz in Husum. Husum entwickelt sich immer mehr zu einem Zentrum für regenerative Energien, insbesondere der Windenergie.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Lars Harms)

So war es seinerzeit fast folgerichtig, dass man gerade hier, wo die Windenergie boomt, eine Windmesse angesiedelt hat. Gleichwohl hat der Standort seine Probleme. Für die alle zwei Jahre stattfindende **Windenergiemesse** sind die vorhandenen Einrichtungen mittlerweile zu klein. Aber es hat sich - um es einmal vorsichtig auszudrücken - noch keine richtige Konzeption für die Zeit zwischen den Windmessen herausgebildet, das heißt für einen Zeitraum von zwei Jahren. Hier muss zusammen mit den anderen Standorten schnell ein Konzept erarbeitet werden, damit Husum als Messestandort längerfristig eine Zukunft hat. Denn eines ist sicher: Husum ist der ideale Standort für die Windmesse. Geht diese Messe hier verloren, so geht sie für ganz Schleswig-Holstein verloren.

Sie sehen, meine Rede ist sehr auf Zusammenarbeit zwischen den Standorten ausgelegt. Auch wir vom SSW sind der Meinung, dass der **Messestandort Schleswig-Holstein** nur dann eine Chance hat, wenn wir zusammenarbeiten. Die im Bericht gemachten Vorschläge für eine Kooperation der Messestandorte können wir voll und ganz unterstützen. Wir können uns sogar anstelle eines Verbundes eine landesweite **Messegesellschaft** vorstellen. Aber das ist sicherlich Zukunftsmusik.

Ein Wermutstropfen findet sich aber trotzdem in dem Bericht und im Gutachten. Der Verbund der Messestandorte, den ich eben erwähnt habe, wird wieder einmal in Kiel angesiedelt, natürlich ohne weitere Begründung.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Eine ganz furchtbare Entscheidung!)

Es gibt auch keine Begründung dafür. Besser wäre es, diesen Standort in der Mitte des Landes anzusiedeln. Rendsburg oder Neumünster, die um ihre Standorte kämpfen, wären mit Sicherheit bessere Standorte. Ich finde, man bricht sich keinen Zacken aus der Krone, wenn man diesen Weg zu geht.

(Beifall bei SSW und SPD sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt dem Lübecker Abgeordneten Thorsten Geißler.

(Heiterkeit)

Thorsten Geißler [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In einigen Redebeiträgen sind natürlich auch

regionale Interessen angeklungen. Das ist ganz normal, wenn Standortfragen zu entscheiden sind.

(Heiterkeit)

Aber das einfach unter dem Stichwort Lokalpatriotismus zu subsumieren, wie Sie es getan haben, Herr Kollege Hentschel, greift zu kurz. Das ist auch deutlich geworden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn sich Flensburg beispielsweise überlegt, welche **Kooperationsmöglichkeiten** es mit Dänemark gibt, welche Möglichkeiten für uns bestehen, dänische Veranstaltungen zu gewinnen und dänische Besucher nach Flensburg zu holen,

(Lothar Hay [SPD]: So weit sind wir noch nicht!)

oder wenn wir uns in Lübeck überlegen, welche Möglichkeiten in einer stärkeren Kooperation mit Hamburg oder Mecklenburg-Vorpommern bestehen, um Veranstaltungen und Besucher zu uns zu ziehen,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

dann ist das kein kleinlicher Lokalpatriotismus, sondern in beiden Fällen geht es um zusätzliche Wertschöpfung für unser gemeinsames Land.

(Beifall bei CDU und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Deshalb - so meine ich - sind wir gut beraten, diesen Bericht jetzt sorgfältig auszuwerten, die einzelnen Stärken und Schwächen, die für die Standorte aufgezeigt worden sind, zu bewerten und Schlussfolgerungen zu ziehen, bevor wir vorschnell in einfache Lösungen verfallen.

Der Artikel in den „Kieler Nachrichten“, den Herr Hay und Herr Müller produziert haben, war aus meiner Sicht ein solcher Schnellschuss;

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoheit-Lücke [FDP])

denn er hat Vorschläge unterbreitet, die teilweise im Widerspruch zu dem Gutachten stehen. Wir sollten den umgekehrten Weg gehen und dieses Gutachten sehr sorgfältig beraten und auswerten. Dann können wir auch entsprechende Entscheidungen treffen.

Was wir am wenigsten brauchen, Herr Kollege Hay, sind ein Staatsdirigismus und ein Zentralismus nach dem Motto: Wir machen das hier schon alles und was für uns nicht in Betracht kommt und übrig bleibt, das können die anderen abgekommen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

(Thorsten Geißler)

Der Kollege Müller hat seinen Fehler offenbar auch erkannt. Immerhin hat er heute formuliert, es sei keineswegs gemeint, dass sich die Lübecker einem Kieler Management unterordnen sollten. Herr Kollege Müller, seien Sie unbesorgt. Das würden wir ohnehin nicht tun und auch nicht zulassen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Wenn es in Ihrer Fraktion jemals derart krause Gedanken gegeben haben sollte, dann sind sie, hoffe ich, jetzt jedenfalls vom Tisch und wir können in eine sorgfältige Beratung des Gutachtens und des Berichts eintreten, ohne dass solche Ideen, wie Sie sie geäußert hatten, weiter verfolgt werden. Dann kommen wir auch einen Schritt weiter.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Husum ist eine Messe wert!)

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

In der Tat: Husum ist eine Messe wert.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann sehr gut verstehen, dass andere **Messestandorte** im Lande neidisch nach Husum blicken. Immerhin findet dort die einzige wirklich internationale Messe in Schleswig-Holstein statt.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Nur frage ich mich: Was würde eigentlich passieren, wenn diese Messe abwanderte? Will sie Kiel oder will sie Lübeck haben? Den Streit, der dann entstünde, können wir uns lebhaft vorstellen.

Ich hätte wahrscheinlich nichts dazu gesagt, wenn nicht der Kollege Hentschel eine ärmliche Philippika gegen die Stadt Husum losgelassen hätte. Dem muss ich natürlich schon entgegentreten.

(Beifall der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU], Dr. Ekkehard Klug [FDP] und Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Selbstverständlich haben wir Probleme. Eine kleine Stadt wie Husum ist streckenweise mit solchen Dingen überfordert. Aber die Stadt Husum hat daraus gelernt. Zwei Dinge möchte ich dazu sagen.

Erstens findet in Husum eine außerordentlich persönliche, intensive Betreuung der Messe durch die **Stadt Husum** statt. - Herzlichen Dank übrigens, Herr Minister Möller, dass Sie dort mitgemacht haben.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Rolf Fischer [SPD] und Andreas Beran [SPD])

Hier fühlen sich die Aussteller sehr gut aufgehoben - das muss man dazusagen - und die Auslastung - die Bestellungen für die nächsten zwei Jahre - ist schon gegeben. Wir können also sagen, dass auch die nächste Windenergiemesse in Husum ein Erfolg werden wird.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das mag möglicherweise Rendsburg wieder ärgern. Aber Rendsburg sollte uns das gönnen können. Ein kleines Huhn mag auch einmal ein Korn haben. Gönnen Sie es diesem kleinen Huhn.

(Heiterkeit)

- Nicht dass ich das Huhn wäre!

Ein weiteres Wort zu Herrn Hentschel. Die Stadt Husum hat in der Tat Vorkehrungen getroffen, dass sich die Parkplatzsituation bis zum nächsten Mal wesentlich bessern wird.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU sowie Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie kauft in erheblichem Maße Grundstücke auf, damit das Parkplatzproblem, das wirklich ein großes Problem darstellt, gelöst werden kann.

Nun zur zweiten Halle! Eine zweite Halle mag ja widersinnig sein. Der Kollege Müller hat es deutlich gesagt: Wieso eine zweite Halle, wenn die erste nicht einmal ausgelastet ist? Das Problem besteht darin, dass man, wenn man die Messe wirklich auslasten will, in der Tat mehr Kapazitäten braucht. Hierin liegt übrigens ein Geburtsfehler des gesamten Messestandortes. Das hätte man sich aber vorher überlegen müssen. Gefragt sind nun allerdings wirklich innovative Modelle. Zu fragen ist: Wie können wir das ändern? Dabei ist für mich die Parkplatzsituation, die Infrastruktur, wesentlicher, aber über die Halle müssen wir natürlich sehr wohl nachdenken, und Recht gebe ich Ihnen: Wir brauchen für Husum Konzepte, die weiter gehen als nur bis zur Windtech. Dabei ist allerdings auch zu betonen, dass sich Husum als gesamte Stadt einbringen muss. Husum ist eine wunderschöne Stadt. Wir haben ja zwei schöne Städte in Schleswig-

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

Holstein, nämlich Lübeck und Husum - Flensburg selbstverständlich auch!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen noch zwei Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Zunächst erhält Herr Abgeordneter Hay das Wort.

(Lothar Hay [SPD]: Nein!)

- War das keine Wortmeldung?

(Lothar Hay [SPD]: Das war das Zeichen: Wir haben drei schöne Städte in Schleswig-Holstein!)

- Damit hat der Flensburger Abgeordnete seine Wortmeldung zurückgezogen. - Frau Abgeordnete Spoorendonk, dann haben Sie das Wort!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rede jetzt nicht als regionale Abgeordnete. Vielmehr habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich finde, dass wir in dieser Diskussion eigentlich das zentrale vergessen oder vielleicht auch gar nicht verinnerlicht haben, worum es geht. Es geht doch darum, inwiefern wir, als Landesparlament, als Parlament, weiterhin **Messestandorte** in Schleswig-Holstein finanziell unterstützen wollen

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoenit-Lücke [FDP])

und ob wir uns als Landesparlament weiterhin damit abfinden wollen, dass Messestandorte der Meinung sind, jeder müsse für sich alleine wurschteln. Die ganz zentrale Frage lautet doch, wie mein sehr geschätzter Kollege Harms vorhin bereits sagte - -

(Heiterkeit)

- Das musste ich einmal sagen. Die großen Fraktionen tun das ja auch immer.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Das ist der Unterschied zwischen dem SSW und den Großen. - Ich muss noch einmal auf Folgendes hinweisen. Die zentrale Frage lautet doch: Wollen wir nicht darauf hinarbeiten, dass wir mit dem Ministerium zusammen als Moderatoren eine landesweite **Messegesellschaft** in Schleswig-Holstein einrichten?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Eine staatliche?)

- Das hat nichts mit Staatsdirigismus zu tun.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: „Eine staatliche“, habe ich gefragt!)

- Nein. Das ist ja nicht zentral. Die zentrale Frage lautet: Wollen wir dieses anstoßen, wollen wir die Messestandorte, die **Betreibergesellschaften** alle mit ins Boot holen, wollen wir darauf hinarbeiten, dass man zusammenarbeitet und nicht gegeneinander arbeitet? Man muss endlich einmal begreifen, dass wir Messen nicht für uns alleine machen, weil sie so schön sind, sondern weil wir Menschen nach Schleswig-Holstein holen wollen. Darauf kommt es doch an.

(Beifall beim SSW und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Kollegin Spoorendonk, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie, wenn Sie eine landesweite Messegesellschaft organisieren wollen, natürlich eine staatlich organisierte Messegesellschaft meinen?

Anke Spoorendonk [SSW]:

So weit sind meine Überlegungen noch nicht gegangen. Man kann sich noch alles Mögliche einfallen lassen.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Schwarz-Weiß-Malerei ist doch wirklich nicht angebracht. Ich plädiere nur dafür, dass man begreift, dass Schleswig-Holstein ein Messestandort ist, und dass man dann auch sehen muss, wie man die verschiedenen Messen und Konferenz- und Eventstandorte stärken kann. Darum muss es doch gehen. Es kann doch nicht sein, dass wir sagen: Husum ist schön und Neumünster ist auch schön. Das bringt doch nichts!

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es ist beantragt worden, den Bericht dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

Stammzellenforschung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1268

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Stammzellenforschung darf nicht länger blockiert werden. Vor drei Monaten hat der Landtag mit großer Mehrheit gegen das Votum der FDP-Fraktion und gegen die Stimmen von vier SPD-Kollegen und -Kolleginnen eine Denkpause in Sachen Stammzellenforschung gefordert.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Soll damit eine Pause beim Nachdenken oder eine Pause zum Nachdenken über dieses Thema gemeint gewesen sein? Zugunsten der Landtagsmehrheit möchten wir - wohl wollend wie immer - davon ausgehen, dass die verehrten Kolleginnen und Kollegen ihre beachtlichen Kapazitäten zum Nachdenken in den letzten Monaten nicht auf Null heruntergeschraubt haben.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb legen wir Ihnen heute wieder einen Entschließungsantrag zum Thema Stammzellenforschung vor. Das tun wir in der Hoffnung, dass Ihnen in der Zwischenzeit manches an diesem Thema zu denken gegeben hat. Die SPD hatte beispielsweise Anlass, darüber nachzudenken, dass der gemeinsame Antrag, den sie mit großer Mehrheit ihrer Fraktion mit beschlossen hat, in weiten Teilen identisch mit einem Antrag ist, den die CDU-Fraktion des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 20. Juni gegen die Gentechnik-Politik von Wolfgang Clement eingebracht hatte. Es ist bemerkenswert, dass Sozialdemokraten im Schleswig-Holsteinischen Landesparlament etwas mit beschließen, was ihre Kollegen in Düsseldorf abgelehnt haben und was dort von der Union ganz zielgerichtet gegen die Politik des stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden und dortigen Ministerpräsidenten Clement eingebracht wurde.

Die Zeit drängt. Im Dezember will die Deutsche Forschungsgemeinschaft in diesem Forschungsbereich endgültig ihre Förderentscheidungen treffen. Bis dahin

hatte sie dies auf politischen Wunsch hin zurückgestellt. Aber im Interesse der deutschen Forschung und - ich sage ausdrücklich - auch im Interesse der Forschung hier an den Hochschulen in Schleswig-Holstein darf diese Angelegenheit nicht länger auf die lange Bank geschoben werden. Es gilt, die mögliche Abwanderung kompetenter Forscher aus Deutschland und aus unserem Land Schleswig-Holstein zu verhindern.

Sie konnten gestern beispielsweise in den „Lübecker Nachrichten“ nachlesen, wie sehr die Medizinische Fakultät in Kiel und die Medizinische Universität in Lübeck darauf drängen, dass es zu einer raschen Entscheidung kommt. Heute können Sie in der Wochenzeitung „Die Zeit“ einen Bericht nachlesen. Da wird darüber berichtet, dass der **Nationale Ethikrat**, den der Bundeskanzler zur Beratung dieses Komplexes mit einberufen hat, mehrheitlich für die Freigabe der Forschung mit embryonalen Stammzellen votieren wird und demnächst den entsprechend formulierten Beschluss auch veröffentlichen wird. „Die Zeit“ macht aber auch darauf aufmerksam, dass es im politischen Raum - bei der Bundesjustizministerin - in der Sache sehr stark divergierende Positionen gibt.

Es geht auch um einen politischen Klärungsprozess. Wir sind der Überzeugung, dass der Landtag, der unserer Verfassung nach das oberste Organ der politischen Willensbildung in diesem Lande ist, seinen Beitrag zu der Diskussion leisten sollte und die Rahmenposition beschreiben sollte, aufgrund derer der Bundestag nach unserer Auffassung sehr schnell - das heißt noch in diesem Jahr - seine Entscheidung im Interesse der Forschung in unserem Land treffen muss. Dies sollte er auch aus wohl begründeten und ethisch fundierten Motiven der medizinischen Forschung heraus in der Sache tun.

Die „Frankfurter Rundschau“ hat in einem Beitrag vom 14. August 2001 darauf hingewiesen, dass bereits seit den 60er-Jahren aus abgetriebenen Embryonen spezielle Zelllinien gewonnen werden, um beispielsweise Impfstoffe gegen Röteln zu gewinnen. Wer die **Forschung an embryonalen Stammzellen** ablehnt, müsste eigentlich konsequenterweise auch das eben Beschriebene ablehnen, nämlich dass aus Zelllinien, die aus abgetriebenen Embryonen gewonnen werden, seit geraumer Zeit Impfstoffe - etwa gegen Röteln - produziert werden. Das sind übrigens Impfstoffe, die verhindern, dass sich Kinder im Mutterleib mit Röteln infizieren und möglicherweise dadurch lebenslang mit schweren Herz- oder Hirnschäden belastet sind.

Das ist auch eine Frage der Abwägung dessen, was man als ethisch notwendig und vertretbar erachtet. Wir stehen in dieser Frage auf der Seite derer, die sagen, dass es eine ethisch begründete und hoch berechnete

(Dr. Ekkehard Klug)

Forderung ist, in diesem Bereich medizinische Forschung voranzubringen. Das gilt genauso für die Forschung mit embryonalen Stammzellen.

Der neue **Biotechnologie-Studiengang** in Lübeck zeigt dies ebenso wie das neue Kieler **Zentrum für Knochenmark- und Stammzellentransplantation**, für das die Ministerpräsidentin erst kürzlich den Grundstein gelegt hat. Wir haben also Einrichtungen, die ein hohes Potenzial für Forschung in diesem Bereich aufweisen. Wir sollten - gerade im Interesse unseres Landes - ein Signal geben, dass wir diesen immens wichtigen Sektor der medizinischen Forschung für unser Land nicht versperren wollen, sondern dass wir grünes Licht für Entwicklungen geben, die für alle Menschen wichtig sind.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte beachten Sie, dass bereits die rote Lampe leuchtet.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ja. - Zum Schluss nenne ich noch einen Verfahrensvorschlag: Ich habe gestern mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen über das weitere Verfahren der Antragsberatung gesprochen. Wir sind übereingekommen, dass wir diesen Antrag gern zur weiteren Beratung an den Bildungs- und Wissenschaftsausschuss überweisen wollen, allerdings mit der Maßgabe, dass die Antragsberatungen nicht von langer Dauer sind und wir uns in der November-Tagung erneut mit diesem Thema befassen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich in seiner vorletzten Tagung ausführlich mit dem Problem der Stammzellenforschung befasst. Wir haben mit großer Ernsthaftigkeit, wenn auch sehr kontrovers, diskutiert. Der Landtag hat sich mit großer Mehrheit für ein **Moratorium** ausgesprochen, ohne einen Endpunkt der Denkpause zu definieren. Ich habe das anders gesehen und sehe das heute auch noch anders. Der politische Wille der Mehrheit des Hauses war aber meines Erachtens nach unzweideutig. Insofern bringt der heutige FDP-Antrag nichts wesentlich Neues. Außerdem enthält er einige missverständliche Formulierungen, auf die ich zum Schluss noch eingehen möchte.

Wie stellt sich zum heutigen Zeitpunkt für uns die nationale Debatte zur Stammzellenforschung dar? Die Enquetekommission des Bundestages hat angekündigt, bis Mitte November ihr Votum abgeben zu wollen. Der Vorsitzende des Nationalen Ethikrates, Professor Simitis, hat angekündigt, erst im Dezember eine Stellungnahme abgeben zu wollen. Herr Klug hat darauf hingewiesen. Damit ist klar, dass sich der **Deutsche Bundestag** auf keinen Fall vor Mitte Dezember - wenn überhaupt - mit diesem Thema neu befassen kann. Das ist in der Tat ein Datum, das nach dem Entscheidungsdatum der **Deutschen Forschungsgemeinschaft** liegt, die nach mehreren Verschiebungen festgelegt hat, dass sie über den Antrag von Brüstle aus Bonn in diesem Jahr entscheiden will.

Hier geht es um den **Import** embryonaler Stammzellen. Alle künftigen Menschen haben bisher darauf hingewiesen, dass die rechtliche Frage eigentlich eindeutig ist. Ein Import embryonaler Stammzellen ist rechtens und kann nicht untersagt werden. Deshalb stehen wir vor folgender Situation. Da der Bundestag vorher nicht entscheiden wird, die DFG aber auf rechtlicher Basis entscheiden will, wird und kann sie eigentlich nur positiv entscheiden. Das ist vor dem Hintergrund, keine politische Grundlage zu haben und trotzdem eine so gewichtige und weit tragende Entscheidung fällen zu müssen, wahrlich keine glückliche Situation. Diese Situation hat ein wenig die Politik zu verantworten, weil sie schneller hätte arbeiten dürfen.

Es gibt eine Reihe von Fragen, die abzuschließen sind und über die momentan sehr ernsthaft diskutiert wird. Da ist beispielsweise die Frage der Etablierung einer **Selbstverpflichtungserklärung** für Forscher in der Wissenschaft, aber auch in der Industrie. Weiter besteht die Frage der Schaffung einer **Kontrollinstanz**, vergleichbar mit der zentralen Kommission für Biologische Sicherheit beim Robert-Koch-Institut, die wir heute schon haben. All das wären Möglichkeiten, die auch Anbindung an den Bereich der Stammzellenforschung finden könnten.

Nach wie vor unentschieden ist, ob wir nur die Frage des **Imports** regeln sollen oder ob auch ein Einstieg in eine **Nutzung** von embryonalen **Stammzellen aus Deutschland** möglich sein soll. Ebenso unentschieden sind auch die Fragen, ob und wie das Embryonenschutzgesetz verändert werden soll und ob eine eventuelle Genehmigung der Forschung mit embryonalen Stammzellen an die Qualifikation der Forscher oder an die Spezifikation des Materials gebunden werden soll. Das sind ernsthafte Fragen, über die es lohnt, sich damit auseinander zu setzen. Diese Fragen müssen entschieden werden. Meines Erachtens müssen sie zügig und bald entschieden werden, weil diese Ent-

(Jürgen Weber)

scheidungen sonst außerhalb unserer nationalen Kompetenz gefällt werden. Das kann niemand wollen.

Der Antrag der FDP ist in einem Punkt in seiner Formulierung missverständlich und deshalb auch problematisch. Im letzten Spiegelpunkt wird die Zulassung der Stammzellenforschung als die „einzig sinnvolle, politisch und ethisch vertretbare Alternative“ bezeichnet. Auch wenn ich persönlich die Auffassung teile, dass diese Forschung ethisch vertretbar und meines Erachtens unabdingbar ist, so halte ich es für unerträglich, das Parlament eine einzig ethisch vertretbare Position beschließen lassen zu wollen.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Kollege Klug, so etwas kann ein Parlament nicht beschließen. Deshalb bin ich einverstanden damit, den Antrag zu überweisen. Vielleicht gelingt es ja, eine Mehrheit jenseits der Beschlussfassung von vor zwei Monaten zu finden, wenn wir noch ein wenig Arbeit in diesen Entwurf stecken. Ich bin sehr dafür, dass wir dies nicht auf die lange Bank schieben, sondern dieses Thema - wenn der Bildungsausschuss fleißig ist - noch im November im Parlament wieder aufrufen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Kayenburg hat als Oppositionsführer das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin dem Kollegen Weber außerordentlich dankbar für seinen nachdenklichen Beitrag. Ich glaube, dass wir uns - als wir gemeinsam das Moratorium beschlossen haben - nicht aus der politischen Verantwortung gestohlen, sondern uns in einer ernsthaften Debatte um die embryonale Stammzellenforschung eine zwingend notwendige Denkpause auferlegt haben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir wollten Klarheit darüber gewinnen, was wir im Zuge der **Stammzellenforschung** gesetzlich regeln müssen. Kollege Weber hat darauf hingewiesen, welche Problematik jetzt entsteht, wenn die DFG auf einer nicht vollständigen Basis Entscheidungen treffen will oder treffen muss. Herr Kollege Klug, wir waren uns einig darüber, dass wir eine intensive und zielführende Diskussion führen müssen. Herr Dr. Wadepful hat in der letzten Debatte völlig zu Recht festgestellt, dass wir uns bei einer verantwortungsbewussten politischen Entscheidung eben nicht unter Druck setzen lassen wollen und dürfen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Aus diesem Grund glaube ich, dass wir nicht zwangsläufig in diesem Jahr noch eine Entscheidung herbeiführen müssen, die wir später gegebenenfalls bereuen könnten. Dies vor allem vor dem Hintergrund der noch ausstehenden Entscheidung in Berlin.

Herr Dr. Klug, ich kann verstehen, dass die FDP unter dem Aspekt der Heilung schwer kranker Menschen und mit dem Ziel, gute Forscher im Lande zu halten, sowie aus Sorge, dass der Forschungs- und Entwicklungsstandort im Lande noch schlechter werden könnte, mit Ihrem heutigen Antrag Druck auf den Bundestag ausüben will. Das ist gut und legitim. Allerdings glaube ich auch, dass es nicht zwingend so sein wird, dass der **Bundestag** bis zum Jahresende zur **Entscheidung** kommt. Die **Denkpause**, die sich der Bundestag auferlegt hat, scheint noch nicht zu Ende zu gehen. Selbst wenn der Bundestag in diesem Jahr noch eine gesetzliche Regelung festlegen wird, glaube ich nicht, dass dies zwingend dazu führen wird, dass der Schutz der Menschenwürde vor bio- oder gentechnologischen Entwicklungen gesichert ist. Im Gegenteil: Wir werden auch dann weiter Fehlentwicklungen haben, weil wir im Ausland mit der Forschung an embryonalen Stammzellen längst viel weiter sind. Das gebe ich gern zu. Angesichts der internationalen Verflechtungen in der Forschung brauchen wir dringend eine **einheitliche Schutzbestimmung** zur Lösung der Problematik. Das ist die eigentliche Herkulesaufgabe, die der Bundestag zu leisten hat.

(Beifall des Abgeordneten Andreas Beran [SPD])

Bevor wir jedoch über gesetzliche Rahmenbedingungen entscheiden, müssen wir die **Grundfrage**, wann **zu schützendes Leben** beginnt, beantworten. Das muss jeder für sich tun.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Die CDU-Fraktion hält dabei an der philosophisch-naturwissenschaftlichen Position fest, dass jeder menschliche Embryo von Anfang an - von der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle an - ein menschliches Wesen ist. Jeder menschliche Embryo hat Anspruch auf Unantastbarkeit der Menschenwürde. Dies ist auch in § 8 Abs. 1 des Embryonenschutzgesetzes verankert. Herr Kollege Klug, ich gebe zu, dass Forschung ohne Zweifel Freiraum braucht, wenn wir eine Fortentwicklung im Bereich der Bio- und Gentechnologie haben wollen. Die Grenze muss aber dort sein, wo die Menschenwürde beginnt.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Martin Kayenburg)

In diesem Zusammenhang möchte ich ein paar kurze Worte zur **Präimplantationsdiagnostik** sagen. Die CDU lehnt diese Diagnostik nicht grundsätzlich ab. Ich akzeptiere sie zum Beispiel bei Paaren mit Kinderwunsch, bei denen ein hohes Risiko schwerwiegender genetisch bedingter Erkrankungen des Babys gegeben ist, wenn anderenfalls später mit einer Abtreibung zu rechnen wäre. In diesem Zusammenhang bin ich mir durchaus der Gefahr bewusst, die von PID ausgehen kann, nämlich dass wir eine neue Art Erbgesundheitslehre heraufbeschwören könnten. Wir würden unter Umständen zu einer umfassenden Qualitätskontrolle des werdenden Menschen kommen. Hier sehe ich die Hauptproblematik.

(Beifall bei CDU und SSW)

Wir als CDU sehen aber auf der anderen Seite auch die Chance, dass medizinische Handlungsansätze verstärkt von der Therapie auf die Prävention verlagert werden. Bisher unheilbare Krankheiten könnten heilbar werden. Nebenwirkungen von Therapien könnten minimiert werden. Deshalb begrüßen wir die Fortschritte bei der Erforschung des therapeutischen Potenzials adulter Stammzellen einschließlich der Stammzellen aus Nabelschnurblut. Allerdings lehnen wir die Erzeugung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken und zu therapeutischen oder gewerblichen Zwecken ebenso entschieden ab wie das therapeutische Klonen.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Umgang mit **Embryos aus künstlicher Befruchtung**, die nicht eingepflanzt werden, zwingt uns schließlich unter ethischen und rechtlichen Aspekten zu einer neuen Diskussion. Einer unvoreingenommenen Analyse müssen wir uns unter den bisher gültigen Prinzipien, Normen und Methoden in sittlicher Verantwortung stellen. Herr Dr. Klug, ich glaube, dass nicht allein Verantwortungsethik entscheiden kann. Vielmehr stehen wir hier in dem Dilemma zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Das sind unsere Entscheidungsparameter. Eine Gewissensentscheidung muss jeder für sich selbst treffen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Abgeordneter Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein ethisch und wissenschaftlich begründetes Ziel, **Heilungschancen für schwere Erkrankungen** zu entwickeln. Das gilt vor allem für

solche Krankheiten, die bisher gar nicht oder nur unzureichend behandelt werden können. Insofern stimmen wir dem ersten Punkt des FDP-Antrags zu.

Ebenso können wir dem zweiten Punkt zustimmen. Der Respekt, die Akzeptanz und auch die Toleranz und der Wille zur Integration von **Menschen mit Behinderungen** müssen erhalten und sogar ausgebaut und verbessert werden. Diesem Ziel ist aber meines Erachtens der restliche Teil des vorgelegten FDP-Antrags nicht gerade zweckdienlich. Der Import embryonaler Stammzellen widerspricht dem Geist und dem Ziel des Embryonenschutzgesetzes. Insofern hat der Kollege Weber Recht, wenn er sagt: Der Import ist rechtens und kann nicht untersagt werden.

Meines Erachtens ist er im Geist und Sinn des Gesetzes nicht rechtens. Das ist meine Einschätzung. Er kann aber nicht untersagt werden, weil das Embryonenschutzgesetz den Tatbestand des Imports zur damaligen Zeit gar nicht berücksichtigen konnte, weil diese Frage nicht aktuell war. Das haben wir im Verlauf der damaligen Debatte bereits ausgeführt.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Andreas Beran [SPD])

Trotzdem sind Geist und Ziel des Gesetzes eindeutig. Ein Gesetz wird durch seine Bestimmung ausgemacht und nicht durch das Fehlen aus der Historie begründbarer Detailaussagen.

Die **Würde des Menschen** ist unantastbar. Auch ein Embryo im frühen Entwicklungsstadium hat die Anlage, ein Mensch zu werden. An ihm selbst und an aus ihm gewonnenen Zellen darf nicht zu wissenschaftlichen oder medizinischen Zwecken geforscht und experimentiert werden. Hier ist es vollständig irrelevant, ob es sich um totipotente embryonale Stammzellen handelt, aus denen theoretisch wieder ein eigenständiger Embryo erwachsen könnte, oder ob es sich bloß um multipotente Stammzellen handelt, aus denen lediglich anderes menschliches Gewebe kultiviert werden kann. Das ist aus unserer Sicht gleichgültig.

Im Embryonenschutzgesetz geht es um den Schutz des einzelnen, des ursprünglichen Embryos. Das heißt, es widerspricht bereits dem deutschen Schutzstatus, wenn Stammzellen aus dem Embryo gewonnen und entnommen werden, egal, ab welchem Zellstadium, egal ob sie toti- oder multipotent sind. Bei den hier infrage kommenden Fällen werden Embryonen in vitro erzeugt, um eine Schwangerschaft zu ermöglichen, um ein Kind zu werden, nicht um als Materiallager benutzt zu werden.

Genauso wenig dürfen Embryonen als überprüfbares menschliches Material gesehen werden, das eine Qua-

(Irene Fröhlich)

litätsprüfung entweder besteht oder nicht besteht. Embryonen mit nachweisbarer Behinderung dürfen durch einen solchen Qualitätstest nicht automatisch aussortiert werden. Leben hat Würde ohne Vorbedingung, Leben ist Vielfalt, Leben ist Anderssein, Leben ist Toleranz, Leben ist Gemeinsamkeit in Vielfalt.

Die einzige Rechtfertigung für Eltern, sich gegen ein behindertes Kind zu entscheiden, ist nicht sein Behindertsein, sondern vielmehr die aus der spezifischen Belastungssituation resultierende Überforderung der werdenden **Eltern**. Diese **Entscheidung** darf nicht durch gesellschaftliche Vorgaben beeinflusst werden. Sie muss in jedem Einzelfall sorgfältig abgewogen und getroffen werden und dies ist schon schwer genug. Aus der Würde des Menschen an sich resultiert das Ansinnen, ihn zu schützen, als bereits geschlüpftes Individuum - sage ich einmal - ebenso wie als werdendes. Dies ist - hier schließt sich der Kreis - Ansinnen des Embryonenschutzgesetzes sowie der Regelungen zum Schwangerschaftskonflikt als auch der Vorgaben für pränatale und Präimplantationsdiagnostik.

Wenn das bestehende Recht diesen Schutzstatus nicht wirklich sicherstellt, muss der Buchstabe des Gesetzes entsprechend seinem Ziel geändert werden. Diese Grundsatzdebatte muss gesellschaftlich und politisch zu Ende geführt und entsprechende rechtliche Konsequenzen auf Bundes- und Landesebene müssen gezogen werden. Die notwendigen Entscheidungen dürfen nicht durch konkrete Forschungspraxis vorweggenommen beziehungsweise unterlaufen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Moratorien und Appelle an Wirtschaft und Forschung mögen auf Bundesebene für den aktuellen Handlungsbedarf für einen gewissen Übergangszeitraum geeignet sein, letztlich muss aber eine eindeutige gesetzliche Regelung gegebenenfalls durch Präzisierung des Embryonenschutzgesetzes gefunden werden. Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, haben unsere Auffassung diesbezüglich bereits in der Debatte im Juli dieses Jahres in diesem Haus deutlich gemacht. An unserer Haltung dazu hat sich nichts geändert. Ich bin dagegen, jetzt einen neuen Druck aufzubauen. Ich werde mich nicht verschließen, das Thema weiter zu beraten, aber ich bin absolut dagegen, uns jetzt schon einen Termin zu setzen, etwa für die November-Tagung des Landtages. Das muss vielmehr das weitere Verfahren zeigen und dann sollten wir schauen, was die verschiedenen Entscheidungsträger auf Bundesebene zustande bringen, die uns an der Stelle fachlich ein Stück voraus sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD, CDU und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich haben wir uns schon vor kurzer Zeit über das Thema **Stammzellenforschung** unterhalten. Dabei bestand in diesem Haus mehrheitlich die Ansicht, dass man den Entscheidungsprozess im Bundestag abwarten muss und nichts übers Knie brechen darf.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg
[CDU])

Es entsteht nun sehr stark der bedauerliche Eindruck, dass es der FDP-Landtagsfraktion mit dem vorliegenden Antrag allein darum geht, sich als Partei der Modernität zu verkaufen und damit gleichzeitig alle jene als verstaubte Ewiggestrige zu verdammen, die nicht ihrer Meinung sind. Der vorliegende Antrag trägt zur inhaltlichen Diskussion nichts Neues bei. Trotzdem werde ich mich bemühen, mich mit den vier Punkten des Antrages inhaltlich auseinander zu setzen.

Erstens. „Die mögliche **Heilung schwer kranker Menschen** muss auch in Zukunft als Ziel von hohem ethischen Wert staatliches Handeln bestimmen.“ - Richtig! Das gilt aber selbstverständlich auch dann, wenn man sich gegen die Forschung an embryonalen Stammzellen entscheidet. Sollte man zu dem Schluss kommen, dass das Lebensrecht von Embryonen genauso schwer wiegt wie die Bekämpfung schwerer Krankheiten, ist auch das legitim.

Zweitens steht im Antrag: „Es ist zu gewährleisten, dass der **Respekt vor Menschen** mit geistigen, seelischen und körperlichen **Beeinträchtigungen** in vollem Umfang erhalten bleibt.“ - Auch dem können wir nur beipflichten. Das haben wir sicherlich auch alle schon im Zusammenhang mit der Bioethikkonvention und mit der Präimplantationsdiagnostik geäußert.

Drittens heißt es im Antrag: „Ein **Ausstieg** Deutschlands aus einem in vielen anderen Staaten geförderten Forschungsbereich wie der **Stammzellenforschung** hätte für unser Land unabsehbare negative Konsequenzen.“ - Zum einen reden wir hier von der Abwägung verschiedener Interessen, wenn der Bundestag wirklich zu dem Ergebnis kommt, dass die Forschung mit embryonalen Stammzellen nicht vertretbar ist, und zwar nicht, weil man verantwortungslos ist, sondern weil die Folgen dieser Technologien als noch gravierender angesehen werden als der von der FDP so genannte Ausstieg aus der Forschung mit embryonalen Stammzellen. Zum anderen ist aber durchaus auch denkbar, dass die Antwort des Bundestages differen-

(Lars Harms)

zierter ausfällt als die schlichte Ja-Nein-Denkweise des FDP-Antrages.

Viertens steht als letzter Satz im Antrag: „Es bleibt daher als einzig sinnvolle, politisch und ethisch vertretbare Alternative die Forderung, **Stammzellenforschung** auch in Deutschland unter klar definierten **Rahmenbedingungen** zuzulassen, deren Einhaltung gewährleistet sein muss.“ - Dieser Satz ist in meinen Augen reiner Unsinn, denn es ist doch absurd, im Umkehrschluss zu behaupten, es wäre schon ethisch unvertretbar, wenn wir eine Technologie ablehnen, die es in anderen Teilen der Welt gibt. Wir könnten sicherlich auch mit der Forschung an modernsten Atomwaffentechnologien mehr Geld und Wissen an den Standort Deutschland holen, aber deshalb ist die Genehmigung hierfür auch nicht die einzig sinnvolle, politisch und ethisch vertretbare Alternative. Einmal ganz abgesehen davon, dass der Respekt vor dem Deutschen Bundestag und der Arbeit der Enquetekommission solche Anträge eigentlich verhindern müsste.

Der SSW bleibt dabei: Es ist legitim, ethische Fragen für den Schutz von ungeborenem Leben immer wieder neu zu verhandeln. Die Bedingung ist aber, dass diesem neuen **Prozess der Konsensfindung** auch genügend **Zeit** eingeräumt wird. Die Meinungsbildung darf nicht mit Argumenten totgeschlagen werden wie: „Die Zeit läuft uns davon, das Ausland ist schneller.“ Wir haben gestern über die Atomenergie gesprochen. Aus deren Geschichte müssten wir eigentlich lernen, dass man sich Gedanken machen muss, bevor neue Technologien eingeführt werden. Fehlentscheidungen sind menschlich, aber gute Politik sollte zumindest danach trachten, die Wiederholung von Fehlern zu vermeiden.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sollten wir auch bei dem wichtigen Thema der Stammzellenforschung tun: Erst nachdenken, dann handeln!

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die ebenso heftige wie ernsthafte Debatte im Sommer dieses Jahres, die wir auch hier im Hause geführt haben, hat drei Dinge deutlich gemacht. Erstens. Es geht um ein Thema mit hoher gesellschaftli-

cher Relevanz. Zweitens. Es geht um ein außerordentlich komplexes, auch kompliziertes Thema. Drittens. Es bedarf der Sachlichkeit und auch der Professionalität, wenn wir über dieses Thema reden.

Ich glaube, der Schleswig-Holsteinische Landtag hat zu diesem dritten Punkt einen wichtigen Beitrag geleistet. Anders als viele von Ihnen in diesem Hause hat sich damals meine Kollegin, Frau Erdsiek-Rave, dafür ausgesprochen, dass bei einem Primat der **Forschung an adulten Stammzellen** auch die Forschung an **embryonalen Stammzellen** nicht grundsätzlich abzulehnen sei. Diese Position teile ich als Gesundheitsministerin nachdrücklich. Die damalige Mehrheitsmeinung des Landtages, ein Moratorium zu beschließen, hat Frau Erdsiek-Rave nicht teilen können, so wie auch ich sie nach wie vor nicht teilen kann, weil dies von vielen kranken Menschen und deren Angehörigen als falsches Signal missverstanden werden könnte. Aber Frau Erdsiek-Rave und ich teilen die Intention, die hinter dem Beschluss dieses Hauses steht, nämlich das Bedürfnis nach einer sehr **sorgfältigen Vorgehensweise**, nach einer umfassenden Diskussion, bei der alle mitgenommen werden müssen und niemand ausgegrenzt werden darf, und nach einer sehr sorgfältigen Abwägung.

Entscheidend ist, dass sowohl für die Forscherinnen und Forscher als auch für die Öffentlichkeit klar sein muss, was sein darf und was nicht sein darf. Das heißt, es muss eine Grundsatzdebatte und -entscheidung sein und es müssen die Rahmenbedingungen klar sein. Diese Rahmenbedingungen zu schaffen und darüber zu entscheiden, ist Aufgabe der Politik und damit darf sie sich nicht unbegrenzt Zeit lassen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Es wird von der Forschung und auch von der Forschungsgemeinschaft zu Recht erwartet, dass diese Entscheidungen zügig, aber natürlich nicht hastig getroffen werden. Es wird auch akzeptiert, dass sehr sorgfältig abgewogen wird. Das ist meine Überzeugung. Die Diskussion läuft ja. Es ist ja nicht so, dass nun alle dasitzen und dass sich niemand für das Thema interessiert. Sie läuft in den Fraktionen dieses Hauses. Sie läuft in der Landesregierung sowie auf Bundes- und Bund-Länder-Ebene. Sie läuft in der breiten Öffentlichkeit und vor allem in der **Enquetekommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“** des Bundestages und im Nationalen Ethikrat der Bundesregierung. Die Debatte ist aber noch nicht abgeschlossen.

Niemand von uns kennt die Ergebnisse und Empfehlungen der Enquetekommission und des **Nationalen Ethikrates**. Ich bin bislang davon ausgegangen, dass

(Ministerin Heide Moser)

in diesem Hause aufgrund des Mehrheitsbeschlusses Einvernehmen darüber besteht, dass die Berichte und Voten dieser beiden Institutionen Grundlage für die politischen Entscheidungen der Bundesregierung und damit auch für die Orientierung und Positionierung der Fraktionen in der sehr schwierigen Frage des Umgangs mit embryonalen Stammzellen sein sollen.

Deshalb halte ich den Antrag der FDP-Fraktion zu diesem Zeitpunkt für zumindest irritierend, eigentlich für überflüssig.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist ja traurig!)

Stammzellenforschung öffnet gewiss ein großes Potenzial zur erfolgreichen Behandlung schwer wiegender und lebensbedrohender Krankheiten. Das ist meine Überzeugung. Aber die Gewinnung und Verwendung von embryonalen Stammzellen ist mit erheblichen ethischen, theologischen und rechtlichen Problemen verbunden, die - soweit es denn überhaupt möglich ist - gelöst werden müssten.

Deshalb ist nicht Aktionismus gefragt, sondern Besonnenheit und der Wille zur Entscheidung. Bei aller - auch mir verständlichen - Ungeduld sollten wir die Kraft aufbringen, auf die Voten, insbesondere des Nationalen Ethikrates, zu warten, und danach zielführend über Umsetzungsstrategien und Zeitpläne diskutieren; denn nur dann können wir erreichen, dass wir bei diesem wichtigen Thema auch die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz für die Entscheidungen, die wir zu treffen haben, finden.

Wenn es Ihnen um Standortfragen geht, Herr Dr. Klug, dann kann ich nur sagen: Ich befürchte für unser Land überhaupt keine Standortnachteile; denn wir sind kein Land, in dem die Forschung beispielsweise mit adulten Stammzellen hinterherhinkt, sondern wir haben da ein internationales Renommee. Das wissen auch Sie. Ich nenne als Stichworte nur: Knochenmarktransplantation, Mildred-Scheel-Haus. Wir sind da national und auch international führend. Warum sollten angesichts dessen just wir hinten runterfallen, wenn wir - wie alle anderen - diese Debatte so sorgfältig zu Ende führen, wie sie begonnen worden ist?

Ich schließe mich den Erwartungen des Abgeordneten Weber an, was die Beratung des Antrages im Ausschuss angeht, und hoffe, dass wir in unserer Meinungsfindung bis zum Ende des Jahres einen Schritt weiterkommen.

(Beifall bei SPD, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag dem Bildungsausschuss

(Zurufe: Und Sozialausschuss!)

und mitberatend dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt die nächste Besuchergruppe, und zwar zunächst eine weitere Gruppe der Realschule Bad Schwartau sowie eine Besuchergruppe des 3. ABC-Abwehrebataillons 610, Unteroffiziers-Corps mit ausländischen Gästen.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Tiertransporte

Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 15/986 (neu)

Antwort der Landesregierung
Drucksache 15/1252

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich der Frau Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus, Frau Franzen, das Wort.

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße ausdrücklich die Große Anfrage der FDP-Fraktion. Ich denke, wir alle haben noch die Bilder und unsere Debatte vom Mai dieses Jahres vor Augen. Die Landesregierung hat, was diesen speziellen Teil angeht, eine **Initiative im Bundesrat** ergriffen, die folgende Schwerpunkte hat: Verkürzung der Transportzeiten auf vier Stunden ohne Ladezeiten, Verbesserung der Vorschriften für die Versorgungs- und Pflegebedingungen und das Platzangebot sowie ersatzlose Streichung der Exporterstattung bei lebenden Schlachttieren. Das ist weitgehend mit dem identisch, was eine breite Mehrheit des Landtages von uns gefordert hat.

Diese Initiative Schleswig-Holsteins hat am 22. Juni im Bundesrat eine große Mehrheit gefunden. Ich denke, wir sind gut davor.

(Ministerin Ingrid Franzen)

Nun ist Ihre Anfrage viel umfassender. Sie müssen akzeptieren - das tun Sie hoffentlich -, dass wir zum Teil keine offiziellen Zahlen hatten. Das war auch für mich ein neues Erlebnis. Wir haben uns aber, wie Sie merken, bemüht, etwas zusammenzutragen.

Ich gehe zunächst auf das Thema **Zuchttiere** ein. Wir haben in Schleswig-Holstein eine sehr starke Ausfuhr. Bezogen auf die jährlich verkauften circa 10.000 Zuchtrinder, werden etwa 50 % davon von Schleswig-Holstein nach außerhalb verkauft. Das haben wir in der Antwort nach Bundesländern und anderen Staaten differenziert.

Bei den Schweinen sieht es so aus, dass rund 27.000 Zuchtschweine in anderen Bundesländern vermarktet werden.

Ich denke - das will ich nicht ins Verhältnis zu den Transporten setzen; da haben wir immer deutlich differenziert -, dass die Zahlen, die ich aus Zeitgründen leider nicht weiter ausführen kann - wir können uns darüber jedoch gern im Ausschuss weiter unterhalten -, deutlich zeigen, wie gut unser Land im Zuchtbereich ist. Darauf können und müssen wir stolz sein.

Im Umkehrschluss heißt das für mich als Ministerin - das gilt für Sie als Parlament sicherlich gleichermaßen -, dass hier die Bedrohung durch BSE und MKS besteht. In diesen Betrieben ist das besonders schwierig. Dazu konnten wir keine weiteren Ausführungen machen.

Die Einfuhr bei den Zuchttieren spielt eine eher untergeordnete Rolle. Sie werden mir nachsehen, dass ich deshalb darauf nicht weiter eingehe.

Wir haben auch Aus- und Einfuhren bei den Nutztieren, und zwar in großer Zahl. Im Jahre 2000 sind 21.000 Rinder lebend zum Zwecke der Schlachtung ausgeführt worden, und zwar überwiegend nach Ägypten, in den Libanon, aber auch nach Frankreich. Das sind immerhin 22 % der aus Deutschland exportierten Rinder. Das sind aber Tiere - das sage ich sehr selbstkritisch an uns als Verbraucher und Kunden -, die bei uns kein Verbraucher mehr kaufen und essen will.

(Claus Ehlers [CDU]: So ist das!)

Ich sage das sehr deutlich. Ich weiß von der Westküstenbereisung, dass das so ist. Daher müssen wir da mit Kritik vorsichtig sein.

(Claus Ehlers [CDU]: Das hat zugenommen!)

- Sie sind gleich noch dran!

Wir wollen dazu kommen - wir wollen die **Lebendtierprämien** abschaffen -, dass hier geschlachtet wird, dass das Fleisch und nicht die Tiere transportiert wer-

den. Aber es ist nicht so einfach, einen Markt dafür zu finden.

Nun könnten Zweifel daran aufkommen - darüber wird gern diskutiert -, ob wir mit den Zeiten, die wir vorgesehen haben, und den Prämien, die wir auf Brüsseler Ebene ändern wollen, in Schleswig-Holstein überhaupt in der Lage wären, selbst genug zu schlachten. Die Antwort auf diese Frage ist Voraussetzung dafür, dass man ehrlich diskutiert.

Ich bin über Ihre differenzierten Fragen sehr froh. Wir haben auch gesagt, was gar nicht geht beziehungsweise welcher Zeitfaktor möglich ist und welcher nicht. Sie können der Antwort auf die Große Anfrage entnehmen, dass wir bei einer Transportzeit von vier Stunden gerade in den Bereichen, in denen wir die größten Tierbestände in Schleswig-Holstein haben, sehr wohl in der Lage wären, die Tiere zu schlachten. Die Auslastung der **Schlachtkapazitäten** beträgt nur etwa 70 %. Bei den Rindern sieht es so aus, dass jährlich 400.000 geschlachtet werden, wir aber 600.000 schlachten könnten. Das ist eine gute Sache. Auch bei den Schweinen sieht es nicht viel anders aus. Ich meine also, wir könnten eine Menge selbst machen.

Ich bin gerade in Lübeck bei der Nordfleisch, einem Schweineschlachtbetrieb, gewesen. Wir könnten die Betriebe, die ein Ausbildungs- und ein Wirtschaftsfaktor sind und die im Übrigen überwiegend schleswig-holsteinische Tiere schlachten - das ist gerade bei der Nordfleisch der Fall -, stabilisieren. Darum müssen wir uns noch stärker kümmern.

(Beifall des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Fazit: Ich denke, **Tierschutz** ist **praktizierter Verbraucherschutz**, mit allem, was hier dazu schon gesagt worden ist. Wir haben Schlachtkapazitäten. Wir können uns deshalb der Diskussion über die Transportzeiten stellen. Diesbezüglich sehe ich jetzt die Bundesregierung in der Pflicht, das auf EU-Ebene durchzusetzen. Wir haben unsere Schularbeiten gemacht. Ich denke, dass wir im Hinblick auf die Zuchttiere eine besondere Situation haben, die wir auch immer differenziert gesehen haben.

(Beifall des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Meine Damen und Herren, meine Zeit ist abgelaufen.

(Lothar Hay [SPD]: Ihre Redezeit!)

- Danke, Herr Fraktionsvorsitzender Hay. Meine Redezeit ist abgelaufen. Ich bin aber gern bereit, dieses

(Ministerin Ingrid Franzen)

Thema zusammen mit meinen Fachleuten im Ausschuss zu vertiefen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne möchte ich eine weitere Besuchergruppe begrüßen. Es sind Besucher von der AG 60plus aus Bad Segeberg.

(Lothar Hay [SPD]: Bravo! - Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Ich erteile das Wort Frau Abgeordneter Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für den Bericht. Sie werden verstehen, Frau Ministerin, dass das, was das Ministerium gebracht hat, das eine ist, aber das, was wir uns an Aussagen erhofft haben, das andere ist. Da gibt es gewisse Diskrepanzen, die ich ansprechen möchte.

Der umfassende Schutz von Tieren - sie sind keine Sachen, sondern Mitgeschöpfe - ist seit jeher ein besonderes Anliegen der FDP.

(Beifall bei der FDP)

Dazu gehört für uns die **artgerechte Tierhaltung** genauso wie der schonende **Tiertransport**. Die von der FDP im April dieses Jahres angestoßene Bundratsinitiative zur Verkürzung der Transportzeiten ist von der Landesregierung sehr zeitnah und zügig umgesetzt worden. Ich möchte aber hinzufügen: Eine Verkürzung der Tiertransportzeiten kann nur umgesetzt werden, wenn eine entsprechende Infrastruktur besteht, die Tiertransporter nicht stundenlang im Stau stehen und die Tiererzeuger nicht die Zeche zahlen müssen, weil sie unattraktive Preise in den umliegenden Schlachthöfen akzeptieren müssen. Im Übrigen will ich darauf hinweisen, dass zurzeit noch die Achtstundenregelung existiert.

Doch nun zu einigen Einzelpunkten. Insgesamt meine ich, Frau Ministerin, dass viele Bereiche nur sehr summarisch erfasst wurden und dass Sie zu wenig auf die speziellen Bedingungen in Schleswig-Holstein eingegangen sind. Ich glaube, dass man mit einigen Nachfragen bei den schleswig-holsteinischen Betrieben ein etwas genaueres Bild hätte zeichnen können.

Der Bericht enthält keine aussagekräftigen Angaben zum Transport von Geflügel, weder im Zucht- noch im Nutztierbereich. Angesichts von 1,4 Millionen Legehennen im Lande, die jährlich ausgetauscht werden, von Brütereien und Mastplätzen in Schleswig-Holstein

ist das verwunderlich. Wie sind die genauen Zahlen in dieser Hinsicht? Ähnliches gilt bei den Schlachttieren.

Ich räume gern ein, dass sich die eine oder andere Frage nicht mit einem Blick in irgendeine Statistik beantworten ließ. Aber ein Anruf beispielsweise bei der Lohmann-Gruppe hätte gereicht, um hier die Antwort zu vervollständigen.

(Beifall bei der FDP)

Entsprechendes gilt auch hinsichtlich der Zahlen über die Tiertransporte. Hier ist zu konstatieren: Fehlanzeigen bei den meisten Zahlen. Dagegen gibt es an anderer Stelle den Hinweis, dass infolge von BSE heute jede Tierbewegung in den Rinderhaltungsbetrieben in einer zentralen Datenbank erfasst wird. Da verstehe ich nicht, wieso nicht mehr Zahlen zu diesem Bereich gegeben werden können.

Die Tabelle über den Import von landwirtschaftlichen Zucht- und Nutztieren belegt eine Einfuhr von immerhin nahezu 450.000 Tieren, wobei offen bleibt, ob diese bei uns verbleiben oder nicht. Darüber sollten wir im Ausschuss sprechen. Allein 430.000 Schweine kamen aus Dänemark und 3.200 aus Großbritannien. Dies ist vor dem Hintergrund des MKS-Ausbruchs in Großbritannien in diesem Jahr bemerkenswert.

Ich habe mich ein bisschen geärgert über die Antworten, in denen sich die Landesregierung auf fehlende öffentliche Statistiken zurückgezogen hat, zum Beispiel bei den Nutztiertransporten und den Schlachttiertransporten. Ich will damit nicht einem erhöhten Bürokratieaufwand das Wort reden, aber ein Anruf bei drei oder vier Transportunternehmen oder Erzeugergemeinschaften hätte gereicht, um mindestens eine ungefähre Größenordnung darzustellen, wenn es denn von der Landesregierung so gewollt gewesen wäre.

Insbesondere bei den Fragen, in denen wir ausdrücklich nach geschätzten Angaben gefragt haben - mir ist bewusst, dass nicht überall Statistiken vorliegen -, versteifen Sie sich auf die Aussage, dass eine amtliche statistische Erfassung nicht vorliege. Das kommt mir wie eine Antwortverweigerung vor.

Es gibt noch einige andere Aspekte, über die es meines Erachtens Unstimmigkeiten gibt und über die wir im Ausschuss sprechen müssen. Dazu gehören die Schlachtkapazitäten. Die Landesregierung stellt hier Zahlen in den Raum, die für sich wenig aussagekräftig sind. Ich nehme als Beispiel die Schweine. Wir haben eine Schlachtkapazität von gerundet 1,2 Millionen. Tatsächlich geschlachtet wurden in Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr 1,4 Millionen Schweine, produziert aber 2,3 Millionen. Dies ist ein Beispiel, das zeigt, dass die **Schlachthöfe** außerhalb des Landes attraktivere Preise anbieten; sie sind näher am Verbraucher

(Dr. Christel Happach-Kasan)

dran. Ich möchte der Landesregierung an dieser Stelle nur noch einmal deutlich in Erinnerung rufen, wie schwierig die Situation für unsere landwirtschaftlichen Betriebe ist, und sie fragen, was sie tut, um diese Situation für unsere Betriebe zu verbessern.

Ein weiteres Beispiel sind die Schafe. Die Schlachtkapazität beträgt 128.000. Offizielle Schlachtungen gab es 129.000 und in der Mai-Zählung hatten wir 170.000 Tiere. Nach dem Agrarreport 1999 wurden für 173.000 Tiere Prämien gezahlt. Auch hier sehe ich eine Differenz. Ich meine, dass in diesem Bereich ein Nachbesserungsbedarf besteht. Angesichts des Themas ist das auch nicht verwunderlich. Denn die **Landwirtschaft** ist in Schleswig-Holstein schon lange das Stiefkind der Landesregierung. Wir werden das beim Thema LSE noch einmal aufgreifen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit werden den Landwirten und Landwirtinnen Knüppel zwischen die Beine geworfen.

(Klaus Klinckhamer [CDU]: So ist das! - Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ich erinnere nur an die verzögerte Auszahlung der EU-Rinderprämien oder an die Verweigerung einer Unterstützung an die von BSE betroffenen Betriebe. Ich möchte feststellen, dass es durchaus andere Länder gibt, die das besser machen. Nehmen Sie Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg. Ein Satz wie den der rheinland-pfälzischen Umweltministerin Margit Conrad: „Wir lassen auch in schwierigen Zeiten unsere Bauern nicht im Regen stehen“, wird es wohl von dieser Landesregierung nicht geben, geschweige denn die dazugehörigen Taten.

(Sandra Redmann [SPD]: Doch! - Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Redmann.

Sandra Redmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Franzen, zuerst möchte ich Ihnen für die umfangreiche Antwort auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion und die kritischen Anmerkungen darin herzlich danken.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie sind in Ihrem Redebeitrag schon sehr detailliert auf die Zahlen im Bereich Ein- und Ausfuhr sowie auf die Schlachtkapazitäten eingegangen, sodass ich dies nicht wiederholen muss. Frau Happach-Kasan hat das eben

sehr ausführlich getan und vieles aus dem Bericht zitiert. Das muss ich dann hier nicht mehr machen.

(Lothar Hay [SPD]: Das ist richtig! - Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ausgesprochen erfreulich ist, dass der Bundesrat am 22. Juni 2001 dem Antrag Schleswig-Holsteins zum Thema Tiertransporte zugestimmt hat. Zur Erinnerung nenne ich hier noch einmal folgende Punkte:

Erstens. Verkürzung der erlaubten Transportzeiten für Schlachttiere auf vier Stunden ohne Ladezeiten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Claus Ehlers [CDU]: Das kann nicht angehen!)

- Claus, ich wiederhole das nur.

Zweitens. Verbesserung der Vorschriften für die Versorgung und Pflegebedingungen und eine Erhöhung des Platzangebotes.

Drittens. Die Exporterstattungen für lebende Schlachttiere sind ersatzlos zu streichen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lothar Hay [SPD]: Ich hätte nicht gedacht, dass der Bundesrat so mitgeht!)

Ich möchte auch im Namen der SPD-Fraktion Frau Ministerin Franzen danken, dass sie so zügig und engagiert den Landtagsbeschluss - der auf Initiative der FDP zustande kam; das räume ich gern ein - umgesetzt hat.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ich meinte nicht Heiner, ich meine die FDP-Fraktion.

(Heiterkeit)

Aber nach wie vor gibt es erhebliche Defizite im Bereich des Tierschutzes. Nach wie vor müssen Tiere bei den Transporten völlig unnötig leiden. Einige Verstöße, die auch in der Antwort der Landesregierung benannt werden, möchte ich nochmals erwähnen, um sie zu verdeutlichen. Manches können Sie auch in regelmäßigen Abständen der Presse entnehmen: Transport unfähiger Tiere, unzulängliche Versorgung der Tiere, Überschreitung der Transporthöchstdauer und so weiter. Und nach wie vor sterben Tiere aufgrund dieser Verstöße während des Transportes unter grausamsten Bedingungen.

(Konrad Nabel [SPD]: Richtig!)

(Sandra Redmann)

Daher ist es unerlässlich, dass die Transporte kontrolliert werden und dass konsequent gegen die Verletzungen von Vorschriften vorgegangen wird.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Eine amtliche statistische Erfassung der Anzahl der Kontrollen von Schlachtviehtransporten in Schleswig-Holstein gibt es nicht und ich finde es gut, dass die Ministerin dies in ihrem Bericht auch selbstkritisch eingeräumt hat. Ich finde schon, dass man das auch einmal erwähnen muss. Die SPD-Fraktion begrüßt daher die Absicht der Landesregierung, ein Konzept zur Erfassung und Dokumentation der Ergebnisse von Tiertransportkontrollen zu erarbeiten und schnellstmöglich umzusetzen. Ich halte dies auch für die bessere Möglichkeit, Frau Happach-Kasan.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unverständlich ist nach wie vor die **EU-Subventionierung** für lebende Schlachtrinder. Dieser für die Tiere mit großen Qualen verbundene Lebertransport in Drittländer darf nicht auch noch einen finanziellen Anreiz haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Jutta Scheicht [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Hier gibt es Alternativen und diese sollten auch genutzt werden.

Die Antwort der Landesregierung zeigt uns, dass einiges erreicht wurde, aber auch noch viel Arbeit gerade im Sinne des Tierschutzes auf uns wartet. Claus Ehlers, ich guck dich an.

(Zurufe und Heiterkeit)

Dazu werden wir im Ausschuss Gelegenheit haben.

(Lars Harms [SSW]: Er ist eine bedrohte Art! - Heiterkeit)

Wir stimmen der Ausschussüberweisung zu.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Klinckhamer.

Klaus Klinckhamer [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst ein herzliches Dankeschön für diesen Bericht der Verwaltung. Ich muss hier aber feststellen: Der Bericht weist in weiten Teilen unbeantwortete Fragen auf, weil keine statistischen Erhebun-

gen gemacht werden. Die Antworten sind lückenhaft und lassen deshalb nur bedingt entsprechende Schlüsse zu. Das ist für mich der Beweis, dass die Landesregierung im Land selbst keinen Überblick über alle Bereiche hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dass die gesetzlichen Bestimmungen bei **Tiertransporten** eingehalten werden, sollte selbstverständlich sein. Das gilt ebenso für Verordnungen der EU.

Entscheidend ist aber die **Kontrolle**, die allein die Einhaltung gewährleistet. Hier bestehen möglicherweise noch Lücken, die selbstverständlich geschlossen werden müssen.

Manche Statistik ist geradezu aufregend. Von diesem Bericht und den darin aufgeführten Tabellen kann ich das bisher nicht sagen.

Eines kann man den Zahlen aber ganz klar entnehmen. Der Ausfuhr der Nutztiere aus Schleswig-Holstein muss man eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung beimessen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Export von über 20.000 Schlachtrindern vorwiegend nach Ägypten und nach Libyen ist für unseren Markt ein wichtiger Entlastungsfaktor und somit unverzichtbar.

Wir haben hier zuletzt am 10. Mai dieses Jahres über Tiertransporte gesprochen und entsprechende Anträge eingebracht. Wir als CDU verfolgen unverändert das Ziel, mittelfristig zu einem Verbot der **Lebendviehexporte** zu kommen und die Exportsubventionen abzubauen.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren der Schließung von Schlachthäusern in Schleswig-Holstein tatenlos zugesehen. Wir stehen nunmehr vor der Tatsache, dass bei Schweinen in Schleswig-Holstein keine ausreichenden Schlachtkapazitäten mehr bestehen und zwangsläufig Schlachtungen außerhalb unseres Landes stattfinden müssen. Es sollte klar sein, dass diese Schlachtungen dort stattfinden, wo die Kosten am günstigsten sind. Alles andere wäre wirtschaftlich kaum nachvollziehbar.

Ich will nicht verkennen - das wäre auf alle Fälle wünschenswert -, dass wir mit einer höheren Auslastung unserer Schlachthäuser zu günstigeren Kostenstrukturen kommen könnten. Hinzu kommt die Tatsache: Wir haben im Bundesvergleich die höchsten Fleischbeschaukosten und damit auch bei höherer Auslastung immer noch ungünstigere Bedingungen.

(Klaus Klinckhamer)

Wir treten für Transportzeiten ein, die eine Anpassung an regionale Schlachtkapazitäten ermöglichen. Eine Festlegung, die für alle regionalen Gegebenheiten eine einheitliche Transportzeit vorsieht, ist nicht unbedingt sachgerecht.

(Beifall bei der CDU)

Die derzeit geltende EU-Regelung, die bei Lebendviehtransporten Transporte bis zu acht Stunden erlaubt, ist zweifellos nicht der Weisheit letzter Schluss.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Das ist richtig!)

Dabei möchte ich hervorheben: Die Hauptbelastung der Tiere entsteht nachweisbar bei der Be- und Entladung des Transportes und nicht innerhalb der Transportzeiten. Fazit ist für mich und meine Fraktion: Solange in Schleswig-Holstein **Schlachthöfe** nicht mit ausreichender Kapazität

(Ministerin Ingrid Franzen: Das ist Quatsch!)

und der Stärke, mit anderen Schlachthöfen wirtschaftlich mithalten zu können, vorhanden sind, ist aufgrund der Entfernungen in unserem Land mit einer Beschränkung auf vier Stunden Transportzeit nicht zu leben. Dabei ist es kein Geheimnis, dass Schleswig-Holstein in der Bundesrepublik Deutschland eine Randlage innehat, marktfern liegt und nicht vergleichbar mit Nordrhein-Westfalen, Hessen oder anderen Regionen ist.

(Beifall bei der CDU)

Die großen modernen Schlachthöfe sind mit erheblichen Fördermitteln vor allem in den neuen Bundesländern entstanden.

(Zuruf von der SPD: Schwachsinn!)

Diese nehmen schon heute einen großen Teil unserer Schlachttiere auf. Hier regiert der freie Markt. Wollen wir dies ändern, müssen wir in unserem Land unsere eigenen Schlachthöfe stärken.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Steenblock.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines möchte ich für unsere Fraktion sehr deutlich an den Anfang stellen. Dieser Bericht zeigt unter anderem auf, dass im Jahr 2000 ungefähr 20.000 Schlachtrinder aus Schleswig-Holstein nach Ägypten, in den Libanon, also in den Nahen Osten, transportiert worden sind.

Ich sage sehr deutlich: Das sind aus unserer Sicht 20.000 Rinder zu viel, die exportiert worden sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Diese über Tage dauernden Transporte auf Lastwagen, auf Schiffen sind eine Qual für die Tiere. Das wissen wir alle. Sie sind völlig unnötig. Diese Regionen mit Fleisch zu versorgen, ist auch anders, nicht tierquälerisch möglich.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Genau!)

Deshalb müssen wir in andere Infrastrukturen setzen. Wir müssen die Infrastruktur in diesen Ländern stärken. Das ist sehr wichtig.

Wir können die tierquälerischen Transporte nicht aus ökonomischen Gründen weiterhin dulden. Deshalb sind wir dafür, bei den jetzt anstehenden Verhandlungen auf europäischer Ebene die Exporterstattungen auf null zu fahren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Das ist ein wichtiger Schritt, um die ökonomischen Rahmenbedingungen zu stärken und die Transportzeiten generell zu verkürzen.

Die Debatte, die in diesem Haus stattgefunden hat, ist eigentlich sehr klar gewesen, nämlich dass wir in diesem Sinne **Tierschutz** weiterhin betreiben und nicht vorrangig ökonomische Interessen vertreten wollen. Die ökonomischen Interessen der Landwirte kann man in anderen Bereichen sehr viel sinnvoller in Verbindung mit Tierschutz sichern.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Wo macht die Landesregierung das denn?)

Wenn wir über **Tiertransporte** reden, haben wir natürlich zur Kenntnis zu nehmen, dass das Gros der Tiertransporte nicht im Export, sondern in Deutschland selber oder in den grenznahen Bereichen etwa zu Dänemark stattfindet. Hier müssen wir genauso handeln. Deshalb bin ich der Ministerin dankbar, dass sie die Initiative ergriffen hat und die Forderungen, die dieser Landtag beschlossen hat, sehr engagiert auf Bundesebene transportiert hat, sich dort durchgesetzt hat und wir mittlerweile auf Bundesebene Beschlüsse haben, die Frau Künast in Brüssel umsetzen muss. Das ist ein vernünftiger Weg, der vom Landtag hier einheitlich besprochen worden ist, den die Ministerin im Bundesrat sehr gut vertreten hat.

(Beifall bei SPD und SSW)

(Rainer Steenblock)

Wir müssen - da gebe ich den Kolleginnen und Kollegen der CDU Recht - dafür sorgen, dass wir, wenn wir das Problem der Tiertransporte in Deutschland lösen wollen, hier die **Schlachtkapazitäten** haben, die wir ja im Rinderbereich durchaus haben. Im Rinderbereich haben wir die Kapazitäten, um die hier produzierten Rinder schlachten zu können. Im Schweinebereich sieht es nicht so aus. Deshalb müssen wir Anstrengungen unternehmen, um hier zu einem Gleichgewicht zu kommen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [FDP])

Der letzte Punkt, der in diesem Zusammenhang nicht unter den Tisch fallen soll: Aus meiner Sicht müssen wir auch ein anderes Problem regeln. Das ist das Auseinanderfallen zum Beispiel im Schweinebereich von Ferkelaufzucht und **Schweinemast**. Es kann nicht sein, dass die Spezialisierung dazu führt, dass eine regionale Differenzierung in diesem Ausmaß stattfindet, dass die Ferkelaufzucht über Hunderte von Kilometern von den Mastbetrieben entfernt ist. Dafür gibt es keine rationalen Gründe. Deshalb müssen in diesem Land die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Ferkelaufzucht und Schweinemast räumlich dichter zueinander kommen. Das gilt genauso für den Hähnchenbereich.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Wir haben über 8 Millionen Hähnchen, die zur Mast transportiert werden. - Vielleicht ist die Debatte im Ausschuss etwas unaufgeregter möglich, sodass wir dort die Möglichkeit haben, zu sachlichen Lösungen zu kommen.

Das Auseinanderfallen von Aufzucht und Mast bedingt, dass Hunderttausende von Tieren transportiert werden. Auch das ist in dieser Form nicht nötig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal feststellen: Wir sind in der Frage der tierquälerischen Transporte in diesem Haus in dieser Debatte, auch der, die wir im Frühjahr geführt haben, ein ganzes Stück weitergekommen. Wir haben eine Regierung, die sich diesen Zielen verschrieben hat und das auch nachgewiesen hat. Deshalb sind wir auf einem guten Weg. Wenn wir jetzt noch einmal gemeinsam versuchen, innerhalb Deutschlands die ökonomischen Bedingungen dafür zu schaffen, dass Tiertransporte auch hier reduziert werden können, können wir uns mit diesem Ergebnis vor unseren Wählerinnen und Wählern sehen lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alles, was mit dem Transport von Tieren zu tun hat, läuft durch einen riesigen Apparat. Es gibt Kontrollen, aber es gibt vor allem alle möglichen rechtlichen Vorschriften auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene. So gesehen gibt es scheinbar keine Probleme. Aber wir wissen natürlich alle, dass solche Regelwerke unterlaufen werden können. Hier besteht sicherlich die Gefahr, dass manches außer Kontrolle gerät. Die Erfahrungen mit BSE und vor allem mit MKS haben gezeigt, dass man der Europäisierung des Tiermarktes noch mehr Bedeutung zumessen muss. Gerade die **Tiertransporte** bergen eine große Gefahr hinsichtlich der Verschleppung von **Tierseuchen**. Die Tierbewegungen sind im jeweiligen Betrieb ausgezeichnet. Aber die Vielzahl der Betriebe macht es fast unmöglich, statistische Untersuchungen über das Einschleppen von Tierseuchen durchzuführen. Trotzdem konnten in einer wissenschaftlichen Analyse Daten gesammelt werden, nach denen als wichtiger Grund für den Ausbruch einer Seuche auch der Tiertransport angesehen werden muss.

Die Tierseuchenproblematik ist aber nur die eine Seite der Problematik. Die andere Seite ist natürlich die des Tierschutzes. Tiere können nicht über Stunden transportiert werden, ohne dass man dabei von **Tierquälerei** sprechen kann. Wir haben uns seinerzeit als Landtag dafür eingesetzt, sowohl die Transportzeiten zu verkürzen als auch die Exporterstattungen für Lebewiehe abzuschaffen. Im Bundesrat hat die Landesregierung nun diesen Wunsch des Landtages eingebracht und dort eine entsprechende Zustimmung erhalten. Diese Initiative deckt sich im Übrigen auch mit den wichtigsten Forderungen des Deutschen Tierschutzbundes.

Ich habe hier schon seinerzeit gesagt, dass ich eher skeptisch sei, ob wir national eine kürzere Transportzeit durchsetzen können. In der EU gilt eine Transportzeit von acht Stunden. In meinen Augen ist das viel zu lange.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Klinckhamer [CDU])

Trotzdem müssen wir davon ausgehen, dass es sehr schwer und langwierig wird - wie wir gerade wieder durch den Zwischenruf hören konnten -, unsere Part-

(Lars Harms)

nerstaaten und manchmal auch die Leute im eigenen Land von einer Verkürzung der Transportzeiten zu überzeugen. Zu unterschiedlich sind hier nämlich die Interessenlagen. Ohne eine einheitliche europäische Regelung wird aber eine nationale Gesetzgebung nicht standhalten können, leider.

Anders ist es mit der Abschaffung der mit Steuermitteln finanzierten EU-Exporterstattung. Die Zielsetzung auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene ist die Gleiche. Hier erhoffe ich mir schon in kurzer Zeit wirkliche Verbesserungen. Wenn der wirtschaftliche Anreiz für lange Transporte in Drittstaaten erst einmal abgeschafft ist, haben wir schon eine Menge gewonnen. Anders gesagt: Dann werden die Transportzahlen mit Sicherheit zurückgehen. Damit wir das allerdings durchsetzen können, müssen wir unserer Verbraucherministerin in diesem Bereich den Rücken stärken. Dann geht alles bekanntlich noch ein bisschen schneller.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Hauptzielsetzung ist natürlich ein möglichst guter Tierschutz. Aber wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass die Verkürzung der Transportzeiten dazu führen wird, dass vor Ort wieder Schlachtviehkapazitäten benötigt werden. Zwar macht die Antwort auf die Große Anfrage deutlich, dass wir unseren heimischen Bedarf an Schlachtviehkapazitäten größtenteils in Schleswig-Holstein decken können, aber trotzdem besteht regional die Möglichkeit, dass sich neue Arbeitsplätze ergeben. Zumindest werden die derzeitigen Arbeitsplätze an den **Schlachthöfen** gesichert. Das allein wäre schon ein guter Effekt, den wir zum eigentlichen Tierschutz dazugewinnen können.

Ich bin mir sicher, dass verkürzte Transportzeiten verbunden mit einer Streichung der EU-Exporterstattung und verbunden mit der Sicherung der hiesigen guten Schlachthöfe dazu beitragen können, den Tierschutz in Schleswig-Holstein zu verbessern.

(Vereinzelter Beifall bei SSW und SPD)

Ich glaube, dieses Ziel haben wir alle.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin Franzen, in der ersten

Debatte zu dem Antrag meiner Fraktion haben Sie gesagt: Ich warne ein bisschen davor, zu unterscheiden: Wir sind die Tierschutzsprecher, wir sind die Agrarsprecher. Das muss vielmehr zusammenfinden.

Damals habe ich gedacht: Ja, möglicherweise muss das mehr zusammenfinden. Allerdings zeigt mir die Antwort auf unsere Große Anfrage: So einfach findet das eben doch nicht zusammen. Denn Ihre Antwort ist vor allem eine Antwort unter agrarpolitischen Gesichtspunkten. Tierschutzpolitisch kann ich mit der Antwort relativ wenig anfangen. Ich will Ihnen ganz klar sagen - die Kollegin Happach-Kasan hat das schon getan - -

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Fragestellung!)

- Herr Kollege Wodarz, die Fragestellung war sehr eindeutig. Ich habe zum Beispiel gefragt, wie viele Verstöße es bei Lebendschlachtviehtransporten gab. Man hat geantwortet, diese Verstöße würden so nicht festgestellt beziehungsweise so nicht in der Statistik geführt. Die Frage ist dann: Soll es dabei bleiben oder wie reagieren wir in Zukunft darauf? Dann frage ich Sie und frage die Ministerin: Wird bei uns kein einziges Hühnchen, keine einzige Henne durch die Gegend gefahren? Ich kann mir das fast nicht vorstellen. Frau Happach-Kasan hat bereits darauf hingewiesen. Wir hatten danach gefragt. Es ist keine einzige Zahl zu Geflügel in der ganzen Antwort zu finden.

Ich will den Anspruch, **Tierschutzpolitik** und **Agrarpolitik** zusammen zu gestalten, gar nicht in Abrede stellen. Ich glaube aber, dass es dem Wettbewerb möglicherweise sogar innerhalb der Fraktionen gut tut, wenn man sich darüber kontrovers austauscht: Was muss man unter tierschutzpolitischen Aspekten beachten - denn es geht um Tiere, um Mitgeschöpfe - und was muss man unter agrarpolitischen Aspekten beachten?

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich will die restliche Zeit nutzen, um etwas aufzugreifen, was ich neulich von einer CDU-Kollegin, die gerade nicht da ist, auf einer tierschutzpolitischen Diskussion gehört habe.

(Zurufe von der CDU: Hinter Ihnen!)

- Ja, sie ist da. - Da wurde als tierschutzpolitische Alternative angeboten, man wolle das Schächten verbieten. Das kann man machen. Dann muss man sich aber darüber im Klaren sein, was man eigentlich will. Will man das Schächten verbieten, heißt das in

(Dr. Heiner Garg)

der Konsequenz, dass wir Lebendschlachtviehtransporte auch außerhalb der EU weiterhin haben werden.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

- Liebe Frau Kollegin Tengler, ich habe Sie letzten Freitag bei der tierschutzpolitischen Veranstaltung schmerzlich vermisst. Sie waren doch gar nicht da. Sie wissen gar nicht, was die Kollegin gesagt hat oder nicht gesagt hat. Also hören Sie bitte auf, Dinge zu behaupten, wenn Sie gar nicht wissen, ob sie gefallen sind oder nicht.

Wir können uns über solche tierschutzpolitischen Ziele unterhalten. Aber auch der bestgemeinte Tierschutz kann in der Konsequenz zu Dingen führen, die wir so vielleicht nicht wollen, nämlich zu längeren Lebendschlachtviehtransporten.

(Beifall bei FDP und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Scheicht das Wort.

Jutta Scheicht [CDU]:

Lieber Herr Garg, ich glaube, Sie haben nicht richtig zugehört. Ich habe nicht gesagt, dass die CDU das Schächten verbieten will. Zurzeit werden die Tiere ohne Betäubung geschächtet. Ich habe gesagt, dass ich mich persönlich dafür einsetzen werde - ich habe nicht von der Fraktion gesprochen -, dass das demnächst nur noch mit der Kurzzeitelektroschockmethode möglich sein soll, nicht mehr und nicht weniger. Wenn Sie jetzt davon sprechen, das Schächten ganz und gar zu verbieten, entspricht das überhaupt nicht dem, was ich damals angedacht habe. Ich weiß selbst, dass es Regionen gibt, wo dies so im Gebrauch ist. Wir wollen das auch weiter zulassen. Bloß muss es nicht unbedingt ohne Betäubung stattfinden. Ich glaube, darüber sind wir uns einig, Herr Garg. Oder bleiben noch offene Fragen?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Ich habe keinen Antrag gehört. Heißt das, der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt oder ist Ausschussberatung gewünscht?

(Zurufe von der CDU: Ausschuss! - Heinz Maurus [CDU]: Zur abschließenden Beratung!)

Dann bitte ich um Handzeichen, wer die Antwort auf die Große Anfrage zur abschließenden Beratung an den Agrarausschuss überweisen will. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 2000

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1141

Zunächst erteile ich dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Professor Rohwer, das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Technologiestiftung Schleswig-Holstein feiert in diesem Jahr ihr zehnjähriges Bestehen. Ich glaube, wir alle können darauf stolz sein. Es waren zehn erfolgreiche Jahre. Die Technologiestiftung kann auf eine sehr erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Sie hat sich längst als wichtiger Motor der Technologieentwicklung und des Technologietransfers in Schleswig-Holstein bewährt.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmo-
neit-Lücke [FDP])

Ich möchte, weil Sie, Herr Professor Block, als neuer Direktor, und Sie Herr Fornahl, heute anwesend sind, Ihnen allen an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön übermitteln.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Stiftung hat die Hoffnungen erfüllt, die mit dem Gesetz verbunden waren, und wird auch weiterhin ihren Beitrag zur Entwicklung leisten. Davon bin ich überzeugt. Sie finanziert ihre Tätigkeit aus den Erlösen ihres **Stiftungskapitals**. Nach einer kurzfristigen Rückführung von 15 Millionen DM in den Landeshaushalt im Jahre 1999 ist dieser Betrag inzwischen wieder vollständig an die Stiftung zurückgezahlt, so dass sich ihr Kapital jetzt wieder auf 75 Millionen DM beläuft. Das ist eine stattliche, aber auch eine richtige Summe, meine Damen und Herren.

Die TSH hat im Jahre 2000 für zehn neue **Projekte** rund 1,4 Millionen DM bereitgestellt und für vier eigene Projekte und Aufträge gut 200.000 DM verausgabt. Das ist weniger als im Vorjahr und mitbedingt durch den personellen Wechsel an der Spitze der Stiftung. Es ist klar, dass ein solcher Wechsel zu einer Überprüfung von Schwerpunkten und Projekten führt. Ich finde es richtig, dass dies so geschehen ist. Es geht

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

nicht darum, um jeden Preis Geld auszugeben, sondern darum, vernünftige Projekte zu machen. Da ist die Stiftung inzwischen wieder auf einem sehr erfolgreichen Weg.

Auch die Schwerpunkte sind richtig, die die Stiftung setzt. Dies, meine Damen und Herren, geht aus dem Bericht hervor. Natürlich sind dies die Informations- und Kommunikationstechnologien, es ist immer stärker die Biotechnologie und es sind die Materialwissenschaften. Beim Thema der Materialwissenschaften werden wir uns mit der Oberflächentechnologie noch verstärkt beschäftigen müssen. Ich denke, dass wir die Chancen noch nicht überall hinreichend wahrnehmen.

Wie richtig diese Schwerpunktsetzung war, sieht man am Beispiel der Biotechnologie. Es gibt eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der ttz, der Technologie-Transfer-Zentrale, und dem Wirtschaftsministerium. Damit wurden seit 1996 über 40 Projekte gefördert. Man kann die Erfolge daran sehen, dass wir **22 Existenzgründungen** allein im Bereich der **Bio-technologie** zu verzeichnen haben. Dies, meine Damen und Herren, kann sich auch im Ländervergleich sehen lassen, auch wenn es noch nicht ausreicht. Die hier vorhanden Potenziale müssen wir künftig verstärkt nutzen.

Die TSH hat bekanntlich seit Ende des Jahres 2000 einen neuen Direktor: Herrn Professor Block. Ich habe ihn bereits erwähnt. Herr Professor Block, auf Sie kommen anspruchsvolle Aufgaben zu. Wir sind sicherlich alle der Meinung, dass die Stiftung auch künftig eine entscheidende Rolle in der Technologiepolitik des Landes spielen muss. Weiterhin gehört es zu Ihren ureigenen Aufgaben, in der Wissenschafts- und Forschungslandschaft neue Technologietrends aufzuspüren und auch Strategien zur Förderung dieser neuen Trends und dieser neuen Technologien im Lande zu erarbeiten und damit auch das Wirtschaftsministerium und die Landesregierung zu unterstützen. Dabei ist eine enge Abstimmung mit den anderen technologiepolitischen Akteuren unumgänglich. Die Technologie-Transfer-Zentrale als operativer Arm, die die Technologieprojekte in enger **Kooperation** mit den Unternehmen umsetzen muss, habe ich bereits genannt. Wir sind dabei - Sie sind auch in der Stiftung dabei -, die Kooperation zwischen der Stiftung und der Technologie-Transfer-Zentrale weiter zu intensivieren.

Die Technologiestiftung muss bei der Erfüllung ihrer Aufgaben neue rechtliche Rahmenbedingungen wie die Abschaffung des so genannten Hochschullehrerprivilegs, aber auch die Forschungs- und Strukturplanung für die Hochschulen, die technologiepolitischen Maßnahmen des Regionalprogramms und die Planungen im Rahmen der **Gesundheitsinitiative** im Auge haben.

Gerade im Zusammenwirken dieser Aufgaben und dieser Ansätze liegt die große Chance, unser technologisches Profil weiter zu schärfen. Dazu wird auch der neue wissenschaftliche Beirat der Stiftung mit Sicherheit einen wichtigen Beitrag leisten und auch zusätzliche Akzente setzen.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Ich bin überzeugt davon, dass die Technologiestiftung auch künftig wesentliche Impulse für die Stärkung des Technologiestandorts Schleswig-Holstein geben wird. Wir sind auf einem guten Wege. Wer sich in Deutschland umhört, weiß, dass gerade unsere Institutionen einen guten Ruf haben. Die Stiftung wird in Berlin und anderswo mit großer Anerkennung begleitet. Auch dafür meinen herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht und eröffne die Aussprache. Frau Abgeordnete Frau Schmitz-Hübsch hat das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte kurz einmal auf zehn Jahre Technologiestiftung in Schleswig-Holstein zurückblicken. Sie hat in diesen Jahren sehr unterschiedliche Situationen erlebt. Zusätzliche Finanzmittel wurden ihr zugewiesen, wurden ihr weggenommen, wurden ihr wieder zurückgegeben. Die TSH hat auf vielen Gebieten experimentiert und neue Dinge ausprobiert. Sie bekam vor einem Jahr einen neuen Direktor, die Besetzungen im Stiftungsrat und im wissenschaftlichen Beirat haben gewechselt. Aber trotz der diversen Veränderungen ist eines klar: Die Technologiestiftung Schleswig-Holstein ist aus der Technologie- und Forschungsszene Schleswig-Holsteins nicht mehr wegzudenken. Sie hat sich dort einen festen Platz erobert.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Im Berichtsjahr hat sich die TSH vornehmlich auf die Bereiche Biotechnologie, IuK-Technologien und Materialwissenschaften konzentriert, auf die insgesamt etwa drei Viertel aller Neubewilligungen entfielen. Ganz besonders begrüße ich die Aussage im Bericht, dass es ebenfalls die **Bio- und Gentechnologie** ist, die für die Jahre 2001 und 2002 neben den Gesundheitswissenschaften zum Schwerpunkt der Stiftungsarbeit werden soll. Dabei hoffe ich, dass durch die Finanzierung dieser Projekte ein Teil des Rückstandes aufge-

(Brita Schmitz-Hübsch)

holt wird, in dem sich das Land Schleswig-Holstein auf diesem Gebiet leider befindet.

Durch die Versäumnisse der Landesregierung in den vergangenen Jahren liegt unser Land im Vergleich zu anderen Bundesländern weit zurück. Es ist gut, dass sich die TSH an der Aufholjagd positiv beteiligt. Schließlich besteht die große Gefahr, dass die in Schleswig-Holstein vorhandenen hervorragenden Wissenschaftler im Bereich der Bio- und Gentechnologie von anderen Bundesländern abgeworben werden. Dem wollen wir rechtzeitig entgegenarbeiten.

Der Bereich **IuK-Technologien** soll weiter gefördert werden, aber mit einer stärkeren Betonung der Anwendungsseite. So beteiligt sich die TSH weiterhin an der „Landesinitiative Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein“ und versucht außerdem neue Gruppen von Akteuren im Lande mit einzubeziehen. Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium wurde im Mai dieses Jahres im Rahmen der innovativen Maßnahmen das Förderprogramm „E-Region Schleswig-Holstein“ bei der EU eingereicht. Wenn die EU-Kommission das Programm genehmigt, wird das Förderspektrum der TSH deutlich verbreitert. Geplant ist zum Beispiel die Förderung von „Gründerjobs“, um Hochschulabsolventen während der Phase der Vorbereitungszeit einer Unternehmensgründung für sechs bis zwölf Monate den Lebensunterhalt zu sichern. Meine Damen und Herren, **Existenzgründer** haben schon immer Schwierigkeiten gehabt, an das notwendige Kapital zu kommen. Aber wenn Basel II in Kraft trifft, was wir im nächsten Tagesordnungspunkt behandeln werden, wird es noch schwieriger.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich begrüße es sehr, dass sich die Stiftung hier engagiert.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Auf den Bereich der Materialwissenschaften will ich jetzt nicht näher eingehen. Erfreulicherweise wird dadurch ein Projekt bei ISiT in Itzehoe gefördert.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

- Ja, dies ist sehr erfreulich.

Das im Bericht angekündigte medizinische Kompetenzzentrum ist sicherlich eines Tages förderfähig. Ein Antrag liegt aber noch nicht vor.

Positiv ist weiter zu vermerken, dass sich die Stiftung aus ihren **Beteiligungen** an Gesellschaften mit **Fachhochschulen** zurückzieht. Die Anteile in Kiel wurden bereits übertragen. Die Beteiligung an der FH Lübeck Projekt GmbH soll ebenfalls aufgegeben werden. Bei

beiden Gesellschaften hat die TSH mit ihrer Beteiligung ihre Funktion der Anschubfinanzierung erfolgreich erfüllt.

Zum Schluss möchte ich noch einmal darauf hinweisen, wie sehr die Technologiestiftung auf eine gesicherte Einnahmenstruktur angewiesen ist. In erster Linie wird ihr Haushalt aus den Zinseinnahmen gespeist, die das **Stiftungsvolumen** von rund 75 Millionen DM erbringen. Da einige hoch verzinsliche Finanzanlagen demnächst auslaufen, ist in den nächsten Jahren mit geringeren Mitteln zu rechnen. Deshalb ist es nur zu verständlich, wenn die Stiftung mit ihren Ressourcen sorgsam umgeht, um auch in der nächsten Zeit handlungsfähig zu bleiben.

Darüber hinaus braucht die Stiftung für ihre Zukunft Planungssicherheit.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoenit-Lücke [FDP])

- Ja. Ich konkretisiere das gleich. - Es ist unbedingt notwendig, dass die Diskussion über ein eventuelles **Zusammengehen** mit der **Energiestiftung** beendet wird so oder so, Herr Minister.

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Heinz Maurus [CDU])

Ich bin sehr enttäuscht, dass Sie heute nicht Gelegenheit genommen haben, Ihre im Bericht enthaltene Ankündigung einer Entscheidung für den Herbst dieses Jahres zu konkretisieren und uns zu sagen: Da geht es lang. Entschieden werden muss doch. Es kann nicht sein, dass wir noch länger eine Hängepartie haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

In jedem Fall dankt auch die CDU-Fraktion dem neuen Direktor, Herrn Professor Block, und seinen Mitarbeitern, von denen Herr Fornahl hier ist, für die geleistete Arbeit. Wir wünschen Ihnen Fortune bei allem, was Sie zukünftig anpacken werden.

(Beifall bei CDU und FDP und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bitte um Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Müller das Wort.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die TSH besteht zehn Jahre. Klaus Peter Friebe hat sie in dieser

(Klaus-Dieter Müller)

Zeit als ihr Direktor maßgeblich geprägt. Die Funktion der TSH als Instrument langfristiger Prozesse der Transformation von Technologien hat sich bewährt. Die TSH ist Unruhestifter, hat neue, auch unbequeme Themen aufgegriffen, hat technologischen Entwicklungen in Schleswig-Holstein Rechnung getragen, neue Entwicklungen thematisch aufgegriffen, damit sich neue Technologien auch bei uns entfalten konnten, also „angestiftet“. Sie hat aber auch eine Kultur entwickelt, mit Unsicherheiten technologischer Entwicklungen leben zu lernen.

Für operative Aufgaben, also für kurzfristige Projekte, ist die Technologie-Transfer-Zentrale zuständig. Dieser Funktion der TSH muss auch der Nachfolger Friebe, Herr Professor Dr. Hans-Jürgen Block, sensibel Rechnung tragen.

Bei alledem soll die **Technologiestiftung** der Wirtschaft im Lande dienen, sie soll dazu beitragen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse in der Wirtschaft unseres Landes besser nutzbar werden. Die TSH - das darf ich auch hier einmal mahnend sagen - ist keine Einrichtung zur bloßen Mittelbeschaffung für unsere Hochschulen, gar für unsere Fachhochschulen.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Es geht um **Technologietransfer** in die Wirtschaft. Ich werde daher den Direktor im Stiftungsrat der Technologiestiftung bitten, einen Bericht darüber vorzulegen, welche Erfahrungen beim Technologietransfer von den Hochschulen in die Wirtschaft gemacht wurden, vor allem welche Instrumente in diesem Zusammenhang erfolgreich waren und welche nicht.

Im Berichtszeitraum wurde besondere Bedeutung auf die Informations- und Kommunikationstechnologien und Schleswig-Holsteins Weg in die **Informationsgesellschaft** gelegt. Das war auch gut so. Ich möchte an dieser Stelle aus gutem Grund davor warnen, dieses Technologie- und Politikfeld aufgrund zahlreicher Insolvenzen und rückläufiger Zahlen zu unterschätzen und in den Bemühungen nachzulassen. Der Schwerpunkt Informations- und Kommunikationstechnologien und die sinnvolle Gestaltung der Informationsgesellschaft sind auch weiterhin eine der wichtigsten Aufgaben der **Technologieförderung**. Niemand soll sich blenden lassen vom Niedergang des Neuen Marktes und glauben, damit würden auch die Informations- und Kommunikationstechnologien und ihre gesellschaftliche Relevanz an Bedeutung verlieren.

Der Weltmarkt für Informationstechnik und Telekommunikation erreichte im Jahr 2000 ein Gesamtvolumen von 3,4 Billionen DM. Die USA hatten einen Anteil von 35 %, Japan von 11 %, Deutschland von 7 %. Das

sind 238 Milliarden DM. Im laufenden Jahr erwarten wir eine Wachstumsrate von 10 %. Die Informationswirtschaft wird mittelfristig zum größten deutschen Wirtschaftsbereich.

Dabei geht es in diesem Zusammenhang nicht nur um Softwareentwicklung, sondern zum Beispiel auch um die Frage, wie und durch wen welche analog vorhandenen Informationen digital nutzbar gemacht werden und gemacht werden müssen, um auch künftig verfügbar zu sein. Die entscheidende Frage in diesem Kontext ist, wem künftig welche Rechte woran gehören. Dieser Fragenkomplex wurde bisher deutlich unterschätzt. Das hat etwas mit gravierenden Technikfolgen zu tun und gehört mehr als bisher in das Tätigkeitsfeld der TSH.

Die Medizintechnik ist traditionell ein in Schleswig-Holstein bedeutender Sektor. Die Biotechnologie ist nicht zuletzt durch Initiativen der TSH auf dem Weg, große Bedeutung für unser Land zu erreichen.

Bei allem gilt, internationale Entwicklungen rechtzeitig wahrzunehmen und mit den in unserem Land vorgegebenen Bedingungen abzugleichen. Das erfordert eine gewisse internationale Präsenz, ein **Informationsnetzwerk**, das in der Lage ist, die technologischen Trends und ihre möglichen Auswirkungen zu vermitteln.

Ich bitte auch hier die Stiftung, in den Bemühungen, das internationale Netzwerk zu pflegen, nicht nachzulassen.

Lassen Sie mich - ähnlich wie meine verehrte Kollegin Schmitz-Hübsch das gesagt hat - zwei positive Bemerkungen machen.

Erstens. Ich finde es auch sehr wichtig, dass sich die TSH aus den privaten Fachhochschul-GmbHs zurückzieht. Sie soll anschieben und kein Portfolio von Beteiligungen aufbauen. Ich bedauere es aber, dass in Kiel nur zwei Unternehmen ihre Gesellschafteranteile weiter halten. Auch diese Entwicklung indiziert, dass den Belangen der Wirtschaft noch deutlicher Rechnung getragen werden muss.

Zweitens. Das Stiftungskapital wurde zurückgeführt. Das ist ein Beispiel dafür, dass das Parlament nicht alles zur Deckung von Haushaltsdefiziten zur Disposition stellt. Vielen Dank denen in diesem Hause, die mit uns dafür gesorgt haben.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden den Bericht über die Tätigkeit der Technologiestiftung natürlich wie in jedem Jahr im Wirtschaftsausschuss beraten. Frau Kollegin Schmitz-Hübsch, Sie haben das extra beantragt; für mich ist das selbstverständlich. Deswegen will ich an dieser Stelle auch nicht so sehr viel dazu sagen, sondern mich auf drei Bemerkungen konzentrieren.

Erstens! Der Bericht wird, seitdem es die TSH gibt, immer erst dann beraten, wenn das Folgejahr schon in der Schlussphase ist. Ich finde diese Tatsache außerordentlich bedauerlich, denn der Sinn der Berichtspflicht ist ja Information und damit auch Kontrolle. Beides ist aufgrund dieser Praxis, die sich hier eingeschlichen hat, so gut wie ausgeschlossen.

Das Interesse hält sich, auch wenn hier heute noch relativ viele Kollegen anwesend sind, immer in Grenzen. Auch das finde ich sehr bedauerlich.

(Holger Astrup [SPD]: Das kann man so nicht sagen!)

Das bringt mich zu meiner zweiten Bemerkung, meine Damen und Herren, lieber Herr Kollege Astrup! Auf Seite 5 des Berichtes findet man den erhellenden Satz - ich zitiere -: „Die Halbierung der Anzahl der Projekte ist darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2000 die Neubesetzung der Direktorenstelle erfolgte“.

Diese Neubesetzung war tatsächlich ein langer und quälender und für die Aktivitäten lähmender Prozess - vielleicht unvermeidlich, aber doch bedauerlich.

Aber das eigentlich Spannende ist das, was seit dem Wechsel in der Führung eigentlich geschehen ist. Worauf haben wir uns, hat sich die **Technologiepolitik** in diesem Land einzustellen? Wie geht es weiter? Was ist aus der Technologiestiftung geworden?

Auf diese spannenden Frage gibt der Bericht 2000 naturgemäß keine Antworten; er kann es nicht, da die Neubesetzung erst am Ende des letzten Jahres erfolgte.

Den ausgeschiedenen Direktor haben wir alle von dieser Stelle aus im letzten Jahr ausdrücklich gewürdigt. Es wäre unfair und ist aufgrund des Berichtes auch nicht möglich, die Tätigkeit des neuen Direktors bereits heute zu bewerten.

Ich habe in der letzten Woche in einem Interview des Ministers gelesen, dass er sagte, die Neuausrichtung der Stiftung laufe noch. So sehe ich das in der Tat auch. Wir werden allerdings - das kündige ich hier schon an - im nächsten Jahr sehr intensiv über diese Frage der Neuausrichtung beraten. Ob die Idee der „**Gründerjobs**“ dann wirklich so erfolgreich sein

wird, wie sich das im Moment anhört, werden wir dann ebenfalls hinterfragen.

Dritte Bemerkung! Richtig interessant ist der letzte Absatz des Berichtes. Danach sollen das Wirtschaftsministerium und das Finanzministerium bis zum Herbst 2001 - Frau Kollegin! - die **Zusammenlegung** von **ttz** mit der **Energieagentur** prüfen und Verhandlungen über eine mögliche Zusammenlegung der Technologiestiftung mit der Energiestiftung aufnehmen, und zwar - ich zitiere - „unter Berücksichtigung von Synergien für den Hochschulstandort Flensburg“. So steht es dort auf Seite 9.

Ich frage mich: Was ist das? Was hat der Hochschulstandort Flensburg damit zu tun? Gibt es hier eine völlig neue Überlegung, Herr Minister, oder ist da nur ein Textbaustein ausgerutscht?

(Heiterkeit des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Da wir jedenfalls nach dem Kalender - inzwischen auch nach dem Wetter - wieder Herbst 2001 haben, wüsste ich auch gern - genau wie die Kollegin Schmitz-Hübsch -, was aus der Prüfung der Zusammenlegung von ttz und Energieagentur geworden ist.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Das Gleiche gilt für die Verhandlungen über eine **Zusammenlegung** der **Technologiestiftung** und der **Energiestiftung**. Man hört dazu im Land ja Unterschiedliches.

(Klaus-Dieter Müller [SPD]: Feindliche Übernahme!)

Die Idee, auf diese Weise in einem kleinem Land knappe Ressourcen zusammenzuführen, hat durchaus Charme - das will ich hier deutlich sagen -, aber dies auch nur unter bestimmten Bedingungen. Was wir nicht wollen, ist, dass die Technologie von der als Lieblingskind gehätschelten Energiestiftung geschluckt wird. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung liegt für uns schwerpunktmäßig ganz klar auf der Technologie und nicht auf den Energiesparlampen.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Vielen Dank. Wir sind uns einig.

Aber, ehrlich gesagt, ich glaube nicht, dass die angekündigten Verhandlungen zum Erfolg führen. Der Ressortegoismus wird eine sinnvolle Lösung vermutlich verhindern.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Der Finanzminister wird sich sein Spielzeug nicht nehmen lassen und der Leiter der Energiestiftung ist doch zu gern der heimliche Energieminister des Landes.

Meine Damen und Herren, wir werden diese Entwicklung weiter verfolgen und ich finde es eigentlich schade, aber vielleicht unter dem zuletzt von mir gesagten Aspekt auch nicht verwunderlich, dass Herr Minister Rohwer heute zu dem Erfolg oder Nichterfolg der Verhandlungen noch nichts gesagt hat.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU sowie Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beglückwünsche meine Kollegin Christel Aschmoneit-Lücke natürlich, dass es ihr gelungen ist, den wunden Punkt in dem Bericht sofort herauszufinden und die richtigen Fragen zu stellen. Die Frage der Neukonzeption von Energieagentur, Energiestiftung, Technologiestiftung und ttz ist ja eine Diskussion, die schon seit längerem geführt wird.

Ich glaube in keiner Weise, dass es darum geht, dass jetzt die Technologie dadurch irgendwie unter die Räder gerät. Das ist auch in der Diskussion überhaupt nie beabsichtigt gewesen. Wenn ich aber sehe, was teilweise im Bereich der Technologiestiftung und der ttz gemacht wird, dann weiß ich, dass dort natürlich auch eine ganze Reihe von Projekten im Energiebereich gefördert werden. Ich nehme zum Beispiel den Bereich der Oberflächen- und Schichtentechnologie, der in der Förderpolitik des Landes sowie auch im Bereich der Technologiestiftung eine wichtige Rolle spielt. Hierbei handelt es sich zum Beispiel auch um Grundlagentechnologien für Brennstoffzellen. Auch eine Firma in Lübeck arbeitet an diesem Projekt. Ich habe mir das vor Ort angesehen.

Ich glaube, es gibt hier überhaupt keinen Widerspruch, sondern es geht darum, endlich zu prüfen, ob es Zusammenarbeit gibt und ob diese Zusammenarbeit hilfreich sein kann.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dafür bedanke ich mich.

Wir wissen, dass die Technologiestiftung von Herrn Klaus Friebe geprägt wurde und dass Herr Professor Block jetzt die Aufgabe hat, eigene Schwerpunkte zu setzen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass er die sicherlich großen Schuhe seines Vorgängers voll ausfüllen wird, und wünsche Ihnen, Herr Professor Block, dafür alles Gute.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Ich halte die **Technologiestiftung** für eines der wichtigsten Projekte, die wir in diesem Land haben. Das geht in dieser etwas lauen Landtagsdebatte vielleicht unter, aber das ist ja oft so: Wenn alle einer Meinung sind, dann ist das eher ein Zeichen dafür, dass gute Arbeit gemacht wird. Wenn die Sachen nicht so gut laufen, gibt es hier die lebhaften und interessanten Debatten. Das liegt in der Natur der Sache.

Ich glaube, dass für die Zukunft unseres Landes die Frage der technologischen Entwicklung einen zentralen Stellenwert hat, der wesentlich größer ist als bei vielen anderen Bereichen, die wir subventionieren und fördern. Das gilt nicht nur für den Straßenbau, sondern auch für viele andere Dinge, die wir uns leisten müssen. Ich will da gar keine Abstriche machen. Aber im Technologiebereich werden entscheidende Weichen für die Zukunft gestellt.

Dann noch etwas! Unsere Studenten, gerade die Technologiestudenten, die von den Hochschulen kommen, haben in der Vergangenheit zu einem beträchtlichen Teil das Land nach ihrem Studium verlassen müssen, weil es hier nicht adäquate Arbeitsplätze gab. Natürlich ist es richtig, dass auch vor dem Studium schon viele Leute in andere Bundesländer studieren gehen, aber trotzdem ist es so, dass wir nicht einmal die Studenten, die hier ausgebildet werden - wir wissen ja, dass es zu wenige sind -, hier in diesem Land beschäftigen können, weil entsprechende Impulse aus der Wirtschaft fehlen. Deswegen finde ich es eine große Leistung, dass es in den letzten Jahren gelungen ist, eine **Unternehmenskultur** von Existenzgründungen bis zu mittleren und größeren Unternehmen aufzubauen, die in der Lage sind, mit der Technologiestiftung und mit der ttz zu kooperieren. Dies ist ja überhaupt die Voraussetzung dafür, dass die Arbeit erfolgreich sein kann; denn die Technologiestiftung arbeitet so, dass Projekte an Hochschulen nur dann gefördert werden, wenn entsprechende **Kooperationen** mit der privaten Wirtschaft existieren. Von diesem Konzept her ist gerade die Zusammenarbeit zwischen Wirt-

(Karl-Martin Hentschel)

schaft und Universitäten als der Ansatz der Technologiestiftung entscheidend.

Schließlich noch eine Anmerkung zum Thema Energie und Flensburg! Ich finde das Projekt, Flensburg zu einem Schwerpunkt der **Energietechnologie** und Energiewirtschaft zu machen, ein lobenswertes Projekt. **Flensburg** hat hier bereits ganz wichtige Ansätze sowohl an der Fachhochschule als auch an der Universität. Flensburg wird durchaus auch von der Energiewirtschaft unterstützt, nachdem sich die Energiewirtschaft ja Jahrzehnte lang als Monopolwirtschaft bewegt hat und jetzt erst in die private Marktwirtschaft eingetreten ist. Sie hat deshalb einen hohen Nachholbedarf an kompetenten Managern im Energiebereich, die betriebswirtschaftlich vernünftig ausgebildet sind. Ein entsprechendes Postgraduiertenstudium wie auch ein Nachwuchsstudium in Flensburg haben eine große Chance, Flensburg zu einem Schwerpunkt zu machen. Dazu kommt die Zukunftsausrichtung Schleswig-Holsteins im Bereich der regenerativen Energien, die in Flensburg ebenfalls gut bearbeitet werden. Daher glaube ich, dass bei der Neuausrichtung der Landschaft der Gedanke, Flensburg eng in die Überlegungen mit einzubeziehen, um den Energieschwerpunkt richtig zu berücksichtigen, eine wichtige Rolle spielen muss. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir das beachten. Hier liegen aber auch - wie wir wissen - die Probleme. Deshalb gibt es heute wahrscheinlich auch noch keine Entscheidung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht ist zwar kurz, aber doch informativ genug, um einen Überblick über die Initiativen der Technologiestiftung zu erhalten. Die Technologiestiftung unterstützt Initiativen aus der Wirtschaft und aus den Hochschulen in vorbildlicher Art und Weise.

Was daher umso mehr verwundert, ist, dass im Jahr 2000 tatsächlich nicht alle Finanzmittel der Technologiestiftung abgerufen werden konnten. Auf gut Deutsch heißt das, dass es nicht genügend **Projekte** gab, die man als förderungsfähig erachtet hat. Oder anders herum gesagt: In Schleswig-Holstein gibt es nicht genügend innovative Ideen, um die im Vergleich mit anderen Bundesländern verhältnismäßig kleinen Fördersummen der Technologiestiftung überhaupt

abrufen zu können. Das ist gerade vor dem Hintergrund, dass die hauptsächlich geförderten Bereiche, die Bereiche sind, von denen man weiß, dass sie eine besonders rosige Zukunft versprechen, beängstigend.

Nun kann es aber sein, dass diese Entwicklung möglicherweise im Besonderen darin begründet liegt, dass die neuen Technologien und die Neuen Märkte an den Börsen zu schwächeln beginnen. Ich bin mir aber sicher, dass die bevorzugten Schwerpunkte der Technologiestiftung trotzdem die richtigen sind.

In Zukunft wird es rasante Fortschritte und damit auch gute **Marktmöglichkeiten** in den Bereichen Biotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie und Materialwissenschaften geben. Der eingeschlagene Weg ist in meinen Augen somit der richtige. Gleichwohl muss man ergründen, warum die Firmen und Hochschulen die möglichen Förderungen nicht abrufen wollen oder können.

Dies gilt zumindest für das Jahr 2000. Meine Vorrednerin sagte schon, dass wir derzeit keine Informationen über das Jahr 2001 haben.

Was mir im Bericht fehlt, ist, dass nicht ersichtlich ist, welche Technologien in welchen **Regionen** gefördert wurden. Es wäre interessant zu erfahren, ob es hierbei Unterschiede im Land gibt. Dies könnte Rückschlüsse auf die Entwicklungsfähigkeit von Regionen geben.

Im Bericht wird zum Beispiel das **Biotechnologie-dreieck** angesprochen, für das eine Infrastruktur geschaffen werden soll. Das ist mehr als nötig. Es gibt aber auch in Flensburg Initiativen im Bereich der Biotechnologie. Da ist es wichtig zu erfahren, inwiefern diese Initiativen a) unterstützt wurden und b) in welche Richtung sich solche Initiativen weiterentwickeln können. Solche Beispiele lassen sich sicherlich auch noch andernorts finden.

Am Ende des Berichts wird noch einmal die Wichtigkeit der Optimierung der **Zusammenarbeit** zwischen verschiedenen Förderinstitutionen erwähnt. Genannt werden hier die **Technologiestiftung**, die **Technologie-Transfer-Zentrale** und die **Energienstiftung**. Genau das ist der richtige Weg, und zwar nicht nur deshalb, weil die Finanzressourcen so knapp sind, sondern auch deshalb, weil eine Abstimmung von Konzepten und Informationen untereinander erst zu einer optimalen Betreuung der Klienten führen kann.

Die Einbindung der Energienstiftung und der ttz hat vor allem auch den Charme, dass ein weiterer wichtiger Wirtschaftszweig für die Rundumförderung unter Beteiligung der Technologiestiftung erschlossen werden kann, nämlich die **erneuerbaren Energien**. Dieser Wirtschaftszweig wird in den kommenden Jahrzehnten einer der wichtigsten **Wachstumsmotoren**

(Lars Harms)

sein. Wenn Schleswig-Holstein rechtzeitig die entsprechenden Weichen stellt, haben wir die Chance, hier eine Erfolgsstory zu schreiben. Die Nutzung der Windenergie steht zum Beispiel vor enormen technischen Herausforderungen. Gerade wir in Schleswig-Holstein haben hier einen großen Erfahrungsschatz, den es zu nutzen und auszubauen gilt. An der Westküste hat sich die Windenergiewirtschaft zum Motor der regionalen Wirtschaftsentwicklung gemausert. Ohne sie sähe es schlecht um die dortige Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation aus.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn die Technologiestiftung, die Technologie-Transfer-Zentrale und die Energiestiftung in Zukunft zusammenarbeiten sollen, sollten die Förderschwerpunkte Biotechnologie, Materialwissenschaften und Informations- und Kommunikationstechnologien um den Bereich der erneuerbaren Energien ergänzt werden. Diese Bereiche gehen teilweise ineinander über und sind mit Sicherheit Bereiche, die Zukunft haben. Hier teilen wir eindeutig und ausdrücklich die Ansicht der Landesregierung.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht zur abschließenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Auswirkungen von Basel II

Landtagsbeschluss vom 30. Mai 2001
Drucksache 15/954

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1177

Ich erteile das Wort zur Berichterstattung dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein lebt von einer erfolgreichen mittelständischen Wirtschaftsstruktur. Schwerpunkt unserer Politik muss daher sein, die Bedingungen für die kleinen und mittle-

ren Unternehmen in Schleswig-Holstein zu verbessern. Deshalb ist Basel II ein so wichtiges Thema.

Basel II, die neuen **Eigenkapitalregelungen** für das **Kreditgewerbe**, darf für den Mittelstand per Saldo keine Nachteile bringen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Nachteile, die in den vorgesehenen Regelungen im Moment noch enthalten sind, verhindert werden.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist 13 Jahre her, dass der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, in dem die Notenbanken und Aufsichtsbehörden der zwölf wichtigsten Industrieländer vertreten sind, die letzte Eigenkapitalvereinbarung geschlossen hat. Seither - das müssen wir zur Kenntnis nehmen - haben sich die Bankgeschäfte grundlegend verändert, das Risikomanagement, die Methoden der Bankenaufsicht und die Finanzmärkte insgesamt. Deshalb ist es durchaus richtig, die **Mindestanforderungen** an die **Eigenkapitalausstattung der Banken** anzupassen und vor allem risikogerechter zu gestalten.

Das ist auch in Deutschland und in Schleswig-Holstein im Grundsatz akzeptiert worden. Im Übrigen ist Basel II ja auch eine Chance über die reinen Kreditgeschäfte hinaus. Basel II verlangt Steuerungs- und Planungsstrukturen, die noch lange nicht in allen Unternehmen selbstverständlich sind, die einzuführen und anzuwenden meiner Überzeugung nach aber überlebensnotwendig ist. Es ist also durchaus eine Chance, wenn die selbstkritische Auseinandersetzung mit der Unternehmenssituation eine zwingende Aufgabe für Management und Geschäftsführung wird. Insofern sollte Basel II in diesem Bereich als Chance gesehen werden.

Allerdings wurde ziemlich einhellig - auch von uns - die eher angloamerikanische Handschrift des ersten Entwurfs bemängelt. In Kontinentaleuropa ist die Kreditkultur eben eine andere. Die Unternehmen haben üblicherweise weniger Eigenkapital, sie haben infolgedessen üblicherweise eine höhere Kreditfinanzierung und es gibt bislang kein Rating wie in Amerika. Bundestag und - mit den Stimmen Schleswig-Holsteins - auch Bundesrat haben deswegen massiv auf Änderungen gedrungen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Einstimmig!)

Die deutschen Mitglieder des Baseler Ausschusses, die Deutsche Bundesbank und das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, haben interveniert. Das hat dazu geführt, dass das **zweite Konsultationspapier** die Forderung nach Nachbesserungen im Interesse des Mittelstandes berücksichtigt hat.

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Ich nenne nur drei Beispiele: Die Anerkennung des bankinternen Ratings, die Anerkennung der nur 50-prozentigen Anrechnung des gewerblichen Realkredits sowie die Anerkennung von Sonderregelungen für die Anrechnung von Kreditrisiken aus Geschäften mit Privatkunden.

Aber das reicht noch nicht. Es ist Konsens aller Beteiligten und Betroffenen in Deutschland, dass weitere Verbesserungen im Interesse des Mittelstandes und der kleineren Kreditinstitute erreicht werden müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit den Stimmen Schleswig-Holsteins haben wir in einer EntschlieÙung, die Ihnen ja vorliegt, aufgelistet, was erforderlich ist, nämlich: Die Eigenkapitalvorhaltung darf einschließlich der Berücksichtigung operationaler Risiken im Durchschnitt nicht ansteigen, die Definition des Kreditausfalls muss einheitlich und eindeutig erfolgen - bisher gibt es vier Definitionen, die alle Gültigkeit besitzen sollen, was zu nicht akzeptablen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Banken der verschiedenen OECD-Länder führen würde - und es darf auch nicht zu einem Zuschlagsfaktor für langfristige Kredite kommen, denn langfristige Kredite sind nun einmal in Deutschland üblich und sie wirken sich auch stabilitätsfördernd für den Mittelstand aus.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zeit genug haben wir, das Inkrafttreten von Basel II um zwölf Monate in das Jahr 2005 zu verschieben. Damit haben wir die Möglichkeit, diese Fragen in Ruhe zu besprechen. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, wenn wir gemeinsam den Druck, den wir aufgebaut haben, über Bundesrat, Bundesregierung und europäische Gremien verstärken. Am Schluss haben wir die Chance, zu einem auch für den Mittelstand in Schleswig-Holstein akzeptablen Kompromiss zu kommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke Herrn Minister Rohwer für die Berichterstattung, eröffne jetzt die Aussprache und erteile zunächst der Frau Abgeordneten Schmitz-Hübsch das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sind doch Antragsteller! Das passiert bedauerlicherweise öfter!)

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich ist Basel II zu begrüßen, es weist in die richtige Richtung. Vorrangig sollen mit Basel II die Eigenkapitalanforderungen im Kreditgeschäft stärker als bisher von der persönlichen Bonität des Kreditnehmers abhängig gemacht werden. Die Vorschläge, die jetzt aber auf dem Tisch liegen, tragen zwar dem Anliegen der Bankenaufsicht Rechnung, aber leider nicht den Kreditnöten unserer **mittelständischen Wirtschaft**. Denn der Mittelstand leidet schon seit längerem unter der Tatsache, dass eine Bank mit Finanzanlagen mehr Geld verdienen kann als mit einer Kreditvergabe. Basel II steht deshalb in mittelständischen Kreisen als Synonym für Kreditverknappung, Kreditverteuerung und totale Haftung mit Haut und Haaren.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Denn schon jetzt wirft Basel II seine Schatten voraus, obwohl es erst 2005 eingeführt werden soll. Mittelständische Unternehmer im ganzen Land berichten, dass ihre Bank mitten in einem laufenden Kredit zusätzliche Auskünfte verlangt. Bestehende Kontokorrentkredite müssen plötzlich mit Sicherheiten unterlegt werden. Neue Kredite zum Beispiel für Investitionen werden nur noch mit zusätzlichen Sicherheiten bei bester Bonität gewährt. Sehr beliebt sind die Abtretung von Haus, Alterssicherung und - falls vorhanden - Wertpapierdepot. Grundstücke werden nicht mehr so langfristig wie bisher und nicht mehr bis zu 60 % beliehen, sondern höchstens mit 30 bis 40 %. Eine Rechtsform, die die Haftung auf das Gesellschaftskapital beschränkt, interessiert bei kleinen und mittelgroßen Firmen nicht mehr. Die Gesellschafter sollen persönlich haften, die Rechtsform des Unternehmens wird einfach ignoriert.

Diese **Entwicklung** geht quer durch die **Bankenlandschaft**. Herr Minister Rohwer, ich frage Sie: Ist dies in diesen schwierigen Zeiten wirklich das richtige Signal an unsere mittelständischen Betriebe? Das sind immerhin die Leute, die nicht auswandern, sondern regionale Arbeitsplätze in einer globalen Wirtschaft bereitstellen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Was tut nun die Landesregierung? Sie gibt uns einen Bericht, der genauso sachlich und informativ ist wie Ihr Bericht eben, Herr Wirtschaftsminister, aber es fehlt das Herzblut in diesem Bericht.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

(Brita Schmitz-Hübsch)

Dem Verfasser im Wirtschaftsministerium nehme ich das nicht übel, aber Ihr Engagement für den gebeutelten Mittelstand in Schleswig-Holstein vermisste ich wirklich, Herr Minister.

(Beifall bei CDU und FDP - Widerspruch bei der SPD)

Wo ist Ihr Engagement für die Bauwirtschaft, für das Transportgewerbe, für die Ernährungsindustrie, für das Handwerk? Wo ist Ihr Antrag, Herr Minister, im Bundesrat, um Nachbesserungen und längere Übergangsfristen für Basel II und damit für den Mittelstand in Schleswig-Holstein sicherzustellen? Sie haben eben gesagt, Sie hätten den Antrag anderer Länder massiv unterstützt. Warum haben Sie einen solchen nicht selbst eingebracht?

(Beifall bei CDU und FDP)

Nein, ich sehe keine übergroße Anstrengung. Ich frage Sie: Weshalb kommt die schleswig-holsteinische Landesregierung nie von selbst auf eine solche Idee, wenn es darum geht, die Bürger zu entlasten? Wenn es um Belastungen geht, ist sie immer vorneweg. Ich erinnere an die Höherbewertung der Grundstücke für die Erbschaftsteuer. Das war eine Initiative Schleswig-Holsteins.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wir reden doch jetzt über Basel II!)

Dabei gibt es dringenden Handlungsbedarf. Herr Neugebauer, das wissen Sie auch. Das Steueraufkommen in Schleswig-Holstein ist niedriger als in vergleichbaren Bundesländern. Die Konjunkturzahlen sind erheblich schlechter als im Bundesdurchschnitt. Der Bauwirtschaft geht es bei uns am schlechtesten. Bei uns haben die Rinderzüchter und Rindermäster am längsten auf ihre Erstattungen gewartet. Das hat Frau Happach-Kasan vorhin schon gesagt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch alles kein Zufall, Herr Minister Rohwer. Das ist leider das Ergebnis einer verfehlten, einer schlechten Politik. Haben Sie denn vergessen: Wenn die Wirtschaft hüstelt, dann hustet das Gemeinwesen. Dann fehlen auf einmal Ausbildungsplätze und die Kommunen gehen reihenweise Pleite. Ich erinnere nur an die Rückzahlungsforderungen bei der Gewerbesteuer, zum Beispiel in Brunsbüttel und in Flensburg. Eine solche Entwicklung hat es seit Jahren nicht mehr gegeben. Wenn man der Wirtschaft nun auch noch das Geld für Kredite entzieht, dann nimmt man ihr das Futter.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich stelle fest: Es ist Gefahr im Verzug. Ich fordere die Regierung Simonis auf, ganz anders als bisher tätig zu werden. Zum einen brauchen wir ihre **Initiative auf Bundesebene**, um Abmilderungen bei den bisherigen Vorschlägen und längere Übergangsfristen zu erreichen. Zum anderen brauchen wir ihre **Entlastungspläne** für den Mittelstand hier im Land. Wo ist zum Beispiel der Auftrag an die Landesbank, neue Produkte als Eigenkapitalersatz für den Mittelstand zu entwickeln? Von einem solchen Auftrag ist mir nichts bekannt.

Da die Regierung schläft, muss der Landtag handeln, bevor weitere Tausende Arbeitslose vor dem Landeshaus begrüßt werden dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Ich beantrage deshalb die Überweisung dieses Berichts an den Wirtschaftsausschuss

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und Finanzen!)

und rege an dieser Stelle schon an, eine ausführliche Anhörung aller Kreditinstitute und der mittelständischen Wirtschaft in unserem Lande zu diesem Thema durchzuführen. Die Banken sollen uns sagen, wo sie ihre Rolle in der Finanzwirtschaft des Landes ab 2005 sehen und wie sie zukünftig die Kreditversorgung des Mittelstandes in Schleswig-Holstein sicherstellen wollen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und beantrage die Überweisung des Berichts auch an den Finanzausschuss.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor wir mit der Debatte fortfahren, möchte ich Besucher begrüßen. In der Loge sitzt der Secretary Level des Standing Committee der Ostseeparlamentarierkonferenz, die hier heute gearbeitet hat. - Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Haus)

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort und bitte um Nachsicht, dass ich das nicht früher getan habe. Ich habe erst aufgrund Ihres Zwischenrufes festgestellt, dass die Antragslage anders war. Sie haben jetzt das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen, meine Nachsicht ist riesengroß. Ich bedanke mich bei den Sozialdemokraten dafür, dass ich zu diesem Thema nun das Wort ergreifen kann. Ich hätte

(Wolfgang Kubicki)

mich gefreut, wenn sich der Minister dafür bedankt hätte, dass wir überhaupt den Antrag gestellt haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich stelle fest - da schließe ich die FDP mit ein -, dass wir alle in den vergangenen Monaten oder, besser gesagt, Jahren dieses Thema etwas verschlafen haben und dass es uns jetzt mit unglaublicher Wucht einholt.

In gut drei Jahren, Herr Minister, kommt eine weitere **Belastung** auf unseren gebeutelten **Mittelstand** zu, Basel II, verschärfte Vorschriften für Kreditabsicherung bei Banken. Ich versuche es zu erklären, Kollege Neugebauer - damit auch du es verstehst, Günter -: Banken sammeln Einlagen von Sparern, verleihen das Geld an Kreditnehmer und verdienen an der Zinsdifferenz. Dabei drohen ihnen zwei Risiken: Die Sparer könnten ihr Geld zurückfordern und die Kreditnehmer in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Wenn die Kreditnehmer nicht mehr zahlen können, bekommen die Sparer ihr Geld nicht zurück. Hieraus kann schnell eine Panik erwachsen, die die Welt in eine Krise stürzt.

Um diese Gefahr zu mindern, dürfen Banken nicht unbegrenzt Kredite vergeben. Sie müssen für jeden Kredit eine gewisse Summe Eigenkapital vorhalten, sozusagen als betriebsinterne Kreditausfallversicherung. Bis jetzt sind es 8 % für alle Kredite. In der Asienkrise zeigte sich, dass dies zu ungenau ist: Schlechte Risiken werden so behandelt wie gute. Mit Basel II wird sich das ändern. Für niedrige Kreditrisiken muss weniger Kapital zurückgelegt werden als für hohe.

Das Vorhalten des Kapitals verursacht Kosten. Je mehr Kapital vorgehalten werden muss, desto größer sind sie. Folglich werden Kunden mit schwächerer Bonität höhere Zinsen zahlen müssen. Außerdem wird bei größeren Kreditrisiken relativ mehr Kapital gebunden. Deshalb werden die Banken die Kreditvergabe bei hohen Risiken einschränken. Herr Minister, es geht nicht nur um die Frage der **Eigenkapitalunterlegung**, sondern es geht auch um die Frage, wie Banken mit ihren Kunden bei ihrer **Bonitätseinschätzung** umgehen. Da spielt die Frage, ob ein externes oder internes Rating stattfindet, überhaupt keine Rolle;

(Beifall bei FDP und CDU)

denn auch bei einem internen Banken-Rating werden diejenigen, die häufig Kredite benötigen - Sie haben vergessen, das zu erwähnen -, eigentlich mit höheren Kreditkosten belegt als diejenigen, die Kredite vergleichsweise weniger intensiv benötigen.

Glaubt man den Beteuerungen der Ministerpräsidentin, braucht die schleswig-holsteinische Wirtschaft Ba-

sel II nicht zu fürchten. Schließlich sind wir ja überall vorn. Betrachtet man die Wirtschaftsdaten, dann muss Basel II uns alle interessieren; denn die Lage ist schlimmer als die Stimmung der Ministerpräsidentin. Von 1991 bis 2000 wuchs Schleswig-Holstein um 5,4 Prozentpunkte weniger als Deutschland insgesamt und um 1,8 Prozentpunkte weniger als die westlichen Bundesländer. Im ersten Halbjahr sind wir mit 0,2 % Wachstum fast ganz hinten. Konjunkturell und beim Wachstumstrend hängen wir zurück. Unsere Wirtschaftsstruktur ist stärker als in anderen Bundesländern mittelständisch geprägt. Die schlechte Wirtschaftslage wirkt sich gerade auf den Mittelstand negativ aus. Das sehen wir deutlich im Bereich des Handwerks und des Baugewerbes.

Hohe Verschuldungsgrade und schlechte Renditeausichten machen viele unserer mittelständischen Betriebe aus Sicht der Banken zu Kunden mit schwächerer Bonität. Hier liegt das Problem. Ich zitiere aus dem Bericht:

„Für Unternehmen mit mittlerer und insbesondere schwächerer Bonität werden sich die Spielregeln ändern und die Kreditschöpfungsmöglichkeiten voraussichtlich verschlechtern oder verteuern. Mittelständler, sofern es sich nicht um grundsolide Unternehmen mit guter Renditeperspektive oder um so genannte High Flyer“

- mittlerweile müssen wir „Low Flyer“ sagen -

„der New Economy handelt, werden es zunehmend schwerer haben, Kredite in angemessener Größenordnung zu akzeptablen Konditionen zu erhalten.“

Aus eigener Berufstätigkeit sage ich Ihnen - das kann Ihnen jeder berichten -: Banken, übrigens auch öffentliche Banken, gehen mittlerweile dazu über, Kunden, mit denen sie zum Teil eine 20-, 30- oder 35-jährige Geschäftsbeziehung haben, zu sagen, sie würden sich gern von ihnen trennen, weil der **Aufwand** im Verhältnis zum **Ertrag** dieser Kunden nicht mehr die Margen-Vorstellungen der Banken decken. Das ist ein Problem, dem wir uns stellen müssen; denn anderenfalls werden wir es nach seriösen Schätzungen erleben, dass 30 bis 35 % unserer Betriebe vom Markt verschwinden werden, weil sie keine Bank mehr finden, die sie organisiert.

(Beifall bei FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viel spannender ist allerdings die Frage: Was folgern wir daraus? - Die Landesregierung folgert zweierlei: Erstens wird sie den Baseler Ausschuss umstimmen und zwei-

(Wolfgang Kubicki)

tens mehr Subventionen zahlen. Beides wird nicht klappen, das Erste nicht, weil man in Basel nicht auf die Landesregierung hören wird, und das Zweite nicht, weil das Land schon jetzt eigentlich pleite ist und die Landesregierung bei allen Förderprogrammen zurückrudert, ganz zu schweigen davon, dass Subventionen das Problem nicht lösen, sondern eher verschlimmern.

Es gibt nur zwei Wege, die Folgen von Basel II für unsere Wirtschaft abzumildern. Erstens muss die **durchschnittliche Bonität** unserer **Unternehmen** steigen. Zweitens brauchen die Banken besseren Zugang zu Eigenkapital. Bessere Bonität führt zu geringeren Kreditkosten für die Unternehmen. Besserer Zugang zu Eigenkapital senkt die Kosten der Kreditvergabe bei den Banken. Bessere Bonität erreichen wir durch mehr Markt und weniger Staat, weniger kostensteigernde Regulierungen, weniger leistungshemmende Subventionen und mehr wachstumsfördernde Investitionen in die Infrastruktur.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Kollege Neugebauer, das ist nicht von mir, sondern von der OECD.

Besseren **Zugang zu Eigenkapital** können wir vor allem den öffentlichen Banken verschaffen, indem wir den Weg zur Privatisierung von Landesbanken und Sparkassen öffnen. Denn wo sollen diese sonst das Eigenkapital herbekommen, das sie brauchen, um den Mittelstand zu finanzieren?

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Je früher wir das tun und damit alte FDP-Vorschläge umsetzen, desto schneller wird unser Land das Ende der Wachstumstabelle verlassen und umso weniger müssen wir uns Sorgen über Basel II machen.

Der Kollege Neugebauer wird mir erklären, woher die Sparkasse Rendsburg ihr Eigenkapital bekommt, wenn nicht vom privaten Kapitalmarkt.

(Beifall bei FDP und CDU - Günter Neugebauer [SPD]: Der Kollege Kubicki sollte wissen, dass die Sparkasse Rendsburg eine private Sparkasse ist!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Fuß das Wort.

Wolfgang Fuß [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, dass es bei einem solchen Thema sehr wohl angezeigt ist, aus der gegenseitigen Aufregung ein bisschen die

Luft herauszulassen. Denn als Erstes stelle ich fest: Bei der Einschätzung der möglichen Folgen und Wirkungen von Basel II sind wir sehr deckungsgleich. Da, wo wir uns über die möglichen Konsequenzen unseres Handelns oder über das Handeln selbst unterhalten, mag es im Einzelnen Unterschiede geben. Ich habe Verständnis, Kollegin Schmitz-Hübsch, dass man bei diesem Thema eine oppositionelle Pflichtübung abhält.

(Lothar Hay [SPD]: Kür ist besser!)

Ich würde nur dringend darum bitten, für das weitere Verfahren zu überlegen, ob wir nicht eine hohe gemeinsame Interessenlage in dem gesamten Verfahren haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Darstellung, die die Regierung in ihrem Bericht gegeben hat, möchte ich danken. Sie stellt in aller gebotenen Kürze den gegenwärtigen Stand des Verfahrens dar. Ich begrüße auch die ergänzenden Ausführungen, die der Minister gemacht hat.

(Heiterkeit bei der CDU)

- Ich verstehe ja Ihre Aufregung. Warten Sie einen Moment ab.

(Zurufe von der CDU)

- Kollege Jensen-Nissen, es ist in Ordnung, dass Sie heute Morgen endlich wach geworden sind. Das steigert den Unterhaltungswert dieser Veranstaltung sicherlich nicht unbeträchtlich.

Natürlich ist es zu begrüßen, wenn es gelungen ist, den Zeitraum des Konsultationsprozesses bis 2005 zu verlängern. Denn das gibt uns die Chance, nicht nur Einwendungen vorzutragen, sondern auch gemeinsam darüber nachzudenken, welche Konsequenzen, bezogen auf eventuelle negative Folgen für Schleswig-Holstein, dort einzunehmen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Der Kollege Jensen-Nissen ist hoffentlich an meiner Seite, wenn ich sage, dass wir insbesondere die Konsequenzen für die **mittelständische Wirtschaft** zu beobachten und ihnen entgegenzuwirken haben. Kollegin Schmitz-Hübsch, vielleicht können Sie dem Kollegen Jensen-Nissen ein bisschen Nachhilfe geben. Denn das ist kein Thema zum Grinsen.

(Zurufe von der CDU)

Zweite Anmerkung. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Hinweis geben, dass wir uns in den nächsten Monaten nicht nur mit der Frage von Basel II auseinander zu setzen haben, sondern dass wir uns aufgrund

(Wolfgang Fuß)

der Haltung der EU-Kommission und aufgrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs sehr wohl auch mit der Frage von **Anstaltshaftung** und **Gewährträgerleistung** auseinander zu setzen haben und wir dort in die gleiche Richtung gehen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich habe sehr wohl die Hoffnung - ich hege diese Hoffnung noch, weil ich feststelle, dass aus den Reihen der Opposition diejenigen, die im Wirtschafts- oder im Finanzausschuss sind, bei diesem Prozess eine andere Ernsthaftigkeit an den Tag legen als andere Mitglieder dieses Hauses -,

(Beifall bei SPD und SSW)

dass wir im Interesse des Mittelstandes, im Interesse der Verbraucher, aber auch im Interesse der Kommunen, die betroffen sein werden, zu einer konsensfähigen Beratung kommen werden. Deshalb beantrage ich in Ergänzung zu Ihnen, Kollegin Schmitz-Hübsch, auch Überweisung an den Finanzausschuss, neben der Überweisung zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Abgeordneten Steenblock das Wort.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was der Kollege Kubicki am Anfang seiner Rede gesagt hat, ist völlig richtig. Dieses Problem hat eine ausgesprochen ernsthafte Dimension, gerade vor dem Hintergrund dessen, was der Kollege Fuß gesagt hat. Die Situation des **Mittelstandes** insgesamt, was die **Kreditvergabe** angeht, ist kritisch. Es ist nicht so, dass wir im Augenblick eine ideale Situation haben. Vielmehr wird der Mittelstand zurzeit von den Banken ausgesprochen schlecht behandelt:

(Vereinzelt Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

aufgrund der hohen Kapitalkosten, des Risikos und des hohen Verwaltungsaufwands. Man muss ehrlicherweise sagen, die Renditen sind in diesem Bereich der Kredite nicht besonders hoch. Deshalb haben die Banken kein originäres Interesse daran. Die großen Banken haben sich aus diesem Bereich verabschiedet. Vor diesem Hintergrund kommt jetzt Basel II, kommt Gewährträgerhaftung. All das wird dazu führen, dass wir gerade in einem mittelständisch orientierten Land ausgesprochen problematische Situationen vor uns haben.

Das müssen wir uns mit großem Ernst deutlich machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU und FDP)

Liebe Kollegin Frau Schmitz-Hübsch, so richtig ich Ihre Analyse finde und so einig ich mit Ihnen bin, so ist dies doch nicht die Stunde einer Generalabrechnung mit der Regierung. Sie kennen sicherlich den Antrag, den alle Bundestagsfraktionen gemeinsam beschlossen haben, in dem die Forderungen, hinter die wir uns stellen müssen, deutlich gemacht worden sind. Dies ist die Stunde, in der wir mit ganzer Kraft dafür sorgen müssen, dass uns der Bereich der **mittelständischen Wirtschaft** hier in Schleswig-Holstein nicht wegbriecht.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was dazu kommen muss, ist der Bereich der **Existenzgründungen**. Der gehört dazu. Er wird von diesen Entwicklungen massiv negativ beeinflusst. Hier ist das Land in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass etwas geschieht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir beschreiten in einem Zusammenschluss von Bundesregierung und dem öffentlichen Kreditgewerbe, den Banken, einen gemeinsamen Weg. Ich finde den Vorwurf an den Minister nicht richtig, dass Schleswig-Holstein nicht auch noch einen Antrag gestellt hat. Diese Debatte verdanken wir nicht einem CDU-Antrag, sondern einem FDP-Antrag. Es muss nicht jeder das Gleiche per Antrag fordern, wenn deutlich ist, dass wir hier einer Meinung sind.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Herr Rohwer hat, finde ich, sehr richtig den Prozess beschrieben, in dem wir sind. Es gibt eine Reihe von positiven Entwicklungen. Was ich ausgesprochen positiv finde, ist, dass wir es geschafft haben, die **Kreditsicherungsinstrumente** der kleinen und mittelständischen Unternehmen in diesem Prozess zu implementieren. Das geht von Grundpfandrechten bis zur Anerkennung von Lebensversicherungen, was gerade für Personengesellschaften wichtig ist. Das ist in diesen Prozess implementiert worden und muss gefestigt werden, um gerade für diesen Bereich vernünftige Kreditsicherungssysteme zu schaffen. Das hat etwas mit den Bonitätskriterien zu tun, Herr Kubicki. Da habe ich eine etwas andere Auffassung als die, die Sie gerade dargestellt haben. Es geht darum, die Kriterien für Bonität so zu fassen, dass die mittelständischen

(Raider Steenblock)

Unternehmen ihre Stärken in diesen Prozess einbringen können. Was Sie gesagt haben, ist zusätzlich richtig. Aber es geht dabei auch um diesen Prozess.

Was mich sehr gefreut hat - auch das sollte man deutlich machen -, ist, dass die Bedingungen für gewerbliche Realkredite in diesem Prozess verbessert werden können. Auch das führt dazu, dass wirtschaftende Unternehmen gestärkt werden.

Eines möchte ich in dieser Debatte noch ansprechen, weil es mich besonders besorgt. Natürlich ist der Grundansatz von Basel, die **Eigenkapitalstärkung**, richtig. Das heißt, dass wir das, was in der Asienkrise deutlich geworden ist, als Gefahr erkennen und darauf reagieren: Kredite werden mit Eigenkapital vernünftiger gegengewichtet.

Das Problem liegt aber auch darin, dass wir in den vergangenen Jahren im Bankenbereich massiv ein Weg vom traditionellen Kreditgeschäft haben. Die Banken verdienen ihr Geld mit ganz anderen Sachen. Dass sie Mittelständler häufig noch Kredite geben, hat eher damit zu tun, dass sie über diesen Weg die Kunden binden, um mit ihnen profitable Provisionsgeschäfte zu machen. An den Krediten, die sie an die Unternehmen vergeben, verdienen sie kaum. Das ist ein Problem, das wir nur dann in den Griff bekommen, wenn wir eine vernünftige Gewichtung zwischen den unterschiedlichen Geschäftsbereichen machen. Was im spekulativen Bereich häufig verdient wird, was es dort an Gewinnmargen gibt, können wir eigentlich nicht akzeptieren, weil das die klassischen Geschäftsfelder verdrängt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und des Abgeordneten Werner Kalinka
[CDU])

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, da wir uns an dieser Stelle sehr einig sind, finde ich, sollten wir an dieser ökonomisch zentralen Stelle mit ganzer Kraft versuchen, die Interessen unseres Landes gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister und gemeinsam mit den Initiativen der Bundesregierung nach vorne zu tragen. Es geht hier wirklich um sehr, sehr viel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal danke ich dem Minister für den Be-

richt und der FDP für den Antrag. Ich hatte eingangs ein bisschen den Eindruck, dass es ein Antrag der CDU war. Damit meine ich im Grunde genommen nur, dass das Thema unserer Meinung nach nicht zu parteipolitischem Geplänkel einlädt.

Unter dem Stichwort Basel II werden Vorschläge des internationalen Baseler Ausschusses für die Bankenaufsicht diskutiert, unter anderem zur Änderung der **Mindestanforderungen** für das **Eigenkapital**. Diese Vorschläge hatten bereits im Frühjahr wegen der vermeintlichen negativen Folgen für die mittelständische Wirtschaft für öffentliches Aufsehen gesorgt.

Da gerade Schleswig-Holstein - das haben wir schon gehört - sehr von einer Wirtschaftsstruktur geprägt ist, in der kleine und mittlere Unternehmen dominieren, war es richtig - das habe ich eingangs bereits gesagt -, einen Bericht von der Landesregierung zu verlangen, um die möglichen Auswirkungen von Basel II auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft unter die Lupe zu nehmen. Und ganz sicher ist es auch richtig zu sagen, dass dieser Bericht eigentlich schon längst hätte gegeben werden müssen, dass wir als Parlament das Ganze vielleicht auch ein wenig verschlafen haben.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Einen Moment bitte, Frau Abgeordnete. - Vielleicht können wir noch ein bisschen mehr Aufmerksamkeit aufbringen.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Der Bericht liegt jetzt vor und unsere Befürchtungen sind danach auch nicht kleiner geworden.

Natürlich weist die Landesregierung in ihrem Bericht darauf hin, dass die Verhandlungen verlängert worden sind und dass das In-Kraft-Treten der Vorschläge von Basel II von 2004 auf 2005 verschoben worden ist. Das heißt: Noch ist nichts endgültig entschieden. Aber welche Richtung die Baseler Bankenaufsicht einschlagen will, zeigt sich dennoch.

Ich werde jetzt nicht im Detail all das erläutern, was von meinen Vorrednern und Vorrednerinnen und vom Minister bereits gesagt worden ist. Aber klar ist - das wird ja auch im Bericht noch einmal deutlich gesagt -: Wenn in Zukunft die Eigenkapitalanforderungen im Kreditgeschäft wesentlich stärker als bisher von der Bonität der Kreditnehmer abhängig gemacht werden, dann wird das wahrscheinlich erhebliche Auswirkungen auf die Struktur der schleswig-holsteinischen Kreditwirtschaft und auf die Kreditvergabe der schleswig-holsteinischen Unternehmen haben. Dies gilt insbe-

(Anke Spoorendonk)

sondere, wie gesagt, für kleine und mittelständische Unternehmen.

Es mag ja aus betriebswirtschaftlicher Sicht Sinn machen, in das Rating für die Kreditvergabe sowohl qualitative als auch quantitative Faktoren einzubauen, sodass künftig statt der bisherigen **bilanzorientierten Bonitätsprüfung** verstärkt **qualitative Aspekte** wie die Stärke des Managements, die Existenz von Steuerungsinstrumenten und so weiter einfließen sollen. Es liegt aber auf der Hand, dass größere Unternehmen oder Konzerne die zukünftig geforderte Dokumentation der strategischen Unternehmensführung leichter erbringen können als kleinere mittelständische Unternehmen, die nicht über die entsprechenden Ressourcen verfügen. Damit werden es Mittelständler zunehmend schwer haben, Kredite in angemessener Größenordnung zu akzeptablen Konditionen zu erhalten. Die Folge wird eine Verteuerung der Kredite für diese Betriebe sein, die insgesamt zu Wettbewerbsnachteilen sowohl für das schleswig-holsteinische Kreditwesen als auch für unsere Unternehmen führen wird.

Gerade auch für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute wird eine solche Neuregelung große Nachteile haben, da gerade diese Kreditinstitute bereits jetzt viele kleine und bonitätsmäßig schwächere Firmen als Geschäftskunden haben. Diese Tendenz, die durch die restriktive Kreditpolitik der Privatbanken verursacht worden ist, wird sich also bei Umsetzung von Basel II noch verstärken. - Gerade dieses Problem haben wir, Frau Schmitz-Hübsch, auch im Wirtschaftsausschuss mehrfach diskutiert. - Dies wäre natürlich fatal, da die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute schon angesichts der Forderungen der EU-Kommission vor einschneidenden Strukturänderungen stehen. Wenn jetzt auch Basel II die Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen verteuert, so wird das Folgen für die zukünftige Geschäftsentwicklung beispielsweise der Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben.

Eine solche Entwicklung, die ja auch dazu beitragen kann, dass Existenzgründerinnen und Existenzgründer oder innovative Unternehmen in ihrer Entwicklung behindert werden, darf die Politik nicht stillschweigend hinnehmen. Darin sind wir uns ja auch einig. Und ich muss in Klammern bemerken: Das wird ja auch Konsequenzen für den gesamten Bereich der Unternehmensberatung haben. Aus Gesprächen weiß ich, dass Unternehmen heute noch eher meinen, dass sie mit dem Wirtschaftsprüfer zurechtkommen. Aber ich denke, die Unternehmensberatung wird künftig einen ganz anderen Stellenwert bekommen.

Letzte Bemerkung. Wir begrüßen, dass die Landesregierung entsprechende Initiativen des Bundestages und des Bundesrates unterstützt. Es ist wichtig, dass alle

Kräfte zusammenarbeiten, damit wir diese Benachteiligung der mittelständischen Unternehmen verhindern und Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Kreditinstituten vermieden werden können.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat der Herr Abgeordnete Greve.

Uwe Greve [CDU]:

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen! Meine Herren! Dies ist nicht meine Jungferrede im Parlament, sondern meine erste Rede.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich will eine ganz kurze Bemerkung zu diesem ungeheuer wichtigen Thema machen, das wahrscheinlich noch in den nächsten 20 Jahren zentral für unsere gesamte Politik sein wird.

Herr Minister Rohwer, Sie hatten deutlich gemacht, dass nach 13 Jahren durch Veränderungen im Bankenwesen sozusagen wieder einmal eine neue Lösung fällig war. Entscheidend ist aber eigentlich für Basel II das, was Herr Kubicki formuliert hat. Entscheidend für Basel II war die asiatische Bankenkrise, insbesondere der Zusammenbruch japanischer Banken nach ungeheuer leichtsinniger Kreditvergabe. Das sollten wir im Auge haben, weil sich daraus Folgen für Basel II ergeben haben. Basel wurde in allen seinen Verhandlungen ganz entscheidend durch die **Kapitalgesellschaften** und nicht durch die **Personengesellschaften** beeinflusst. Mittelständler sind aber nun einmal Personengesellschaften. An den Beratungen des internationalen Baseler Ausschusses haben fast keine Interessenvertreter der Personengesellschaften teilgenommen. Das ist schon ein Riesennachteil, der eigentlich die gesamten negativen Folgen, die jetzt deutlich geworden und hier auch gut formuliert worden sind, erklärt.

Ich möchte hier verdeutlichen, dass dieser Unterschied zwischen Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften bei der Vergabe der Kredite ganz entscheidend ist. Die Kapitalgesellschaft kann und soll in großem Maßstab Sachsisicherheiten bringen. Das ist eine Logik. Aber die Personengesellschaft kann **Sachsisicherheit** in großem Maßstab kaum bringen. Die Personengesellschaft hat ganz andere Wurzeln. Sie kann eine **Humansicherung** bringen. Diese ist eine persönliche und immer dann gefährdet, wenn es beispielsweise zu einem Autounfall oder zu einer Ehekrise kommt, aber sonst nie. Denn das Kapital ist hier der persönli-

(Uwe Greve)

che Einsatz des Unternehmers, das Know-how, seine Flexibilität, die sich mit ihm verbindet, seine Schnelligkeit, seine Einsatzbereitschaft, all das, was ein Unternehmer ausstrahlungskräftig in seiner Umwelt von sich geben kann.

Wenn Sie jetzt die Ergebnisse von Basel II anschauen, dann stellen Sie fest: Dieser Teil ist überhaupt nicht bewertet. Das heißt also: Basel II ist nur auf die Kapitalgesellschaften zugeschnitten und nicht auf die Personengesellschaften.

Es ist Ihre zentrale Aufgabe, Herr Rohwer, als Minister so zu wirken, dass dem Ergebnis von Basel II eine **Mittelstandsklausel** hinzugefügt wird, damit nicht solche ungeheuren Belastungen des Mittelstandes zum Tragen kommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist für mich die zentrale Botschaft, die es hier zu nennen gilt.

Ich möchte eine Schlussbemerkung machen, wenn ich noch eine Viertelminute Zeit habe. - Die Bundesregierung hat ja im Einvernehmen mit der Opposition dazu beigetragen, dass Basel II erst im Jahre 2005 zur Wirkung kommt. Sonst hätten wir nämlich diese Krise schon in Kürze.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD]: 2002!)

Richtig ist auch, dass der Hauptfehler von Basel II, nämlich das Zuschneiden der Regeln auf die Kapitalgesellschaften, jetzt noch beseitigt werden kann. Aber ich sehe im Moment auch von unserer Seite und auch von Ihnen, Herr Minister Rohwer, noch keine klaren Initiativen und Vorstellungen, wie eine solche Klausel aussehen soll. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie in Kürze in diesem Parlament einmal darlegen würden, wie Sie diese Klausel formulieren und wie Sie sie über den Bundesrat einbringen wollen.

Ein Letztes. Zur Entwicklung des Mittelstandes gehört es, dass wir eine Aufgabe wieder im Auge haben, die alle Kenner von Ludwig Erhard bis Karl Schiller, dem großen sozialdemokratischen Wirtschaftsminister, immer im Auge hatten, und zwar sich zu überlegen, ob wir eines nicht schaffen: die Idee Ludwigs Erhards wieder einzuführen, dass grundsätzlich Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, nicht besteuert werden. Dies ist eine der zentralen Möglichkeiten der Förderung des Mittelstandes.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Greve, ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Jungferrede. Das Farbenspiel hier vorn will ich, weil es Ihre Jungferrede war, heute noch nicht interpretieren. Das machen wir beim nächsten Mal.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Wenn ich die Antragslage richtig deute, dann ist beantragt worden, den Bericht dem Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung und dem Finanzausschuss zur Mitberatung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir haben noch einen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark - -

(Wortmeldung des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Es ist abgesprochen worden, den Tagesordnungspunkt 17 nach dem Tagesordnungspunkt 23 zu behandeln und den Tagesordnungspunkt 35 auf die November-Tagung zu verschieben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das bedeutet, dass jetzt kein Aufruf erfolgt. Gut, man hat mir etwas anderes erzählt. Ich nehme das zur Kenntnis. Das ist in Ordnung. Wir gewinnen so mehr Zeit für die Mittagspause. Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 13:02 bis 15:01 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Bevor wir wieder in die Tagesordnung eintreten, möchte ich unsere Gäste begrüßen. Auf der Tribüne haben sich versammelt Senioren der Leitstelle „Älter werden“ der Stadt Kiel. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 23 auf:

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Fördermittel für Investitionen im Rahmen der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1265

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht; dann kann ich die Aussprache eröffnen. Ich erteile Herrn Abgeordneten Ehlers das Wort.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Claus Ehlers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst vor vier Wochen haben wir im Parlament im Rahmen des Nachtragshaushaltes über die Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse diskutiert. Das Ergebnis der Debatte ist hinreichend bekannt. Die Sozialdemokraten haben nicht den Mut und die Kraft aufgebracht, ihren Fehler einzugestehen und die notwendigen Korrekturen vorzunehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es war ein Fehler, die Förderung der Projekte zur **Dorfentwicklung** zu kürzen und kommunale wie private Antragsteller im Regen stehen zu lassen. Die Betroffenen erwarten von der Landesregierung die Einhaltung der Zusagen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist nicht hinzunehmen, dass die Landesregierung sich jetzt auf die Unverbindlichkeit der in Aussicht gestellten **Fördermittel** zurückzieht und damit jegliches Vertrauen verspielt. Jahrelang konnten Antragsteller auf eine gängige Praxis vertrauen und die Projektfinanzierung darauf abstimmen. Von dieser Vertrauensbasis ist die Landesregierung mittlerweile gründlich abgerückt. Den bisherigen Gipfel ihrer förderpolitischen Irrfahrt - so möchte ich das einmal nennen - erklimmt sie mit ihrer Entscheidung, nachträglich Förderkürzungen vorzunehmen. Alle Antragsteller, kommunale wie auch private, die eine Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn erhalten haben, werden nun kräftig verschaukelt, indem ihnen nach erfolgtem Baubeginn erklärt wird, sie könnten nicht mit den erwarteten Mitteln rechnen. Dieser einmalige Vorgang darf nicht Bestand haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Eine derartige Förderpolitik, die sich insbesondere durch Unzuverlässigkeit und mangelnden Vertrauensschutz auszeichnet, trägt im höchsten Maße zur Verunsicherung und zur Enttäuschung der Investoren bei.

In vielen Gemeinden und Ämtern stellt sich jetzt die Frage, wie es weitergehen soll. Es wäre fatal, wenn das gute Entwicklungsinstrument LSE durch Fehlent-

scheidungen der Landesregierung erheblichen Schaden nimmt und Investoren künftig nicht zur Beteiligung veranlasst, sondern abgeschreckt werden.

(Beifall der Abgeordneten Jost de Jager [CDU] und Heinz Maurus [CDU])

Ich kann mir vorstellen, dass einige Gemeinden bei künftigen Projektvorhaben mit geringeren Fördermitteln kalkulieren können. Ich kann mir jedoch überhaupt nicht vorstellen, dass dies für Projekte gelten kann, die auf der bisherigen Grundlage bereits durchfinanziert sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Privaten Investoren muss nahe gelegt werden, erst mit den Maßnahmen zu beginnen, wenn eine schriftliche und verbindliche Mittelzusage vorliegt.

Mir ist zu Ohren gekommen, dass ein privater Investor, der die Genehmigung für einen vorzeitigen Baubeginn erhalten hat, nunmehr keine öffentlichen Fördermittel erhält und das Vorhaben wegen der entstandenen Finanzierungslücke Not leidend geworden ist. So darf man mit Bürgerinnen und Bürgern hier im Land Schleswig-Holstein nicht umgehen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Hier werden private Investoren nach erfolgtem Baubeginn in den finanziellen Ruin getrieben. Es stehen private Schicksale mit auf dem Spiel.

Es ist nicht zu vermitteln, wenn das Land bei kommunalen Investitionen im Rahmen der LSE nicht mehr in der Lage ist, einen geringen Beitrag von 4 % aufzubringen, der notwendig ist, um die 6 % Bundesmittel zu binden. Mit bescheidenen 40.000 DM des Landes könnte eine Investition von 1 Million DM ausgelöst werden.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Gerade unsere ländlichen Regionen mit ihren kleinen und mittelständischen Betrieben sind auf diese **Investitionen** angewiesen. Diese dürfen nicht durch eine kurzsichtige und falsche Förderpolitik des Landes infrage gestellt werden. Der erhebliche Mitteleinsatz im zweiten Arbeitsmarkt ist nur zu verantworten, wenn die Anstrengungen im ersten Arbeitsmarkt nicht zurückgefahren werden. Aber genau das geschieht hier. Gegen jede Vernunft werden Arbeitsplätze gefährdet und **ländliche Regionen** in ihrer Entwicklung behindert. Es ist wesentlich effizienter, hier öffentliche Mittel des Landes und des Bundes einzusetzen, als jede ABM-Stelle hier im Land Schleswig-Holstein zu finanzieren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

(Claus Ehlers)

Allein die Mehrwertsteuer liegt deutlich höher als die gesamte Förderung des Landes und des Bundes zusammen - von anderen Steuern und Abgaben ganz zu schweigen.

Die Landesregierung greift in ihrer Geldnot zu Mitteln, die eindeutig kontraproduktiv sind und im Ergebnis die Situation im Land weiter verschlechtern. Das Ergebnis ist nämlich: Bürgerinnen und Bürger fühlen sich oder werden verprellt, Gemeinden und Gemeindeverbände werden demotiviert - ich denke nur daran, mit wie viel Engagement seitens der Vereine, der Kommunen die Handlungskonzepte entwickelt worden sind, die jetzt nicht realisiert werden können -, im ländlichen Raum geht das Restvertrauen in die Landesregierung verloren; Arbeitsplätze werden in einem erheblichen Umfang gerade im ländlichen Raum gefährdet; Strukturentwicklungen werden gebremst und verhindert. Das ist das Ergebnis einer desolaten Förderpolitik der Landesregierung, die wahrlich am Ende ist.

Ich beantrage für die CDU-Fraktion Ausschussüberweisung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Schümann das Wort.

Jutta Schümann [SPD]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die **Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen** sind zusammen mit den darauf aufbauenden Maßnahmen der Dorfentwicklung ein politischer Schwerpunkt unserer Politik für die ländlichen Räume in Schleswig-Holstein.

(Zurufe von der CDU)

Diese Erfolge verdanken wir der aktiven Mitarbeit der haupt- und ehrenamtlichen Kräfte in den Kommunen, wir verdanken sie auch allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich aktiv in den LSE-Prozess eingebracht haben. Deshalb nehmen wir die Proteste zu den Kürzungen auch sehr ernst.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW - Heinz Maurus [CDU]: Sie müssen aber daraus auch Lehren ziehen!)

Im Zuge der äußerst angespannten **Finanzlage** des Landes - diese hat sich nach unseren gestrigen Beschlüssen zur inneren Sicherheit sicher weiter verschärft - hat die Landesregierung für alle **Förderprogramme** Kürzungen im Haushalt 2001 und für den Haushalt 2002 vorgeschlagen. Die derzeitigen Pläne der Landesregierung sehen nunmehr aufgrund der

erforderlichen Kürzung in der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstrukturen und Küstenschutz und der rechtlich eingegangenen Verpflichtung sowohl für die Förderung der LSE als auch ihrer Folgeprojekte nur noch eine Förderung von 40 % vor. Das ist inzwischen allen Beteiligten bekannt. Ich denke, dass diese neuen Fördersätze den Kommunen eine verlässliche Grundlagen für neue Maßnahmen bieten.

Probleme bestehen zugegebenermaßen bei den LSE-Maßnahmen der Kommunen, die bereits vor längerer Zeit geplant oder schon begonnen wurden, für die jedoch noch kein formaler Bewilligungsbescheid mit konkreter Förderhöhe erteilt wurde. Ich muss mich wiederholen: Die Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn ist nun einmal keine verbindliche Förderzusage. Es gibt Kommunen, die angefangen haben, es gibt aber auch Kommunen, die gesagt haben, wir begeben uns auf die sichere Seite und warten ab. Insofern muss man der Redlichkeit halber darauf auch einmal hinweisen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die waren nur misstrauisch gegenüber dieser Landesregierung! - Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Kolleginnen und Kollegen, wir können die Probleme der Kommunen und auch privater Investoren durchaus nachvollziehen, die ihre Planungen auf einen höheren Zuschuss ausgerichtet haben. Die jetzt möglicherweise notwendige Nachfinanzierung - das sehen wir auch - der Kostenlücke ist problematisch und manchmal vielleicht auch nicht möglich. Wir sind uns fraktionsintern einig und werden dieses Problem bei der Beratung des Haushalts 2002 berücksichtigen, und zwar anhand folgender Eckwerte - ich wiederhole mich da, aber ich muss es tun, weil sich die Eckwerte innerhalb von vier Wochen nicht beliebig verändern -:

Erstens. Grundsätzlich gilt wie bei allen Fördermaßnahmen eine maximale Zuschusshöhe von 50 % der Kosten.

Zweitens. Unabhängig von der rechtlichen Bedeutung aufgrund der bisherigen Förderpraxis und der ergangenen Zustimmungen zum vorläufigen Maßnahmenbeginn ist ein Vertrauensschutz bei den der Landesregierung bereits länger bekannten Maßnahmen und Projekten - das sind circa 400 - zu berücksichtigen.

Drittens. Der von Anfang an geforderte Qualitätswettbewerb bei der Förderung der Maßnahmen muss noch stärker als bisher erfolgen. Deshalb erwarten wir, dass zukünftig folgende Kriterien den Förderentscheidungen zugrunde gelegt werden: Sicherung und Ausbau der regionalen Infrastruktur, Arbeitsplatzwirkung,

(Jutta Schümann)

Sicherung der Grundversorgung in den ländlichen Regionen sowie Ökologisierung der Landwirtschaft.

Viertens. Die finanzielle Leistungskraft der Kommunen muss sich in der Förderquote auch bei den LSE-Projekten - wie schon im Regionalprogramm geschehen - widerspiegeln.

Wir werden bei den Beratungen zum Haushalt 2002 in den parlamentarischen Gremien prüfen und diskutieren, wie LSE-Projekte durch einen „Fördermix“ auch aus anderen Bereichen wie zum Beispiel dem KIF im Fördervolumen erhöht werden können. Wenn Sie, Herr Kollege Ehlers, einen überzeugenden Deckungsvorschlag haben, sind wir gern bereit, diesen in unsere Beratungen mit aufzunehmen. Diesen Vorschlag nämlich habe ich eben in Ihrem Beitrag vermisst.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Kolleginnen und Kollegen, unser gemeinsames Ziel sollte sein, das Instrument der LSE mit den europäischen Fördertöpfen, die nur noch bis 2006 zur Verfügung stehen, nicht zu zerreden - hier nicht und erst recht nicht vor Ort -, sondern es bei angespannter Haushaltslage optimal zur Vitalisierung der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein einzusetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! LSE ist einmal eine Erfolgsgeschichte für dieses Land gewesen. Es gibt zahlreiche Gemeinden und Kommunen, die sich auf diesen Weg begeben und gute Erfolge vorzuweisen haben. Inzwischen, Frau Ministerin, ist es eigentlich mehr eine unendliche Geschichte geworden und ich bedauere dies sehr. Ich bedauere auch, dass in der Landesregierung nicht die Einsicht vorhanden ist, dass der Haushalt des Landwirtschaftsministeriums nicht der Steinbruch für alle Defizite im **Landeshaushalt** sein kann.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich zitiere:

„Die Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse ist ein erfolgreiches Instrument nicht nur für die Entwicklung ländlicher Regionen, sondern auch zur Unterstützung von Stadt-

Umland-Beziehungen. Sie hat in Schleswig-Holstein mittlerweile einen regelrechten Entwicklungsschub ausgelöst. Bereits drei Viertel der Gemeinden unseres Landes setzen auf die LSE als Weg in die Zukunft. Man spürt die Begeisterung, die der LSE-Prozess in dieser Region ausgelöst hat.“

So Ihre Worte, Frau Ministerin, vor gerade einmal einem halben Jahr, am 5. April 2001.

Von der beschriebenen Begeisterung ist jetzt nichts mehr zu spüren. Wir alle lesen in den Zeitungen entweder, dass sich eine Gemeinde aus LSE verabschiedet hat - -

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

- Soll ich Ihnen alle zitieren?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

- So lange ist meine Redezeit leider nicht. Das wissen Sie selber.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Im Kreis Steinburg geht man den Weg, dass jetzt aus Kreismitteln entsprechende Defizite des Landes ausgeglichen werden. All das geschieht, obwohl wir bereits am Anfang des Jahres gesagt haben, dass die Landesregierung den Mund mit den Ankündigungen, was alles sie über LSE im Lande in die Wege leiten will, zu voll nimmt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Weg in die Zukunft ist für viele Gemeinden, bevor er richtig angefangen hat, längst wieder Vergangenheit; denn die Landesregierung will ihre Mittel für LSE um 20 % reduzieren. Durch diese Einsparung fallen gleichzeitig Komplementärmittel in Millionenhöhe weg. Die **ländlichen Räume** stehen im Dunkeln, ganz im Dunkeln, wie die folgenden Zahlen, die der FDP-Bundestagsabgeordnete Jürgen Koppelin aktuell erfragt hat, eindrucksvoll belegen.

Schleswig-Holstein stehen aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für dieses Jahr 93 Millionen DM an Bundesmitteln zur Verfügung. Bis zum 15. Oktober dieses Jahres sind davon gerade einmal 40,9 Millionen DM abgerufen worden, davon 23,9 Millionen DM für den Küstenschutz.

Mehr als 50 Millionen DM liegen also brach, weil die rot-grüne Landesregierung Schleswig-Holstein inzwi-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

schen so heruntergewirtschaftet hat, dass es die erforderlichen Komplementärmittel nicht mehr aufbringen kann. Fazit: Schluss mit Zukunft!

(Beifall bei FDP und CDU)

Dies trifft nicht nur die ländlichen Räume selbst. Ich habe bereits in meinem letzten Debattenbeitrag darauf hingewiesen. Mittel für Infrastrukturmaßnahmen stehen fast nicht mehr zur Verfügung. Der kommunale Finanzausgleich ist im vergangenen Jahr um 75 Millionen DM gekürzt worden. Es fehlen die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe. Wir haben drastische Einkommenseinbußen bei den rinderhaltenden Betrieben. Die Rinderprämien sind erst verspätet gezahlt worden. All das bedeutet, dass die Finanzkraft nicht im ländlichen Raum ist, wie wir das in den vergangenen Jahren gehabt haben, sondern dass auch die Aufträge nicht an die mittelständischen Betriebe gegeben werden können, wie das vorher der Fall gewesen ist. Dies ist eine Politik, die gegen mittelständische Betriebe, gegen das Land gerichtet ist.

Daher sind Wut und Enttäuschung der Bürgerinnen und Bürger, die sich in diesem Prozess sehr intensiv ehrenamtlich engagiert haben, nur zu verständlich. Ich meine, es ist auch ein bisschen einfach, Frau Schümann, einfach zu sagen, die einen sind auf die sichere Seite gegangen, die anderen haben den Worten der Landesregierung geglaubt.

Wir haben das Thema LSE sehr oft in diesem Land diskutiert. Bisher konnten sich die Kommunen darauf verlassen, dass dann, wenn der vorzeitige Maßnahmebeginn genehmigt wurde, später auch die Mittel geflossen sind. Das war Politik dieses Landes. Das muss man anerkennen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wohin kommen wir, wenn in einem Land mit ländlicher Struktur das gesprochene Wort nicht mehr gilt? Ich glaube, diesen Weg sollten wir nicht gehen, wir sollten uns nicht auf den formalen Standpunkt zurückziehen, sondern sollten sagen, dass die Menschen der Landesregierung vertraut haben, dass sie aber in ihrem Vertrauen zutiefst enttäuscht worden sind.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Von daher bitte ich die Landesregierung - wir sollten in den kommenden Haushaltsberatungen ebenfalls darauf hinwirken -, dass wir eine Trendwende erreichen und diese Tendenz umgekehrt wird; denn wir können es uns nicht leisten, die ländlichen Räume derart im Regen stehen zu lassen, wie dies in der letzten Zeit versucht worden ist.

Der Überweisung des Antrages an den Ausschuss stimme ich zu.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich das Wort weiter erteile, will ich einen weiteren Gast begrüßen. In der Besucherloge hat unser ehemaliger Abgeordneter Herr Solterbeck Platz genommen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Steenblock das Wort.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Tagesordnungspunkte, bei denen merkt man besonders, dass es gut ist, wenn man neben einer guten Landesregierung auch ein gutes Landesparlament hat.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Gabriele Kötschau [SPD])

Dass wir an dieser Stelle auch die Möglichkeit haben, uns zu dem, was die Landesregierung für den Haushalt vorgeschlagen hat, als Parlament anders zu artikulieren, ist schon in der letzten Tagung deutlich geworden. Deshalb freue ich mich auch auf die Beratung im Ausschuss.

Ich will nicht noch einmal alle die Punkte, die wir das letzte Mal angesprochen haben, wiederholen. Es ist richtig - dies stichpunktartig -, die LSE ist eine von unserer Seite hoch geschätzte Lenkungsmaßnahme für **Investitionen im ländlichen Raum**.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dadurch ist regional eine hervorragende Entwicklungsplanung möglich.

Allerdings müssen die Kriterien für diese Maßnahmen unserer Ansicht nach immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Das gilt auch für die Finanzmasse in diesem Bereich. Insofern bin ich sehr froh, dass der Kollege Ehlers in diesem Zusammenhang gesagt hat, dass wir im Hinblick auf die künftigen Maßnahmen schauen müssen, was und wie wir finanzieren wollen. Darin sind wir uns einig. Das muss auch gemacht werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die Frage des Vertrauensschutzes ist für uns als grüne Landtagsfraktion eine hochrangige. Wir dürfen uns darüber nicht leichtfertig hinwegsetzen. Das Verhält-

(Rainer Steenblock)

nis von Kommunen und Landesregierung ist für uns ein sehr hohes Gut. Das sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Allerdings hat mich ein bisschen nachdenklich gemacht, dass sich einige Gebietskörperschaften - bis hin zu einem Landrat - sofort hingestellt und gesagt haben: Wenn das Land es nicht finanziert, können wir es gegenfinanzieren. - Das halte ich für taktisch falsch. Ich stimme mit dem Kollegen Arp überein, dass sich bestimmte Gebietskörperschaften unklug verhalten. Dies muss uns als Landesparlament auch nachdenklich stimmen. Wenn eine Kompensation in Bezug auf solche Maßnahmen durch die kommunale Seite so leicht möglich ist, dann ist es, glaube ich, richtig, das Verhältnis zu den Kommunen an dieser Stelle noch einmal ernsthaft zu überdenken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Frage des Vertrauensschutzes betrifft beide Ebenen. Es kann nicht sein, dass das Vertrauen, was die jetzt in Aussicht gestellten Maßnahmen angeht, nur von Landesseite besteht; vielmehr muss auch für die kommunale Seite gelten, dass sie ihre Mittel in diesen Prozess ebenso vertrauensvoll hineingibt, wie es ihren Möglichkeiten entspricht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Deshalb müssen wir miteinander über die Maßnahmen reden.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist folgender: Die Kollegin Schümann hat, glaube ich, etwas leichtfertig gesagt, dass wir, wenn der Kollege Ehlers einen Deckungsvorschlag hätte, sofort entsprechend verfahren könnten. Liebe Jutta, da zeigt sich der Unterschied zur Opposition. Der Kollege Ehlers wird natürlich sofort einen Deckungsvorschlag haben. Der Vorteil der Opposition besteht darin, dass sie durch Kürzungen bei einer Maßnahme Deckungsvorschläge für zehn andere Maßnahmen hat. Ich kenne das noch aus früheren Zeiten, als wir die Mittel für den Starfighter für alles Mögliche verwenden wollten. Wir als Regierung - glücklicherweise sind wir in diesem Land in der Regierung - sind in der Verantwortung, einen Deckungsvorschlag für den gesamten Haushalt und nicht nur für einzelne Maßnahmen vorlegen zu müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Da wir die politische Intention des CDU-Antrages durchaus unterstützen,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

bieten wir Ihnen faire Gespräche an, damit wir hier zu einer Lösung kommen. Wir als Regierung werden das allerdings nur im Rahmen eines Deckungsvorschlages für den Gesamthaushalt umsetzen können. Darum bemühen wir uns und ich glaube, da kommen wir zusammen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Harms.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da bleibt eigentlich gar nicht mehr viel zu sagen!)

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Heinold, selbstverständlich bleibt noch etwas zu sagen. Not und Elend kommen jetzt.

Als ich den Antrag zum ersten Mal sah, habe ich mich gefragt, was neu oder anders an diesem Antrag sei.

(Lothar Hay [SPD]: Das war ein Déjà-vu-Erlebnis!)

Um die Antwort vorwegzuschicken: Nichts ist neu an diesem Antrag.

(Heinz Maurus [CDU]: Aber es ist notwendig, dass Sie darüber noch einmal reden!)

- Das glaube ich noch nicht einmal!

Wir haben uns in der letzten Landtagstagung ausgiebig zum Thema LSE ausgetauscht und zum Teil sehr deutlich unsere Meinung gesagt. Wir als SSW haben gefordert, dass für betroffene Kommunen und für private Maßnahmenträger Vertrauensschutz gelten sollte und dass Lösungen durch alternative Finanzierungsmodelle gefunden werden sollten. Ich glaube, es ist nicht fair, jetzt wieder die verbale Keule zu schwingen und der Landesregierung Vertrauensbruch vorzuwerfen. Für meinen Geschmack macht es sich die CDU hierbei zu einfach.

Die Regierungsparteien und die Landesregierung haben in der letzten Landtagstagung zugesagt, sich noch einmal um eine Lösung bemühen zu wollen. Inzwischen scheint es Möglichkeiten unter Einbeziehung des Kommunalen Investitionsfonds zu geben. Somit sieht es so aus, dass den betroffenen Kommunen in diesem Jahr schnell und unbürokratisch geholfen werden kann.

(Lars Harms)

Vor diesem Hintergrund kann ich nicht akzeptieren, dass nun noch einmal mittels eines Antrages versucht wird, das Thema LSE hochzukochen. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Die Kürzung der Mittel für die LSEn wurde von uns in der letzten Landtagstagung scharf kritisiert. Von dieser Kritik gibt es nichts zurückzunehmen. Aber wenn eine Landesregierung ihre Fehler erkennt und nach Lösungsmöglichkeiten sucht, sollte man nicht noch einmal nachkarten, sondern versuchen, diesen Prozess produktiv zu begleiten. Ich glaube, dies wäre auch im Interesse der Betroffenen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Selbstverständlich, liebe Kollegen von der CDU, wollen wir diesen Prozess auch produktiv begleiten.

Um nun einen solchen produktiven Beitrag zu leisten, möchte ich noch einmal auf die Bedeutung der LSEn für den ländlichen Raum eingehen. Ich tue dies vor allem im Hinblick auf die kommenden Haushaltsberatungen; denn die 50-prozentige Förderung für 2002 ist ja noch in keinster Weise gesichert. In vielen Kommunen sind die erarbeiteten Projekte aber auf der Basis einer 50-prozentigen Förderung geplant. Aufgrund der Kassenlage wird es möglicherweise dazu kommen, dass eine große Anzahl von bisher geplanten Projekten nicht umgesetzt wird. Über die Effekte für die regionale Wirtschaft, insbesondere für die gebeutelte Bauwirtschaft, brauche ich nichts weiter auszuführen; das habe ich schon in der letzten Landtagsstagung getan. Nur so viel: Sie helfen der Bauwirtschaft in Schleswig-Holstein enorm, wenn Sie an der bisherigen Förderung auch im kommenden Jahr festhalten, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün.

Wir haben vor kurzem einen Bericht zum Abbau öffentlicher Arbeitsplätze diskutiert. In diesem Bericht wird festgestellt, dass vor allem der ländlich strukturierte nördliche Landesteil vom Abbau öffentlicher Arbeitsplätze betroffen wurde. Ich vermute, dass auch andere ländliche Regionen hiervon hart getroffen worden sind. Die Landesregierung hat in der damaligen Debatte deutlich gemacht, dass sie keine besondere Rücksicht auf diese Regionen nehmen will, wenn weitere öffentliche Arbeitsplätze abgebaut werden sollen. Wir haben dies kritisiert. Aber ich gehe davon aus, dass die Landesregierung von dieser Haltung leider nicht abweicht.

Gleichzeitig haben wir auch erfahren müssen, dass die ländlichen Räume mit den städtischen Zentren im Wettbewerb um die Fördermittel aus dem Regionalprogramm stehen. Auch hierzu hat die Landesregierung deutlich gemacht, dass die ländlichen Regionen nicht auf eine besondere, wohl wollende Beachtung zählen können. Auch das haben wir natürlich kritisiert.

Beides, der Abbau von öffentlichen Arbeitsplätzen und der ungleiche Wettbewerb bei der Regionalförderung, hat, um es einmal nett zu formulieren, nicht zum Ansehen der Landesregierung in den betroffenen Regionen beigetragen. Die Leute sind ziemlich sauer und fühlen sich benachteiligt. Wenn man nun auch noch das letzte Instrument einer breiten und anerkannten **Förderung des ländlichen Raumes** aufgibt und die damit verbundenen Aktivitäten im ländlichen Raum einschränkt, schadet man dem Land Schleswig-Holstein.

Von Norbert Gansels Kiel und Bernd Saxen Lübeck allein kann die rot-grüne Regierung aber nicht leben. Sie brauchen auch den ländlichen Raum, liebe Kollegen von der SPD und von den Grünen, wenn Sie das Land Schleswig-Holstein wirklich voranbringen wollen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Feddersen.

Jürgen Feddersen [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Als das LSE-Programm verkündet wurde, waren wir alle der Meinung, das sei ein gutes Programm für den **ländlichen Raum**. Es wurde eine solide Finanzierung verkündet: 50 % Eigenanteil, 40 % EU-Förderung, 6 % Bundesmittel und 4 % Landesmittel im Rahmen der GA war eine gute Finanzierung. Das heißt, mit nur 4 DM Landesmitteln konnten Investitionen in Höhe von 100 DM ausgelöst werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!)

In Schleswig-Holstein wurden LSEn fast flächendeckend durchgeführt. Es wurde sogar dazu aufgefordert, eine LSE durchzuführen; sonst würden keine **Fördermittel** gewährt.

Es wurden sogar LSEn amtsübergreifend durchgeführt. Das führte zu einer guten Zusammenarbeit über die verschiedenen Ämter hinweg.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das geht nun alles kaputt!)

Vor allem wurden viele Bürger in Workshops mit eingebunden. Endlich konnten die Bürger die Arbeit in der Gemeinde aktiv mitgestalten.

(Jürgen Feddersen)

Liebe Frau Schümann, der vorzeitige Maßnahmebeginn war seit Jahr und Tag gängige Praxis.

(Beifall bei der CDU)

Wenn die Mitarbeiter im Haus - fragen Sie die Mitarbeiter - verkündet haben: „Ihr könnt mit den Maßnahmen vorzeitig beginnen“, dann hat sich die Gemeinde darauf verlassen und investiert. Etwas anderes hat es noch nie gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Die meiste Kritik bekommen im Moment die Mitarbeiter ab. Aber wir passen schon auf. Wir wissen, dass nicht die Mitarbeiter schuld sind. Vielmehr hat hier die Landesregierung versagt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Wenn Sie fragen: Welche Gemeinde hat sich schon aus der LSE zurückgezogen?, so kann ich Ihnen im Moment nur aus dem Kopf antworten. Die Gemeinde Sörup hat sich zurückgezogen. Aber wir werden das vom Gemeindetag aus für Nordfriesland noch zusammenstellen; Sie kriegen das genau zu wissen.

(Jutta Schümann [SPD]: Das ist schade!)

- Das ist schade. Aber wenn eine Gemeinde den Eigenanteil nicht mehr aufbringen kann, muss sie leider auf die Investition verzichten. LSE heißt: Landesregierung stoppt Entwicklung. Das passt genau mit den Buchstaben zusammen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Ich möchte Ihnen zwei Beispiele geben. Das Missionszentrum in Breklum ist vielen bekannt. Es will 10 Millionen DM investieren. 5 Millionen DM Barmittel liegen bereit, die investiert werden können. Die Landesregierung hat sich das Projekt angeguckt. Man hat es für förderungsfähig anerkannt. Leider ist es jetzt so: Wenn die 10 % fehlen, ist das Missionszentrum nicht in der Lage, diese Investition durchzuführen. Wegen nur 400.000 DM Eigenanteil der Landesregierung werden 10 Millionen DM Investitionen verhindert.

Das zweite Beispiel. Die Gemeinde Oster-Ohrstedt baut ein Gemeinschaftshaus. Die Investitionen betragen 800.000 DM. Jetzt kommt es: Die Gemeinde hat schon einen Bewilligungsbescheid. Trotzdem hat man die Gemeinde gefragt, ob sie nicht auf die 10 % verzichten wolle. Dann könne sie die 40 % EU-Mittel noch dieses Jahr bekommen. Wenn sie auf den 10 % bestehe, könnte es Jahre dauern, ehe ausgezahlt würde.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist eine Unverfrorenheit!

Das ist, mit Verlaub gesagt, nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Die Gemeinde Oster-Ohrstedt - so hat mir der Bürgermeister gesagt - hat sich für die 40 % entschieden. „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“, ist ein altes Sprichwort.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist bei dieser Regierung auch besser!)

Sie wollte nicht darauf vertrauen, dass sie die 10 % Förderung noch erhält.

Ich fordere die Landesregierung auf, klare Verhältnisse zu schaffen. Halten Sie Ihre Versprechen und zahlen Sie das Geld aus.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nur der Ordnung halber: Das war kein Kurzbeitrag, das war der Verbrauch der ganz normalen Restredezeit der CDU-Fraktion.

Jetzt erteile ich Frau Ministerin Franzen das Wort.

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Harms hat es gesagt: Man kann die Reden vergleichen. Herr Ehlers, ich werde es einmal tun. Bei Ihnen kam mir sehr vieles bekannt vor. Sie haben kaum etwas geändert. Das kann man in der Opposition machen. Das dient dem Populismus. Ob es der Sache dient, da schauen wir mal. Denn wir haben soeben Wahlkreispolitik gehört.

(Klaus Schlie [CDU]: Ja und?)

- Wir haben einen Eid geschworen - ich bin Ihre Kollegin -, dem gesamten Land zu dienen.

(Klaus Schlie [CDU]: Wir machen es doch für alle im Land!)

Ich nehme die Opposition nicht so aus, wie das Herr Steenblock macht. Das kann man tun.

(Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Vielmehr nehme ich Sie ernst. Wenn Sie hier Reden halten, damit Sie sie zu Hause verteilen können - das

(Ministerin Ingrid Franzen)

ist Ihr Ziel -, dann trägt das wenig zur Gesamtverantwortung bei.

(Klaus Schlie [CDU]: Das kann doch nicht angehen! - Heinz Maurus [CDU]: Unerhört!)

- Es ist immer schlecht, wenn man erkannt wird. Sie müssten einmal erläutern, welchen Unterschied es zwischen der Debatte im September und der im Oktober gibt. Und wer weiß, ob es nicht im November erneut eine Debatte gibt.

(Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich habe der Ministerin das Wort erteilt. Sie redet.

(Frauke Tengler [CDU]: Sie soll als Ministerin reden!)

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Ich rede als Ministerin. Wenn es nach Kritik und nach Redebeiträgen zu diesem Einzelthema des Haushalts ginge, wäre ich Millionärin und hätte die Deckung. Dann wäre ich sehr glücklich. Im Laufe dieser Debatte haben wir - sehr zu Recht - einen maßgeblichen Schwerpunkt auf die innere Sicherheit gelegt. Wir waren uns einig und das ist gut so, wie es sich nach dem 11. September gehört. Das müssen Sie schon im Gesamthaushalt berücksichtigen. Das tue ich auch.

(Klaus Schlie [CDU]: Das alles war schon vorher auf dem Tisch! Lügen Sie sich nicht in die eigene Tasche!)

So einfach, wie Sie sich das machen, ist das überhaupt nicht.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich will auf das eingehen, was Rot-Grün mit größerer Solidität vorgetragen hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch!)

- Ich will sehen, ob wir auf dieser Grundlage eine Möglichkeit finden. Ich will mich gerne den Kriterien stellen. Das ist eine längere Zeit mich begleitende Kritik. Ich denke, Qualität kann das Parlament einfordern. Die werden wir auch abliefern. Unsere Maßstäbe liegen offen. Wir sind zu jeder Zeit befragbar.

Ich befinde mich im Moment mitten in den **Haushaltsverhandlungen** zur **Nachschiebeliste**. Wir sind zu keinem Ergebnis gekommen. Es gibt Gespräche mit der kommunalen Familie, mit den Landräten, mit den Amtvorstehern. Ich gehe vor Ort, in die Kommunen,

aus denen Kritik kommt. Alle, die in Eggebek dabei waren, wissen das.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

- Es nützt ja nichts, wenn Sie nicht dabei waren. Die Amtsvorsteherin hat ganz sachlich vorgetragen, ich habe genauso sachlich geantwortet. Ich überlasse es nicht meinen Mitarbeitern, die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Sie können mich jederzeit bei der Arbeit sehen.

(Zurufe von der CDU)

- Hören Sie auf zu brüllen, verdammt noch mal!

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich will nochmals sagen, vor welcher Aufgabe wir als Parlament bei den Haushaltsberatungen stehen. Wenn Sie wollen, geht das so sachlich wie im Agrarausschuss, dem Fachausschuss, warum nicht? Wir stehen nicht nur vor der Aufgabe, das Problem der vorzeitigen Maßnahmen beginne zu lösen. Das habe ich das letzte Mal genauso kritisch gesehen. Da hat sich bei mir nichts geändert. Bei mir ändert sich in vier Wochen nichts, nur weil es erneut debattiert wird. Wir stehen im Grunde genommen vor der Aufgabe - die haben Sie nicht benannt, dann benenne ich sie Ihnen in Gänze, weil ich das als meine Aufgabe ansehe -, dass wir bis 2006 durchfinanzieren müssen, nicht wissend - -

(Klaus Schlie [CDU]: Das haben Sie doch vorher gewusst!)

- Natürlich müssen wir ein Programm niet- und nagelfest machen, damit wir es nicht jedes Mal wieder diskutieren müssen, damit es Vertrauen findet. Das ist mein Maßstab an mich und an Sie als Parlament.

(Beifall bei SPD und SSW - Klaus Schlie [CDU]: Sie haben die Menschen bitter enttäuscht!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen das Wort.

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen! Frau Ministerin, das, was Sie hier abgeliefert haben, war unter dem Niveau, das wir in diesem Hause gewohnt sind.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Wir beide wissen sehr wohl, dass wir uns auf anderer Ebene sehr gut über das unterhalten können, was wir

(Peter Jensen-Nissen)

gemeinsam bewegen wollen. Der Kollege Steenblock hat - das müssen wir dann im Parlament regeln - zumindest Wege aufgezeigt, die wir möglicherweise miteinander gehen können. Dazu sind wir bereit, fernab dessen, was Sie hier gesagt haben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie werfen uns vor, wir hätten keine Deckungsvorschläge. Sie haben den **Haushalt** weit vor dem 11. September ins Internet eingestellt, Frau Ministerin.

(Beifall bei CDU und FDP)

Als Ressortministerin tragen Sie die politische Verantwortung dafür, dass der investive Teil in Ihrem Haushalt massiv gekürzt werden soll: um 16,7 %.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist die schlichte Wahrheit. Sie haben die **investiven Maßnahmen** gnadenlos zurückgefahren. Sie haben bewusst in Kauf genommen, dass der zweite Arbeitsmarkt gestützt wird und nicht der erste. Das ist der eigentliche Skandal an dieser Geschichte.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dafür tragen eindeutig Sie die politische Verantwortung.

Kollegin Schümann, hier geht keiner leichtfertig mit irgendwelchen Dingen um. Partnerschaftliche Zusammenarbeit, interkommunale Zusammenarbeit war gewollt und ist von vielen Bürgern ehrenamtlich auf den Weg gebracht worden. Das haben Sie nachhaltig zerstört.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich will jetzt nicht mit Rechenbeispielen kommen. Die Ministerin hat ihre eigenen Vorgaben, ihre eigenen Richtlinien nicht gelesen, als sie die Haushaltsvorschläge gemacht hat. In den Richtlinien heißt es nämlich, bei der Planaufstellung sei auf einen hohen Anteil von Maßnahmen in privater Trägerschaft hinzuwirken. Genau diese Richtlinie haben Sie, sehr verehrte Frau Ministerin, mit Füßen getreten und das Gegenteil veranlasst.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dafür sind Sie politisch verantwortlich und nicht Ihre Mitarbeiter. Dafür tragen Sie die politische Verantwortung.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag zur federführenden Beratung dem Agrarausschuss zu überweisen. Eine Mitberatung ist nicht gewünscht. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1258

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/1290

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Ehlers das Wort.

Claus Ehlers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landesteil Schleswig auf deutscher und Sønderjyllands Amt auf dänischer Seite zeichnen sich seit Jahrzehnten als eine Region mit Vorbildcharakter in Europa aus. Der Grundstein für diese regionale Zusammenarbeit wurde frühzeitig mit den Bonn/Kopenhagener Erklärungen gelegt. Einer der maßgeblichen Initiatoren dieser vorbildlichen Vereinbarung - gerade zehn Jahre nach Ende des schrecklichen Zweiten Weltkrieges - war unser damaliger Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das ist Geschichtsklitterung!)

Inzwischen hat sich Europa rasant weiterentwickelt und die einzelnen Regionen stehen vor ganz neuen Herausforderungen. Eine enge **Zusammenarbeit** in der **Grenzregion** ist deshalb unverzichtbar. Die offizielle Zusammenarbeit ist zweifellos hervorragend.

Doch ist in der täglichen Praxis auch wirklich alles in Ordnung? Ist die tägliche praktische Zusammenarbeit über die Grenze hinweg wirklich völlig unproblematisch? Trotz der im EG-Vertrag festgelegten Rechte der Arbeitnehmer auf Freizügigkeit gibt es im deutsch-dänischen Grenzgebiet noch immer rechtliche, administrative und praktische Hindernisse, die die **Freizügigkeit** für Arbeitnehmer, aber auch für Selbstständige, die in dieser Region Arbeitsplätze schaffen wollen, einschränken. Diese Hindernisse liegen vor allem im Bereich des Steuerrechts und der Sozialversicherung. Zwar bemühen sich alle Mitarbeiter im Rahmen des Projektes EURES mit großem Engagement, die Bürger

(Claus Ehlers)

über Arbeitsmöglichkeiten diesseits und jenseits der Grenze zu informieren. Dennoch stoßen sie immer wieder auf rechtliche und praktische Hindernisse. Die Klagen hierüber sind nicht neu.

Es ist deshalb vordringliche Aufgabe der Gremien der Europäischen Union und des Bundesgesetzgebers, auf eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen hinzuwirken. Ich fordere deshalb die Landesregierung auf, endlich eine umfassende Dokumentation berechtigter Klagen zusammenzustellen und sich auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme intensiv dafür einzusetzen, dass Lösungsmo- delle seitens der Landesregierung erarbeitet werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ein weiteres Problem in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit kann nicht in Berlin und Brüssel gelöst werden. Es ist das Problem der gegenseitigen **Sprachkenntnisse**. Dieses Problem muss hier in der Region gelöst werden.

Sehr gefreut haben wir uns, liebe Frau Kollegin Spoorendonk, dass sich der SSW intensiv mit unserem Antrag beschäftigt und sogar einen eigenen Änderungsantrag erarbeitet hat.

(Anke Spoorendonk [SSW]: So sind wir!)

Wir können uns mit diesem Antrag jedoch nicht so recht anfreunden, da er zu sehr von der Akzeptanz der Unterschiede in den Sozial-, Steuer- und Verwaltungssystemen geprägt ist. Der SSW möchte diese Unterschiede in einem gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt nicht wirklich beheben, Frau Spoorendonk, sondern sich auf Informationsangebote über diese unterschiedliche Situation und auf bilaterale Absprachen beschränken. Und die Erarbeitung eines „Leitbildes“ hilft schon gar nicht weiter, meine sehr geehrten Damen und Herren. Damit kann ich rechtliche Probleme nun wirklich nicht lösen.

Wir meinen, nur mit unserem Antrag können die Probleme wirklich ernsthaft angegangen werden. Deshalb beantrage ich seitens der CDU-Fraktion Ausschussüberweisung.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei aller Wertschätzung, lieber Kollege Ehlers: Die Bonn/Kopenhagener Erklärungen müssen für vieles

herhalten, aber ich denke, für die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** sind sie nicht zuständig.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Und der gute Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel musste wirklich zu seinem Glück getragen werden.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] - Heinz Maurus [CDU]: Aber er ist ja am Ziel angekommen!)

Ich gestehe - das will ich auch noch sagen -, dass wir von dem CDU-Antrag zur **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** doch etwas überrascht worden sind. Denn nach den Anhörungen, die wir im Frühjahr dieses Jahres im Europaausschuss durchgeführt haben, war unser Eindruck, dass der Ausschuss gemeinsam einen Antrag in Angriff nehmen wollte. Denn wir wollten uns ja - das haben wir wenigstens als Eindruck mitgenommen - mit dem immer noch sensiblen Thema nicht parteipolitisch profilieren, sondern gemeinsam mit allen Beteiligten Lösungen erarbeiten.

Doch nun zum Antrag selbst. Wir bestreiten ja nicht die gute Absicht der CDU, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit voranzubringen. Nein, das tun wir wirklich nicht. Allerdings sind wir der Meinung, dass die Probleme im deutsch-dänischen Grenzland allen Akteuren hinreichend bekannt sind. Wir brauchen also weder neue **Dokumentationen** noch neue Analysen, so wie dies die CDU fordert. Vielmehr muss jetzt gehandelt werden.

(Beifall bei SSW und SPD)

Auf die vielen Worte müssen jetzt wirklich einmal **Taten** folgen. Denn das Auslaufen der EU-Förderung im Jahre 2006 und der mögliche Bau einer Fehmarnbelt-Querung führen dazu, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als strategische Perspektive für die Entwicklung des Landesteils Schleswig künftig noch wichtiger sein wird. Ich denke, hierin sind wir uns auch einig. Daher kommt es jetzt darauf an, dass pragmatische Schritte unternommen und geeignete Projekte entwickelt werden, damit die Grenzregion als Ganzes ihr Profil weiterentwickeln und das vorhandene wirtschaftliche und kulturelle Potenzial ausnutzen kann.

Deshalb haben wir einen Änderungsantrag eingebracht, der konkrete - ich wiederhole: konkrete - Vorschläge enthält. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt unzählige Dokumentationen und Gutachten - man kann Zimmer damit tapezieren - über die Problemstellungen, die sich ergeben, wenn zwei grundverschiedene Sozial-, Steuer- und Verwaltungssysteme

(Anke Spoorendonk)

aufeinander prallen, so wie das mit den Systemen von Dänemark und Deutschland der Fall ist. Dennoch sollte man durch bilaterale Absprachen die Situation der Grenzpendler weiter verbessern.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Einfache Lösungen gibt es nicht. Man kann zwar sagen: Wir wollen eine **Harmonisierung auf EU-Ebene**. Aber das wird nicht machbar und nicht möglich sein und ich frage auch, ob dies überhaupt wünschenswert ist. Das heißt, man muss pragmatisch vorgehen. Das kann man nur durch bilaterale Absprachen tun, wobei ich in Klammern die Frage hinzufügen möchte, ob sich Schleswig-Holstein damit nicht ein wenig überfordert fühlen muss. Wir können ja nicht mit der Regierung in Kopenhagen verhandeln. Man müsste vielleicht auch die föderale Ordnung mit im Kopf haben.

Also: Haupthindernisse, wenn es darum geht, einen gemeinsamen Arbeitsmarkt im Grenzgebiet zu schaffen, sind nicht die Barrieren, die durch die verschiedenen Steuer- und Sozialsysteme entstehen. Haupthindernisse sind die mangelnden **Kultur- und Sprachkenntnisse**. Wer die Sprache des Nachbarlandes nicht versteht, wird kaum dort Arbeit finden können. Darin sind sich alle Experten einig. Daher begrüßen wir es ausdrücklich, dass die CDU eine Stärkung des Faches Dänisch an den öffentlichen Schulen im Landesteil Schleswig will.

(Beifall beim SSW)

Auch hier muss man auf die Unterschiede im Grenzland aufmerksam machen. Trotz rückläufiger Tendenz, die man bedauern kann, ist Deutsch immer noch die zweite Fremdsprache an dänischen Schulen. Es gibt auch Schulen, die freiwillig ab der vierten Klasse Deutsch anbieten. Wir stehen zu der Forderung des Regionalrates, dass das Fach Dänisch bis 2006 ab der siebten Klasse als zweite Fremdsprache an den Schulen des öffentlichen Schulwesens angeboten werden sollte.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, Sie müssen zum Schluss kommen.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja, das ist das Problem!

(Heiterkeit)

Das Problem des **grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes** ist da. Es ist mir ein wichtiges Anliegen, dies

noch zu sagen. Es muss zu einer Aufstockung des Personals im Bereich der EURES-Berufsberatung in Flensburg kommen. Es gibt nur eine halbe Stelle für die Beschäftigung mit der grenzüberschreitenden Berufsberatung. Es muss eine gemeinsame Anlaufstelle geben. Modell ist hier das, was man aus der Øresund-Region durch ØRESUND-DIRECT kennt. Menschen müssen eine Anlaufstelle haben, bei der sie alle Fragen los werden können. Letztlich fordern wir als konkrete Maßnahme auch eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Verkehrsbereich und auch in der Hochschulzusammenarbeit. Wir empfehlen, dass INTERREG-Mittel beantragt werden, um die grenzüberschreitende Hochschularbeit weiter zu fördern.

Das waren die Maßnahmen im Galopp. Sie gehen aber auch aus unserem Antrag hervor. Konkrete Schritte sind gefordert, das heißt keine Worte, sondern Taten. Ich denke, darin liegt der Unterschied zum Ursprungsantrag.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete!

(Beifall beim SSW)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Fischer das Wort. Der kann die zwei Minuten ja einsparen.

Rolf Fischer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Die Grenze in den Köpfen“ teilt noch immer die Menschen im deutsch-dänischen Grenzland, so lautet das kritische Fazit eines lesenswerten Aufsatzes aus den letzten „Grenzfriedensheften“. Gleichzeitig gehen Schleswig-Holstein und Sønderjylland die „Ehe auf der Ochseninsel“ ein, wie das „Flensburger Tageblatt“ zum gemeinsamen Abkommen titelte. Vernunftehe oder Liebesheirat? - In diesem Fall ist das ohne Belang! Dank an Ministerpräsidentin Simonis und an Amtsborgmester Holst für diesen sehr wichtigen Schritt.

(Beifall bei SPD und SSW)

Dank aber auch an die Minderheiten, ohne die Grenzlandpolitik und Grenzlandarbeit nicht möglich sind. Das möchte ich betonen. Dies auch als Antwort auf einige missverständliche Äußerungen anlässlich der letzten deutsch-dänischen Bürgermeisterkonferenz vor wenigen Tagen.

Natürlich sind die **Anträge** von CDU und SSW richtig. Sie wiederholen im Kern Bekanntes beziehungsweise machen **Vorschläge**, über die wir diskutieren können: Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Zukunft der Förderkulisse, Ausbau der Hochschul- und Bildungsk Kooperationen, Verbesserung

(Rolf Fischer)

der Sprachkompetenz und Stärkung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes. All das ist richtig und in der Analyse treffend. All das ist aber auch bekannt. Alle Punkte finden sich in den Diskussionen zum Regionalrat und der gemeinsamen Vereinbarung wieder. Sie werden in verschiedenen Projekten auch schon erfolgreich umgesetzt. In diesem Zusammenhang wurde EURES genannt. Dieses Projekt möchte ich auch unterstützen. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizei in diesen Tagen ist ein gutes Beispiel für die erfolgreiche Arbeit im Grenzland.

(Beifall bei SPD und SSW)

Über die **gemeinsame Wirtschaftsfördergesellschaft**, die im Antrag des SSW genannt wird, haben wir im Europaausschuss schon diskutiert. Diesen Punkt sollten wir vom Landtag aus sehr unterstützen. Gestatten Sie mir an dieser Stelle aber auch einen selbstkritischen Satz: Wir haben unser Modell schon so oft gelobt, dass wir fast ein bisschen bequem geworden sind und Gefahr laufen, den europaweiten Anschluss zu verlieren. Ein bisschen mehr Aufbruchstimmung im Grenzland können wir - so glaube ich - vertragen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich beeile mich, schnell zu sprechen, damit ich meinen Text schaffe. Bedingt durch die europäische Entwicklung erleben wir eine **qualitative Veränderung der Grenzlandpolitik**, auf die wir auch in der Zusammenarbeit mit Dänemark reagieren müssen. Worin liegt diese Veränderung?

Erstens. Die EU-Erweiterung verändert die Rahmenbedingungen für unsere Grenzregion. Es entstehen eine Vielzahl von neuen Euro-Regionen und neuen Grenzregionen. Es ist absehbar, dass wir durch die Veränderung der Förderprogramme ab 2006 Konsequenzen erleiden werden, weil weniger Geld da ist. Darauf werden wir uns einstellen müssen.

Zweitens. Die erfolgreiche, wichtige und richtige STRING-Region wird ganz klar eine Konkurrenz zum nördlichen Grenzland sein. Hier werden wir sehen müssen, welchen Weg wir im nördlichen Landesteil gehen wollen.

Drittens. Der Wettbewerb der Grenzregionen innerhalb Deutschlands wird zunehmen. Ich möchte dafür werben, dass wir aufpassen, dass wir hier oben im Norden nicht hinter neue, aufstrebende und zum Teil schon sehr erfolgreiche Grenzregionen zurückfallen. Dies gilt für die neuen Regionen an der Ostgrenze und die schon ein wenig erfolgreicher agierenden Euro-Regionen an der Grenze zu den Niederlanden und Frankreich. Darauf möchte ich gern die Aufmerksamkeit lenken.

(Beifall bei SPD, SSW und der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Der sofortige und reflexartige Ruf nach neuen Töpfen und mehr Geld greift hier aber zu kurz. Deshalb möchte ich dafür werben, dass wir eine umfassende Neupositionierung unserer Grenzlandpolitik hin zu einer **Grenzregionenpolitik** überdenken. Das ist nicht nur eine sprachliche Veränderung. Wir müssen eine neue Reformpolitik formulieren, die alle vier Grenzregionen unseres Landes betrifft. Schleswig-Holstein als Drehscheibe zwischen zwei Meeren, zwischen Nord und Süd, scheint mir zukunftsfähig. Dabei ist klar und unstrittig: Dänemark ist erster und wichtigster Ansprechpartner für diese Politik. Gemeinsam müssen wir für den nördlichen und östlichen Landesteil in der Ostsee- und in der Nordseekooperation Konzeptionen und Schritte festlegen.

Was heißt das? Frau Spoorendonk hat es bereits gesagt. Wir brauchen eine Diskussion im Zusammenhang mit INTERREG. Wir müssen uns also entscheiden, welche **Schwerpunkte** wir an den Grenzen in Richtung Nordschleswig, aber auch in Richtung Fünen, Storstrøms Amt, eigentlich setzen. Auch das ist eine Zusammenarbeit mit Dänemark, die wir manchmal nicht ganz im Blick haben. Dazu gehört weiter die Frage, wie sich die Minderheitenpolitik im Lande weiterentwickeln wird. Vor dem Hintergrund der europäischen Einigung könnte auch hier eine Reformdiskussion nicht schaden. Der Kollege Hielmcrone und ich sind uns da einig. Gestatten Sie mir eine persönliche Anmerkung: Insbesondere die Höhe der finanziellen Förderung aus Deutschland und Dänemark sollte nicht weiter auseinander fallen.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Zusammen mit Dänemark können wir unsere Attraktivität innerhalb der europäischen Grenzregionen steigern. Wir sollten interessante und innovative Projekte auf den Weg bringen und unser Profil stärken. Das heißt: **Profilbildung** und Konzentration auf die Stärken der jeweiligen Region, eine sinnvolle räumliche Verteilung wirtschaftlicher Aktivitäten im Lande und regionale Spezialisierungen sind die Eckpfeiler einer operativen und offensiven Politik für die Grenzregionen. So wird aus der Vernunftfehle vielleicht eine Sympathiebeziehung. So wird die Grenze in den Köpfen abgebaut. So werden wir ein Europa der Metropolen verhindern und ein Europa der Regionen aufbauen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Behm das Wort.

Joachim Behm [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf der einen Seite ist es sehr angenehm, über ein wenig umstrittenes Thema zu sprechen. Auf der anderen Seite ist das Interesse der Parlamentarier auch sehr überschaubar.

(Zurufe der Abgeordneten Wilhelm-Karl Malerius [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark beschäftigt den Schleswig-Holsteinischen Landtag - und insbesondere den Europaausschuss - schon sehr lange. Entsprechend geben die im Antrag der CDU aufgestellten Forderungen im Wesentlichen Beratungsergebnisse der letzten Wochen und Monate wieder. Das gilt im Übrigen auch für den Änderungsantrag des SSW.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Dass es dabei unterschiedliche Akzentuierungen gibt, ist sicherlich für keinen im Hause überraschend. Die Zusammenarbeit zwischen dem Landesteil Schleswig und dem Amt Sønderjylland ist ohne Frage eine Besonderheit dieses Landes.

In sprachlichen, kulturellen, wirtschaftlichen Bereichen findet bereits seit Jahren ein regelmäßiger deutsch-dänischer Austausch statt, sozusagen ein Stück gelebtes Europa vor unserer Haustür. Das ist gut so. Es ist Konsens in diesem Hause, dass es so bleiben soll.

Das heißt aber nicht, dass die Zusammenarbeit nicht verbessert werden könnte. Bereits im Ausschuss haben wir uns über die Notwendigkeiten, beispielsweise Sprachbarrieren abzubauen und den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu harmonisieren, ausgetauscht. Vorschläge, wie sich das realisieren lässt, finden sich in den Anträgen wieder. Bei allem Bemühen, die **Region Schleswig-Sønderjylland** zu stärken - das wird nach dem Auslaufen der EU-Fördermittel im Jahre 2006 besondere Anstrengungen kosten -, sollten wir uns jedoch davor hüten, uns von staatlicher Einflussnahme zu viel zu versprechen.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Bereits heute entspricht das Aufkommen an **Grenzpendlern** dem Durchschnitt in anderen europäischen Regionen.

Johannes Petersen, Projektleiter des dänischen Gewerkschaftsbundes, hat das im Europaausschuss anschaulich dargelegt. Für die Entwicklung auf dem

Arbeitsmarkt ist aber die grundsätzliche **Mobilität** von Arbeitskräften in Deutschland und Europa von ganz wesentlicher Bedeutung, bedeutender als die Entwicklung in den jeweiligen Grenzgebieten. Hier müssen fachliche Anreize geschaffen werden, auch grenzüberschreitend. Allein die örtliche Komponente ist nicht ausreichend, um Arbeitskräfte zu binden.

Im Einzelnen! Die Forderung, wechselseitig eine Verbesserung der Sprachkenntnisse in der deutsch-dänischen Grenzregion herbeizuführen, angefangen bei den Kindergärten bis hin zur Zusammenarbeit der Hochschulen, halte ich für eine geeignete Maßnahme, die Zusammenarbeit zu verbessern. Ein Allheilmittel ist es gleichwohl nicht. Ich erinnere nur an die Zeit, als Deutschland zu viele und Dänemark zu wenige Ärztinnen und Ärzte hatte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Richtig!)

In diesen Fällen haben die anwerbenden dänischen Krankenhäuser sogar extra Sprachkurse für ihre Mitarbeiter organisiert, um die Situation in den Griff zu kriegen.

(Rolf Fischer [SPD]: Sehr gut! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Gutes Beispiel!)

Die Ärzte, übrigens nicht nur aus der Grenzregion, haben privat Dänischkurse besucht. Anfängliche Sprachkenntnisse waren also kein Hinderungsgrund, den Grenzübertritt zu wagen.

Was die Harmonisierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit angeht, sind nach wie vor viele Wünsche offen, trotz zum Teil bestehender Regelungen der EU. Dies gilt insbesondere - das ist auch von den Vorrednern angesprochen worden - für die unterschiedlichen Sozial- und Steuersysteme, die den Grenzpendlern große Probleme machen.

(Beifall bei der FDP)

Hier lässt sich vor allem faktisch noch einiges verbessern. Die aktuell vertraglich festgeschriebene **Kooperation** der Wirtschaftsförderung Nordfriesland und der IHK Flensburg ist dafür ein begrüßenswerter Beitrag.

Ich warne dagegen davor, die Lösungen in Leitbildern oder Ähnlichem zu suchen, wie es der SSW vorge schlagen hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ohne Frage muss der Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Amt Sønderjylland eingehalten werden. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Ich kann Anke Spoorendonk angesichts der jüngsten Vergangenheit allerdings verstehen, dass sie die Landesregierung, die es mit Verträgen und

(Joachim Behm)

Gesetzen nicht immer so genau nimmt, noch einmal daran erinnern möchte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut! - Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Unruhe)

- Es gibt da so einige Beispiele, die ich mir notiert habe.

(Unruhe)

Vor allem muss es gelingen, die Wirtschaft mit ins Boot zu bekommen. Dafür gilt es vor allem, die staatlichen Regulierungen auf einem möglichst niedrigen Niveau zu vereinheitlichen und zu praktizieren. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Rainer Steenblock.

(Unruhe)

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ich kein Freund davon bin, dass alles von allen erzählt werden muss - immer das Gleiche noch einmal -, nur vier kurze Bemerkungen.

(Vereinzelter Beifall)

Erstens. Der CDU-Antrag ist nicht falsch, aber überflüssig.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens. Der SSW-Antrag ist besser; ansonsten gilt das Gleiche wie für den CDU-Antrag.

(Zurufe)

Der Meinung bin ich schon, weil wir im Ausschuss all das, was in den Anträgen drinsteht, schon lange auf den Weg gebracht haben. Der Neuigkeitsgrad ist nicht überwältigend.

(Zuruf von der CDU: Euch ist gar nichts eingefallen! - Wortmeldung der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

- Nein, Anke, lass mich das bitte einmal zu Ende machen!

Drittens. Das eigentlich Innovative und Notwendige in dieser Debatte hat der Kollege Fischer gesagt; dem stimme ich ausdrücklich zu. Wir müssen einmal überlegen, woran es denn liegt, dass die hochgelobte **Kooperation** zwischen **Deutschland und Dänemark**

hier durchaus nicht besser klappt als in vielen anderen europäischen Grenzregionen, sondern dass es in vielen Punkten hakt. Man kann sich über einzelne Punkte, die Kollege Behm und andere angesprochen haben, die wir zum Teil nur auf nationaler Ebene regeln können, Gedanken machen.

Viertens. Ich möchte ein bisschen deutlicher, als Rolf Fischer das hier getan hat, ein Problem ansprechen. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir uns überlegen, warum wir hier zum Teil durchaus ein Nachholbedarf im Vergleich zu anderen europäischen Grenzregionen haben. Das hat auch etwas damit zu tun, dass wir die europäischen Identitäten zum Teil anders definieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dafür dass Sie nur kurz reden wollten, ist das ziemlich lange!)

- Lieber Kollege Kubicki, diesen Punkt, den kein anderer angesprochen hat, weil das im Landtag häufig sehr stark tabuisiert wird, möchte ich gern noch einmal etwas beleuchten. Liebe Kollegin Spoorendonk - wir dürfen uns von dieser Stelle aus nicht duzen -, die Frage der **Harmonisierung** von Regelungen auf **europäischer Ebene**, die auch Sie in Ihrer Rede angesprochen haben, ist auch für die Kooperation von Grenzregionen zentral. Wenn der SSW dieser Harmonisierung ausgesprochen kritisch gegenübersteht, darf man sich nicht wundern, dass bestimmte Projekte in den Grenzregionen nicht greifen.

Wenn wir nationale Identitäten in den Grenzregionen betonen - das macht für regionale und nationale Identitäten durchaus einen Sinn -, werden wir nicht in der Lage sein, auch eine übergeordnete **europäische Identität** zu entwickeln, die ich für wichtig halte. Gerade angesichts der gegenwärtigen Weltlage bin ich der Meinung - das fehlte gestern in der Debatte ein bisschen -, dass Europa enger zusammenrücken muss

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Rolf Fischer [SPD])

und wir bestimmte Regelungen stärker harmonisieren müssen. Wenn wir Probleme in Grenzregionen lösen wollen, brauchen wir eine europäische Identität. Nur wenn wir zum europäischen Integrationsprozess Ja sagen, werden wir es schaffen, die Schwierigkeiten, die auf diesem Weg liegen, tatsächlich zu überwinden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Andreas Beran [SPD])

Wenn ich mir angucke, was in der Vergangenheit im deutsch-dänischen Bereich zu europäischen Projekten, die fördernd und integrierend darauf hätten einwirken

(Rainer Steenblock)

können, gesagt worden ist, brauchen wir eine ehrliche und offene Diskussion über die Zukunft Europas auch im Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark. Diese Diskussion gehört dazu, wenn man sich nicht nur Sand in die Augen streuen, sondern offen und ehrlich über die Zukunft im deutsch-dänischen Raum diskutieren will.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich würde jetzt Dänisch reden! - Unruhe)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer ein bisschen schwierig, wenn man merkt, dass die Debatte nicht in die Länge gezogen werden soll. Drei Anmerkungen muss ich dennoch loswerden.

Ich habe vorhin versucht zu begründen, warum man ein Stück weiterkommt, indem man von der Wirklichkeit ausgeht und nicht davon, was man sich im Kopf vorstellt. Politik hat - das weiß ich auch - nicht nur etwas damit zu tun, das Machbare umzusetzen. Ich weiß sehr wohl, dass Politik auch etwas mit Visionen und damit zu tun hat, dass man Ideen entwickelt. Dennoch bin ich der Überzeugung, dass wir gerade im Bereich der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** weiterkommen, wenn wir uns auch auf die kleinen Schritte besinnen. Zu diesen kleinen, konkreten, aber wirkungsvollen Schritten gehört unter anderem, dass die EURES-Berufsberatung in Flensburg momentan nur mit einer halben Stelle besetzt ist. Das heißt, im Landtag schwingen wir abstrakte, große Reden vom grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt und die Wirklichkeit sieht ganz anders aus.

Wenn der Berater in Flensburg krank wird, bricht die grenzüberschreitende Berufsberatung zusammen. So ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei SSW und CDU)

Da kann man schon etwas bewirken.

Sehen Sie sich einmal die Fragen an, die **Grenzpendler** haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dem SSW werden diese Fragen gestellt. Wir sind Informationsbüro für alles Mögliche.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja?)

- Natürlich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist ja schön!)

Uns werden auch Fragen von Arbeitnehmern gestellt, die zuerst woanders angerufen haben. Dann landen sie bei uns. Wir gucken in einem Buch nach und können darauf antworten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das wissen Sie nicht so?)

Das heißt, so eine **Anlaufstelle**,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie müssen in einem Buch nachgucken?)

die zum Beispiel an die Berufsberatung weiterleiten kann, die von uns aus auch beim Regionalbüro in Bov angesiedelt werden könnte, ist notwendig. Man kann das auch virtuell machen. Man muss nicht unbedingt irgendwo eine Person sitzen haben.

(Beifall des SSW - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Fischer? - Bitte!

Rolf Fischer [SPD]: Frau Spoorendonk, würden Sie mir Recht geben, wenn ich sage, dass wir dort noch keine befriedigende Lösung haben, liegt auch daran, dass sich die handelnden Organisationen überhaupt nicht einigen können, und wir deshalb von hier aus ein Signal aussenden sollten, dass wir darauf warten?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Das kann ich nur bestätigen. Das ist ein echtes Problem. Da könnten wir als Parlament eine Rolle spielen, indem wir helfen, Widerstände zu überwinden.

Wie gesagt: Konkrete Schritte sind gefragt. Ohne sie kommen wir nicht weiter.

Ich möchte noch etwas zum Thema **Harmonisierung** sagen und dazu, dass der SSW bremst, indem er das kritisch hinterfragt. Ich gebe eine Meinung wider, indem ich frage, ob es wünschenswert ist, dass alles harmonisiert wird. Ich könnte auch fragen, in welche Richtung harmonisiert werden soll. Ich hätte nichts dagegen, wenn beispielsweise das dänische Steuersystem, etwa die Kommunalsteuern, eingeführt würden.

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Ich hätte nichts dagegen, wenn eine Sozialpolitik nach dänischem Vorbild eingeführt würde.

(Lars Harms [SSW]: Ausgezeichnet!)

(Anke Spoorendonk)

In diesem Sinne können wir uns hier gern als Harmonisierungsempfehlen geben.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Kollegin, letzter Satz!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Der letzte Satz, Herr Präsident, heißt: Konkrete Maßnahmen sind wichtig, damit wir alles das worüber wir uns schon jahrelang unterhalten, auf die Wirklichkeit herunterbrechen.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung erteile ich der Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir zuletzt vor drei Monaten über die Unterzeichnung der **gemeinsamen Erklärung** über die regionale Zusammenarbeit zwischen dem Land Schleswig-Holstein und Sønderjylland debattiert haben, ist es schön, dass dieses Thema nach so kurzer Zeit wieder auf der Tagesordnung steht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ach?)

Das unterstreicht einerseits den Stellenwert, den die grenzüberschreitende deutsch-dänische Zusammenarbeit in diesem Haus genießt, und es entspricht andererseits guter parlamentarischer Tradition, die Entwicklung eines Themas politisch langfristig und nah zu begleiten.

Gerade die noch junge **Regionalpartnerschaft** mit **Sønderjylland** hat breite Aufmerksamkeit verdient. Wir sollten sie mit dieser Aufmerksamkeit aber auch nicht tot drücken. Sie sollte als Ergänzung zum bestehenden Netzwerk grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der deutsch-dänischen Grenzregion entwickelt werden. Es braucht Unterstützung, Sorgfalt, aber auch ein bisschen Zeit, gemeinsame Ziele zu formulieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich begrüße die heutige Debatte sehr, möchte aber doch ein bisschen zur Vorsicht mahnen. Schnell sind wir mit Forderungen bei der Hand, die sich durchaus zu Recht an die eigene Landesregierung wenden können. Wenn aber der Förderungskatalog auch gleich die dänische Seite mit allem einschließt, was es in dieser Welt überhaupt gibt, kann dabei schnell Porzellan

zerschlagen werden, das bei allem guten Willen so schnell nicht gekittet werden kann, oder der Vorwurf mangelnden Fingerspitzengefühls laut werden.

Erlauben Sie mir einige Bemerkungen zum Antrag der CDU-Fraktion. Natürlich sind wechselseitige **Sprachkenntnisse** hilfreich, die Zusammenarbeit zwischen Partnern verschiedener Nationen zu verbessern.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Natürlich begrüßen wir alle Bemühungen zur Verbesserung der dänischen Sprachkenntnisse in Schleswig-Holstein. Schön wäre es auch, eine Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse in Dänemark herbeizuführen. Allerdings: Es sind auch Norwegisch, Schwedisch, Finnisch, Estnisch, Lettisch, Littauisch, Russisch oder Polnisch Sprachen, die es wert sind, dass man sich mit ihnen auseinandersetzt und dass man sie lernt, weil es die Sprachen unserer Partner im **Ostseeraum** sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es wäre wert, Sprachkenntnisse in all diesen Sprachen zu fördern. Nur, bitte, wer soll es machen und wie soll es bezahlt werden?

Natürlich bestehen im Einzelfall Hemmnisse für **Arbeitnehmer** und unter **Unternehmer** in der **Grenzregion**. Sie sind zu oft und zu Recht beschrieben worden, allerdings immer aus deutscher Perspektive. Wer sagt denn eigentlich, dass unser System das einzig Richtige ist, das dänische System das einzig Falsche oder umgekehrt? Deswegen kommen wir nicht weiter, wenn wir jeweils von der anderen Seite immer Maximalforderungen an uns stellen,

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die dann von Bund, Land und Kopenhagen allein nicht gelöst werden können.

Ich bin jederzeit bereit zu sagen, Schleswig-Holstein sei der Nabel der Welt und überhaupt das Allergrößte. Aber die Vorstellung, mal eben nach Kopenhagen zu fahren und zu sagen: Stellt mal bitte euer **Sozialversicherungssystem** um, damit das bei uns im Grenzgebiet ein bisschen besser geht, kann ich nicht versprechen. Ich möchte es jedenfalls ungern tun, weil ich nicht glaube, dass ich es einhalten würde.

(Beifall bei SPD und SSW)

Dennoch müssen wir in einem kontinuierlichen Prozess auf diese Sachen hinweisen, zumal sich Europa

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

jetzt auch den Fragen der sozialen Integration und der sozialen Einheit zuwendet.

Außerdem bin ich davon überzeugt: Positive Werbung ist immer noch die beste Standortwerbung. Die **deutsch-dänische Grenzregion** ist eine chancenreiche, zukunfts offene Region in Europa, die zur größeren Ostseeregion gehört, eine Region, die für viele Leute immer noch an Vorzügen und Leistungen so reich ist, dass sie für andere Grenzregionen in Europa als Beispiel genannt wird und dass es durchaus sehr viele Menschen gibt, die sagen, sie könnten sich vorstellen, in dieser Region zu leben.

Schließlich und letztlich: Es ist sicherlich richtig, das Verhältnis der einzelnen Organisationen, Aktivitäten und Institutionen, die sich der Entwicklung der Zusammenarbeit verschrieben haben, zu analysieren. Ich bin aber davon überzeugt, dass die beste Zusammenarbeit die Vielfalt der Kooperationsformen ist, die am Ende dazu führt, dass dies wie in einer Art Konvergenz zusammenwächst und Zusammenarbeit nahezu erzwingt.

Gerade für die deutsch-dänische Grenzregion gilt: Die Vielfalt der Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen ist das Pfund, mit dem diese Region noch mehr als bisher wuchern sollte. Gleichzeitig sollten wir im europäischen und im deutsch-dänischen Rahmen die Probleme, die wir durchaus erkennen und zum Teil gern mildern möchten, beiseite räumen.

Wir werden Ihre Fragen im Ausschuss selbstverständlich beantworten. Der Antrag des SSW belegt auch, dass der Kanon der beratungsbedürftigen Themen weitaus größer ist, wenngleich auch in diesem Fall gilt: Nicht alles kann die Landesregierung gleich machen. Aber man spürt bei all Ihren Anträgen das Herzblut.

Deshalb eine gemeinsame Diskussion im Ausschuss und der Versuch, aufzuschreiben, was wir lösen können, und dann aufzuschreiben, was andere lösen können. Ich bitte um Verständnis, dass wir diese Fragen auch mit Sønderjylland zu erörtern haben.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das können wir doch nicht nur hier machen nach dem Motto: Die Antworten schreiben wir dann dahin.

Der **Gemeinsame Ausschuss** wird im Frühling des nächsten Jahres die Möglichkeit bieten, diese Fragen zum ersten Mal auf die Tagesordnung zu setzen. Dann kann man gemeinsam weitere Schritte verabreden. Auch die **Parlamente** können direkt in Kontakt miteinander treten und sehen, wie weit unsere Kraft aus-

reicht, um in Berlin, in Kiel oder in Kopenhagen Veränderungen herbeizuführen.

Geben wir uns alle doch bitte eine Chance, dass wir gemeinsam, im gleichen Boot, auf dem gleich See, in der gleichen Richtung und mit dem gleichen Ziel rudern und nicht irgendwo wild im Wasser herum paddeln!

Ich möchte mich gern für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Europafragen bedanken, der uns immer wieder Anregungen gibt, und insbesondere bei der **Minderheitenbeauftragten** des Landes Schleswig-Holstein, Frau Renate Schnack, die auch in schweren Zeiten, wenn es darum geht, um Vertrauen zu werben, obgleich kein Geld dahinter steckt, als Ansprechpartnerin in der Region immer gezeigt hat, die Schleswig-Holsteiner, das Parlament und die Regierung nehmen die Zusammenarbeit mit Dänemark sehr ernst.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir treten in die Abstimmung ein.

Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1258, sowie den Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 15/1290, an den zuständigen Europaausschuss zu überweisen. Ich darf fragen, wer dem so seine Zustimmung geben möchte. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig!

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich die neuen Gäste auf der Tribüne: Damen und Herren der DGB-Ortskartellgruppe Brunsbüttel, die Seniorengruppe 60plus Nordfriesland und die CDU-Frauen-Union aus Melsdorf. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 15/988 (neu)

Antwort der Landesregierung
Drucksache 15/1246

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1299

Wird das Wort zur Begründung der Großen Anfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich der Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie, Frau Lütkes, das Wort.

Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die schriftliche Beantwortung der Großen Anfrage liegt Ihnen vor. Deshalb möchte ich mich in meinem Beitrag auf einige wesentliche kurze Bemerkungen beschränken.

Der internationale Frauen- und Mädchenhandel ist ein Bereich der **organisierten Kriminalität**, der weltweit zunimmt. Hierbei ist Schleswig-Holstein sowohl Transitland als auch Zielland. Vor ungefähr noch zwölf Jahren kamen die Frauen aus den so genannten Dritte-Welt-Ländern. Heute sind sie zu fast 90 % in mittel- und osteuropäischen Staaten beheimatet. Die Europäische Union schätzt, dass circa eine halbe Million Frauen in den westlichen Ländern zur Prostitution gezwungen werden.

Menschenhandel ist Menschenrechtsverletzung, das muss in dieser Eindeutigkeit formuliert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Die **schleswig-holsteinische Polizei** kämpft gegen dieses Verbrechen in einem System regionaler, nationaler und internationaler Zusammenarbeit. Sämtliche polizeilichen Erkenntnisse werden mit den Herkunftsländern ausgetauscht, weil nur durch den Kontakt mit den **Herkunftsländern** an die Wurzeln des Frauenhandels herangekommen werden kann. Die regionale Bekämpfung des Frauenhandels setzt aus Sicht der Landesregierung eine vertrauensvolle und enge Kooperation mit den Stellen voraus, die Fachfrauen für die Problematik des Frauen- und Mädchenhandels sind. Das bedeutet für Schleswig-Holstein, dass wir die Fachberatungsstelle „contra“ auch in Zukunft brauchen und finanzieren müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD sowie der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] und Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Wir haben deshalb im Haushaltsentwurf für das Jahr 2002 100.000 DM für „contra“ eingestellt. Ich bin der **Nordelbischen Landeskirche** dankbar, dass sie den gleichen Betrag für die Arbeit von „contra“ zur Verfügung stellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Neben dieser Betreuung durch die Fachberatungsstelle ist es wesentlich, dass die betroffenen Frauen Beratung und Unterkünfte finden und dass im Rahmen von **Zeuginnenbegleitprogrammen** und **Opferschutzprogrammen** sichergestellt wird, dass die Frauen als Zeuginnen im Strafverfahren durchhalten. Das meine ich wahrsten Sinne des Wortes, denn nur, wenn die Zeuginnen auch in der Hauptverhandlung noch bereit sind, gegen die Täter auszusagen und die furchtbare Tat in der mündlichen Verhandlung darzustellen, können wir die Zahl der Verurteilungen erhöhen und näher an die Wurzeln und an die Täter herankommen.

In diesem Zusammenhang halte ich es aber für erwähnenswert, dass der Bundesinnenminister bei der Diskussion des Entwurfs des **Zuwanderungsgesetzes** geschlechtsspezifische Verfolgungsgründe nicht in die von ihm geführte Debatte aufgenommen hat. Die Menschenrechtsverletzungen durch Frauenhandel und Zwangsprostitution sind oder können geschlechtsspezifische Verfolgungsgründe sein, die im Inland zu beachten sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Bekämpfung des Frauenhandels steht - so glaube ich - nicht nur im Handlungskatalog der Landesregierung ganz oben, sondern auch im Katalog des Landtages. Ich denke, darin sind wir uns einig.

Ich möchte noch eine Bemerkung zum vorgelegten CDU-Antrag machen, Herr Präsident. Wenn ich es richtig verstehe, intendiert der Antrag eine Verstärkung der finanziellen Mittel für die Begleitung und Unterstützung in Form des Opferschutzes und der Zeuginnenbegleitung. Damit laufen Sie offene Türen ein. Die Bundesjustizministerin hat auf Bundesebene bereits entsprechende Vorschläge gemacht.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Sehr gut!)

Ich bin der Ansicht, dass das noch sehr genau diskutiert werden muss, denn es reicht nicht, darauf hinzuweisen, dass in einem angemessenen Maße die für verfallen erklärten Gelder umverteilt werden müssen, sondern wir müssen uns sehr genau darüber unterhalten, wie die Organisation dieser Umverteilung erfolgen soll und wie die unterschiedlichen **Opferschutzorganisationen** an dieser Verteilung partizipieren sollen. Denn eine Dominanz eines Opferschutzvereins kann nicht gewollt sein, sondern es muss eine gerechte und breit gefächerte Verteilung sichergestellt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Darüber hinaus muss ich natürlich in der jetzigen Finanzsituation - auch wenn der Herr Finanzminister

(Ministerin Anne Lütkes)

gerade nicht anwesend ist - darauf hinweisen, dass die Justiz zwar nicht kostendeckend arbeitet, aber auch an den Kostendeckungsgrad zu denken hat, den sie zu erzielen hat. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt - Sie wissen das, Sie kennen den Haushalt - sind die Einnahmen aus Geldbußen und Geldstrafen unmittelbar in den Justizhaushalt einzustellen. Das ist ein sehr unerfreulicher Zielkonflikt, um den wir uns hier zu kümmern haben. Man darf die Augen vor diesem Zielkonflikt nicht verschließen.

Zur Nummer 2 des CDU-Antrages! Ich habe Ihre Forderung so verstanden, dass Sie die finanziellen Mittel deshalb benötigen, damit die betroffenen Frauen schneller an die dem Verfall unterliegenden Gegenstände herankommen. Sie sollen den durch die Tat erlittenen Schaden wieder gutmachen. Der § 111 b StPO verweist auf den § 73 Abs. 1 Satz 2 StGB - so meine ich. Mir scheint es etwas kompliziert, was Sie hier wollen. Es wäre einfacher, wenn man dafür sorgt, dass die Frauen in dem Verfahren vertreten werden und die Vertretung nach den §§ 395 ff. StPO finanziert werden kann. Aber meine Redezeit ist jetzt zu Ende. Vielleicht können wir das später noch diskutieren.

(Heinz Maurus [CDU]: Das können wir im Ausschuss nacharbeiten!)

Mir scheint Ihr Vorschlag sehr kompliziert zu sein, zumal der Staat verpflichtet ist, alle Gegenstände - auch wenn sie nicht dem Verfall unterliegen - einzuziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der CDU hat Frau Abgeordnete Ursula Sassen.

Ursula Sassen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere Große Anfrage und die Fachtagung zum Frauen- und Mädchenhandel haben deutlich gemacht, dass mehr für die Opfer getan werden muss. Das ist Grundlage unseres Antrages.

Die von der **Beratungsstelle „contra“** veröffentlichten Zahlen zeigen allein vom März 1999 bis Mitte September 2000 54 Beratungsfälle auf, wobei sich im Jahr 2000 die Anzahl der Beratungen bereits um das Fünffache erhöht hat.

Unsere Frage nach der Bereitschaft auf Bundesebene, die **juristische Definition** des **Menschenhandels** neben der Zwangsprostitution und der sexuellen Ausbeutung auch auf den Handel mit der Zwangsarbeit,

der Zwangsheirat et cetera auszuweiten, wurde damit beantwortet, dass derzeit ein Gesetzgebungsvorhaben nicht vorliege. Hier sieht die CDU Handlungsbedarf.

Was tut nun die Landesregierung neben der Beteuerung, dass die Bekämpfung dieser menschenverachtenden Form der Kriminalität einen hohen Stellenwert hat, ganz konkret? Was tun Sie, Frau Ministerin Lütkes? - Das Modellprojekt „contra“ läuft aus. Die Zuschüsse der Landesregierung haben Sie von 180.000 DM auf 100.000 DM reduziert. Sie übertragen aber gleichzeitig eine Fülle von Aufgaben an „contra“ als Koordinierungs- und Beratungsstelle. Sie können von Glück reden, dass die Nordelbische Landeskirche Ihre Mittelkürzung auffängt.

Sie haben unsere letzte Frage nach speziellen Maßnahmen zur Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels nur sehr dürftig und allgemein beantwortet. Anlässlich der Fachtagung und auch heute haben Sie eindrücklich das Leid der Frauen geschildert, nun müssen Taten folgen.

Wir brauchen neue **Strafverfolgungsstrategien**, häufigere Razzien, damit sich die Täter nicht sicher fühlen. Es darf nicht geschehen, dass die Landesregierung wegen Mangel an Polizei- und Kriminalbeamten - die jetzt sicher auch woanders dringend gebraucht werden - den Frauen- und Mädchenhandel und die damit einhergehenden Verbrechen duldet.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen bessere Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Bereitschaft der Opfer steigt, ihre Ausbeuter anzuzeigen.

Hier möchte ich Herrn Generalstaatsanwalt Rex zitieren: „Staatliche Reaktionen müssen so gestaltet werden, dass sie dem Täter wehtun.“ Dazu gehört auch die Vermögensbeschlagnahme. Die Ermittlungsgruppe ist ja jetzt schon aktiv und arbeitet erfolgreich. Das haben wir ihren Pressemeldungen entnommen und auch Herr Minister Buß hat es gesagt.

Im Zusammenhang mit Straftaten wie Menschenhandel oder Förderung der Prostitution werden alljährlich Millionenbeträge bei Straftätern sichergestellt und anschließend gerichtlich für verfallen erklärt. Einzelheiten hat die Landesregierung hierzu in der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage mitgeteilt. Um diese Gelder sind Menschen geprellt worden, die **Opfer** dieser **Straftäter** sind, und die **Gelder** sollten eigentlich diesen Opfern auch wieder zukommen oder Organisationen, die im Sinne der Opfer arbeiten. Das aber ist gegenwärtig nicht der Fall. Der Finanzminister verbucht diese für verfallen erklärten Gelder als Einnahme und führt sie der allgemeine Deckungsmasse zu.

(Ursula Sassen)

Ich halte dies für ungerecht und unbefriedigend. Es bieten sich aus Sicht meiner Fraktion drei Lösungsmöglichkeiten an:

Erstens. Die Landesregierung könnte dem **Opferschutz** eine höhere Priorität zukommen lassen und Opferschutzorganisationen - beispielsweise das Projekt „contra“ - durch entsprechende Haushaltsansätze wieder stärker fördern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

- Danke, Herr Kubicki!

Zweitens. Die Landesregierung könnte bei den zuständigen Justizbehörden stärker dafür werben, dass Geldbußen in Zukunft häufiger **Opferschutzorganisationen** zugute kommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Drittens. Die Landesregierung könnte ihre **Beratungs- und Unterstützungstätigkeit** für die geschädigten Opfer, aber auch für Opferschutzorganisationen ausweiten.

Über die Einzelheiten können wir im Ausschuss gern sprechen.

Es gibt einen Weg, wie die Geschädigten das Geld zurückerhalten können, um das sie geprellt wurden, oder aber wie Opferschutzorganisationen diese Gelder erlangen können, um sie anschließend für ihre Arbeit im Sinne der Geschädigten zu verwenden. Es besteht nämlich die Möglichkeit, diese Ansprüche durch Mahn- beziehungsweise Vollstreckungsbescheide durchzusetzen oder auch an Opferschutzorganisationen abzutreten, die sie im Sinne der Geschädigten verwenden können.

Ich fordere die Landesregierung auf: Tun Sie mehr für den Opferschutz! Geben Sie den Opfern den Anteil, der ihnen zusteht!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Anna Schlosser-Keichel.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist die einzig Dänisch sprechende Abgeordnete! Es hört sich jedenfalls immer so an!)

Anna Schlosser-Keichel [SPD]:

Ich habe das in der Tat nicht verstanden.

(Lothar Hay [SPD]: Lass dich nicht irritieren! Er hat dich beleidigt! Das regeln wir aber nachher!)

- Sie haben Glück, Herr Kubicki!

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man möchte ja glauben, dass die Vokabel „Menschenhandel“ der Vergangenheit angehöre, aber das ist ein Irrtum. Der Handel mit Mädchen und Frauen, ihr Verkauf in die Prostitution, aber auch in Zwangsarbeit oder in illegale Beschäftigungsverhältnisse, in Zwangsehen hat Konjunktur und verspricht lukrative Geschäfte. In Europa ist übrigens die Bundesrepublik Deutschland das Hauptabnehmerland für die „**Ware**“ **Frau**. Das ist eine Schande!

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein - das zeigen die uns hier vorliegenden Zahlen - ist wohl nicht das Zentrum dieser Form von Sklavinnenhaltung. Aber ein Blick auf die Herkunftsländer der Frauen - etwa 90 % stammen aus Europa; die Ministerin sagte es - macht doch deutlich, dass Schleswig-Holstein so etwas wie eine Drehscheibe für diese Art von Märkten ist. Also sind wir doch stark betroffen.

Im Rahmen der **Ostseekooperation** gibt es eine Menge von **Aktivitäten**, von enger Zusammenarbeit. Ich war von der Vielzahl der Kontakte, Fachtagungen und so weiter, die in der Antwort aufgeführt sind und die in der Vergangenheit schon zum Thema Menschenhandel stattgefunden haben, überrascht. Ich denke, in Zukunft - das ist auch die Forderung der Hilfsorganisationen - muss auch verstärkt Wert darauf gelegt werden, dass in dieser Zusammenarbeit auch ein Schwerpunkt darauf gelegt wird, die Frauen in den Herkunftsländern zu informieren, sie vor den falschen Versprechungen der Menschenhändler zu warnen.

Noch einmal zurück zu Schleswig-Holstein und zu der vorliegenden Antwort auf die Große Anfrage! 40 Frauen oder Mädchen sind im Jahr 1998 in Schleswig-Holstein als Opfer von **Menschenhandel** bekannt geworden, 14 im Jahr 1999. Das scheint in dieser gewalttätigen Welt nicht viel zu sein, aber diese Zahlen muss man natürlich unter großem Vorbehalt betrachten: Die **Dunkelziffer** ist sehr hoch.

Nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ den ich die letzten Tage in die Hände bekommen habe, beziffert die polnische Justiz die Zahl der Frauen, die jährlich in die Bundesrepublik „importiert“ werden, auf an die 20.000. Das ist nur die Größenordnung bezüglich eines Herkunftslandes.

Viele kommen aufgrund falscher Versprechungen, viele landen in der Illegalität, sind hoch verschuldet. Viele dieser Frauen erscheinen aber nicht in den Statistiken, die uns vorliegen; sie werden nicht als Verbrechenopfer wahrgenommen, denn - das ist eben schon

(Anna Schlosser-Keichel)

gesagt worden - nur der Handel in die Zwangsprostitution gilt juristisch als Menschenhandel und wird entsprechend geahndet.

Dass viele dieser Menschen verachtenden Geschäfte im Dunkeln bleiben, liegt auch an der geringen Bereitschaft der betroffenen Frauen, die Täter anzuzeigen. Sie sehen sich nämlich nicht nur als Opfer, sie sehen sich aufgrund ihrer unerlaubten Einreise, aufgrund fehlender Ausweispapiere, aufgrund ihrer Arbeit in der **Prostitution** auch selbst als Täterinnen und scheuen deshalb den Gang zur Polizei, wenn sie denn überhaupt die Möglichkeit dazu haben.

In der Tat sind sie in der Vergangenheit ja auch sofort ausgewiesen worden und standen dann nicht mehr bei den Prozessen zur Verfügung. Das ist geändert worden und ich meine, dass es schon ein großer Erfolg ist, dass heute eine Abschiebefrist von mindestens vier Wochen gilt, die verlängert werden kann, wenn die Frauen vor Gericht aussagen.

Es gibt auf Bundesebene Initiativen von den Grünen und von der SPD, die dahin gehen, die Definition von „Menschenhandel“ auf **Zwangsheirat** und **Zwangsarbeit** auszuweiten. Wir unterstützen diese Initiativen, weil wir der Meinung sind, dass Frauen, die nach Deutschland verschleppt werden, bei den zuständigen Behörden Schutz und Hilfe finden müssen. Wir sind auch der Meinung - hier gehe ich mit Ihnen durchaus konform -, dass ein wirksamer Opferschutz und ein Zeuginnenschutz wirksame Handhaben gegen die Täter sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann möchte ich noch ansprechen, dass der Informationsaustausch international, aber auch innerhalb Schleswig-Holsteins funktionieren muss und dass dieser sicherlich ausbaubedürftig ist. Deswegen freue ich mich, dass die Beratungsstelle „contra“, deren Arbeit wir schon in der Modellphase kennen und schätzen gelernt haben, weitergeführt werden kann. Es ist sicherlich bedauerlich, dass die Beratungsstelle nicht mehr die Landesmittel zur Verfügung hat, die sie in der Modellphase hatte, aber trotzdem empfinde ich es als Erfolg, dass hier ein Modell weitergeführt wird, dass mit den Trägern darüber verhandelt wird, dass sich das Land weiterhin beteiligt, weil hier eine Landesaufgabe festgestellt wird. Deswegen möchte ich die Tatsache, dass das Land und die Kirche die Finanzierung halbe-halbe tragen, durchaus als Erfolg darstellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Kollegin, bitten kommen Sie zum Schluss.

Anna Schlosser-Keichel [SPD]:

Es kommt mein letzter Satz!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen gern im Ausschuss darüber beraten, was hier in Schleswig-Holstein bei der weiteren Bekämpfung des Menschenhandels, bei der Bekämpfung des Frauenhandels unser Anteil sein kann und was auch finanziell nötig ist, um die entsprechenden Hilfen zu organisieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erhält die Frau Abgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es sehr beruhigend, dass wir uns in der Behandlung dieses Themas, in der Zielrichtung und den Folgen, die wir daraus zu ziehen haben, weitgehend einig sind. Dafür zunächst einmal ein Dankeschön.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir wissen, dass wir nichts wissen. Das ist die Quintessenz, die man aus dem Bericht der Landesregierung zur Großen Anfrage der CDU-Fraktion ziehen muss. Das ist bedauerlich, liegt aber - das haben meine Vordnerinnen überzeugend dargelegt - an der schwierigen Situation. Es ist in diesem Bereich kaum möglich, konkrete Zahlen zu bekommen.

Es ist bereits schwierig zu definieren, was **Frauenhandel** alles ist. Das liegt aber auch daran, dass wir in diesem Bereich einen großen Schwarzmarkt haben; denn es ist illegal. Allein im wohl gängigsten Bereich, der **Prostitution**, ist die **Dunkelziffer** so hoch, dass sich alle Beteiligten einig sind, dass die registrierten Zahlen nur die Spitze des Eisberges darstellen. Nach Schätzungen von EU-Experten bringen Schlepper jährlich 120.000 Frauen nach Westeuropa. Das ist eine für mich erschreckend hohe Zahl. Es ist sicherlich richtig, dass die meisten von ihnen nach Deutschland kommen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass wir das bevölkerungsreichste Land in Mitteleuropa sind. Von daher ist dieses natürlich, wenn auch nicht gerade begrüßenswert.

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Verheerend ist für mich folgende Erkenntnis: Wir alle haben, als wir „Onkel Toms Hütte“ gelesen haben, geglaubt, dass **Sklaverei** eine Geschichte des 19. Jahrhunderts und abgeschafft sei. Aber dies ist eindeutig nicht der Fall. Sklaverei findet weiterhin statt. Das, was an Frauenhandel stattfindet - in Gesprächen mit der Beratungsstelle „contra“ kann man sehr deutliche Beispiele finden -, ist für mich Sklaverei des 20. und auch des 21. Jahrhunderts.

Es sind sich sicherlich alle darin einig, dass die Betroffenen des Frauenhandels nicht mehr nur „die da aus dem Rotlichtmilieu“ sind. Vielmehr gibt es auch andere Formen des Frauenhandels, beispielsweise den Heiratshandel oder illegale Arbeiten unter sklavereiähnlichen Bedingungen. Gegenwärtig wird das Delikt Frauenhandel allerdings immer im Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung, also mit Zwangsprostitution oder anderen erzwungenen Arbeiten im Sexgewerbe gesehen. Das ergibt sich aus dem Strafgesetzbuch, das lediglich diese Tatbestände in den Vorschriften zum Menschenhandel und schwerem Menschenhandel erfasst. **Zwangsheiraten** oder **Zwangsarbeiten** von Mädchen und Frauen fallen dagegen grundsätzlich nicht unter diese Definition. Ich halte es für richtig, dass es inzwischen eine Initiative gibt, den Begriff des Menschenhandels künftig in dem Sinne deutlich zu erweitern. Ich unterstütze dies ausdrücklich.

Ich wünsche mir, dass ein solcher **erweiterter Begriff** dann auch die notwendige präventive Wirkung entfaltet und den Betroffenen zumindest die Chance einer Handhabe gegen ihre Übeltäter gibt. Gleichwohl bin ich mir durchaus darüber im Klaren, dass eine erweiterte Definition des Frauenhandelsbegriffs nur ein kleiner Mosaikstein auf dem Weg zu einer Lösung sein kann; denn das eigentliche Problem liegt paradoxerweise bei den Mädchen und Frauen selbst. Ihr Abhängigkeitsverhältnis einerseits und ihr illegaler Aufenthaltsstatus andererseits machen es ihnen in den allermeisten Fällen unmöglich, Anzeige zu erstatten. Selbst wenn sie von der Polizei aufgegriffen werden, schweigen die meisten aus Angst. Sie wissen, dass sie wegen eines Verstoßes gegen das Ausländergesetz selbst verfolgt werden können. Schließlich haben sie illegal, also ohne die erforderliche Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, gearbeitet.

Dass diese Frauen und Mädchen aber vor allem schutzbedürftige Opfer sind, denen wegen der an ihnen begangenen Menschenrechtsverletzungen geholfen werden muss, gerät dabei leider allzu oft ins Hintertreffen. Der Bericht macht das sehr deutlich.

Deshalb bedarf es in diesem Punkt besonderer Unterstützung: Die Hilfe muss unmittelbar bei den Opfern

des Menschenhandels ansetzen. Das ist auch ein wesentliches Ergebnis der Beratungen anlässlich der internationalen Konferenz, die das Auswärtige Amt und die OSZE Mitte dieses Monats in Berlin organisiert haben.

Ich bin auch der Meinung, dass es richtig ist, bei Aus- und Fortbildungsmaßnahmen bei Polizei, Justiz- und Ausländerbehörden anzusetzen, damit sie den erforderlichen sensiblen Umgang mit den betroffenen Mädchen und Frauen lernen.

Genauso wichtig erscheint mir die Unterstützung des Modellprojektes „contra“. Frau Schlosser-Keichel, ich teile Ihre Auffassung, dass es gut ist, dass zumindest erst einmal der totale Stopp des Projektes aufgehoben werden konnte und es zumindest zu einer hälftigen Finanzierung kommt. Ich füge aber hinzu: Weitere Kürzungen in diesem Bereich sind nicht hinnehmbar; denn dann ist eine solche Beratungsstelle nicht mehr am Leben zu halten.

(Beifall bei FDP, SPD und der Abgeordneten
Silke Hinrichsen [SSW])

Es muss auch für ein solches Projekt, das sicherlich nicht im Mittelpunkt der Arbeit der Landesregierung steht, die Finanzierung sichergestellt sein; denn nur dann können Menschen beschäftigt werden, die sich in die Sache hineinknien und über entsprechende Erfahrungen verfügen, um den Betroffenen wirksam helfen zu können.

Ich halte den Antrag der CDU in seiner Zielrichtung für richtig, bin aber der Meinung, dass er im Innen- und Rechtsausschuss noch einmal beraten werden sollte.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich nun der Frau Abgeordneten Irene Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich bemühen, nicht einfach das zu wiederholen, was die Vorrednerinnen bereits gesagt haben. Wir werden sehen, ob es mir gelingt.

Menschenhandel bedeutet in erster Linie internationaler **Frauenhandel**; insoweit ist die Sache inzwischen klar. Der Deutsche Bundestag hat sich schon mehrfach mit dieser modernen Form der Sklaverei, einer elementaren Menschenrechtsverletzung bei Mädchen und Frauen, beschäftigt.

(Irene Fröhlich)

Obwohl durch die bundesweite Arbeitsgruppe „Frauenhandel“, in der Bundesministerien, Länder, Bundeskriminalamt und Nichtregierungsorganisationen vertreten sind, wichtige Informationen zusammengetragen und Handlungsanstöße gegeben worden sind, werden die Probleme drängender. Das liegt zweifellos daran, dass sich der Frauenhandel - ich sage einmal untechnisch - in einem Gesetzeswirrwarr befindet; denn die Täter bringen die Frauen gewissermaßen in eine Täterschaft hinein. Sie machen sie selbst zu Illegalen. Dadurch binden sie sie an sich. Sie lassen den Frauen keinen anderen Ausweg, weil diese in dem Land, das sie meistens aufgrund krasser wirtschaftlicher Not aufgesucht haben, keine anderen Kontakte haben. Dadurch sind ihnen auch jegliche Möglichkeiten verwehrt, sich Hilfe zu holen.

Da wir die Verfolgung aus geschlechtsspezifischen Gründen noch nicht gesetzlich anerkannt haben, haben sie auch keinen wirklichen **Schutzstatus**. Die Duldung von vier Wochen reicht in der Regel nicht aus, um wirklich eine gute Strafverfolgung machen zu können. Es bedarf gewissermaßen eines Bedrohungspotenzials für die Täter durch den Staat. Wenn der Staat sich aber schon bindet und sagt, dass er die Hauptzeugen - unabhängig davon, ob bis dahin alles aufgeklärt ist - nach vier Wochen über die Grenze schickt, dann ist das natürlich schwierig.

Die Situation in Schleswig-Holstein ist nicht so dramatisch wie in Berlin oder in Hamburg. Die Entwicklungen sind aber auch in unserem Land deutlich festzustellen. Das liegt natürlich an der Nähe zu Osteuropa und zu Skandinavien.

Der bundesweite Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess - auch das erwähnt die Große Anfrage - in Potsdam hat in seinem Schattenbericht aus der Sicht von Nichtregierungsorganisationen eine kritische Bestandsaufnahme des Frauenhandels in Deutschland erstellt. Experten aus unterschiedlichen Bereichen sind sich darin einig, dass die **Nachfrage** nach unterbezahlten Prostituierten bei weitem das gegenwärtige **Angebot** übersteigt. Der Nachfrage im Westen stehen eine Kombination aus Armut und Perspektivlosigkeit in den Herkunftsländern, ein zum Teil dramatisches Wohlstandsgefälle von Westen nach Osten sowie falsche Vorstellungen vom Leben und Arbeiten in Europa gegenüber; ich habe das zu Beginn meiner Ausführungen angedeutet.

Auch das weist natürlich darauf hin, dass im innerstaatlichen Bereich dringend gehandelt werden muss. Wenn wir die Lebensverhältnisse in den osteuropäischen Ländern nach dem Zusammenbruch des Sozialismus nicht deutlich verbessern, dann wird sich an

dieser Situation wahrscheinlich so schnell nichts ändern; denn wirtschaftliche Notwendigkeiten entfalten immer ihre eigene Dynamik. Meistens sind es auch dort die Frauen, die besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Deshalb erscheint eine befristete oder dauerhafte Migration als einziger Ausweg für die Existenzsicherung. Über die Gewinne ist schon viel gesprochen worden.

Ich stimme dem CDU-Antrag von der Tendenz her zu. Ich denke, wir sollten uns das im Ausschuss noch einmal genauer anschauen. Bislang können die **Kosten** für die Arbeit der **Fachberatungsstellen** und für die Arbeit von „contra“ neben den Landeszuschüssen nur mühsam und unzureichend durch öffentliche Leistungen abgedeckt werden, zum Beispiel nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, was ein Leistungsminde rungsgesetz ist; auch das muss man sich noch einmal klarmachen.

Eine bedenkenswerte Anregung ist aus unserer Sicht, Schutz- und Betreuungsprogramme für Opferzeugen von Menschenhandel aus beschlagnahmten Gewinnen der organisierten Kriminalität zu finanzieren. Das findet bereits jetzt praktisch statt. Denn die Einnahmen aus beschlagnahmtem Vermögen und aus Gebühren für Gerichte werden im Unterschied zu der Annahme von Frau Ursula Sassen im Haushalt der Justizministerin verbucht, gehen also bereits jetzt praktisch unmittelbar in diesen Zweck ein, wenn man so will.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie man sieht, reicht es nicht. Das ist das Problem. Man kann sicherlich darüber nachdenken, wie man an dieser Stelle zu besseren Möglichkeiten kommt. Aber das hängt wiederum damit zusammen, ob man ein glaubhaftes Bedrohungspotenzial gegenüber den Tätern aufgebaut bekommt. Das kriegt man nur, wenn man kompromisslos und unmissverständlich die Frauen schützt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich Frau Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist so, dass wir seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor neuen Herausforderungen in der Kriminalitätsbekämpfung stehen. Das wissen wir alle. **Frauen** insbesondere aus den früheren Ostblockländern werden nach Deutschland gelockt oder verschleppt, um hier vor allem für die illegale **Prostitution** missbraucht zu

(Anke Spoorendonk)

werden. Skrupellose Geschäftemacher spielen mit den Nöten und Träumen dieser Frauen, um sie hierzulande brutal auszunutzen.

Auch wenn Schleswig-Holstein nicht zu den besonderen Zielen dieser Aktivitäten gehört, wie die Zahlen des Berichts zeigen, tragen wir nicht zuletzt als Ostseeanrainer eine Verantwortung dafür, gemeinsam mit unseren Nachbarstaaten diesem Problem zu begegnen. Der Frauen- und Mädchenhandel ist zuerst ein Fall für zwischenstaatliche Maßnahmen. Denn er kann nur international gelöst werden. Darüber besteht Konsens. Das ist auch heute in der Debatte deutlich geworden.

Es wird schon vieles unternommen, das man teilweise der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage entnehmen kann. Zum einen erfolgt eine konkrete **polizeiliche Zusammenarbeit** unter anderem über Europol. Die internationale Zusammenarbeit wird durch bilaterale Vereinbarungen ständig verbessert. Zum anderen sind auch auf politischer Ebene viele Schritte unternommen worden.

Einige Beispiele dazu. Die EU hat 1997 eine gemeinsame Aktion beschlossen. Die EU-Kommission hat Ende des Jahres 2000 einen Entwurf für eine Rahmenkonvention zur Bekämpfung des Menschenhandels vorgelegt. Ebenfalls im Dezember 2000 hat eine Reihe von Ländern in Palermo ein Protokoll der Vereinten Nationen unterzeichnet, das unter anderem die **Bekämpfung des Frauenhandels** umfasst. Im Mai 2001, das heißt im Frühjahr dieses Jahres, hat die Ostseekommissarin des Nordischen Rates, Helle Degn, in Kopenhagen eine Konferenz über den Frauenhandel veranstaltet. In diesem Monat soll die Task-Force der Ostseeländer für die organisierte Kriminalität in der dänischen Hauptstadt abermals über dieses Thema beraten. Am Montag dieser Woche - das hörten wir bereits - ist in Berlin eine internationale Konferenz in Zusammenarbeit von Auswärtigem Amt und OSZE gestartet worden, die sich mit der Bekämpfung des Menschenhandels beschäftigt. Im Mittelpunkt der Konferenz steht unter anderem die Frage, wie in den so genannten Zielländern dem Menschenhandel begegnet werden kann. Denn für eine noch besser koordinierte und effektivere Bekämpfung des organisierten Menschenhandels gehört zu den dringendsten Fragen, wie wir hierzulande mit den Opfern der Menschenhändler umgehen.

Ich möchte zwei Punkte nennen. Zum einen muss der **Schutz der Opfer** im Verhältnis zur Justiz endlich geklärt werden. Auch das ist heute Thema gewesen. Es muss eine Lösung für jene Frauen gefunden werden, die bereit sind, im Strafverfahren gegen die Drahtzieher auszusagen, und sich daher im Rahmen des Zeugenschutzprogramms verstecken müssen. Da das Auf-

enthaltsrecht für diese Frauen bis zum Ende der Strafverfahren begrenzt ist und da die Sicherheit der Frauen und ihrer Angehörigen im Heimatland nicht garantiert werden kann, muss eine neue tragbare Lösung gefunden werden. Dadurch kann für die Frauen ein besserer Anreiz geschaffen werden, gegen die Menschenhändler auszusagen.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist eine gute Unterstützung für die betroffenen Frauen und Mädchen, wie sie bisher von der **Beratungsstelle „contra“** geleistet worden ist. Diese Arbeit ist vor kurzem in Gefahr geraten. Das wissen wir. Wir begrüßen genau wie alle anderen in diesem Hause, dass es gelungen ist, die Arbeit dieser Beratungsstelle weiterzuführen. Das ist wirklich gut, da die Arbeit von „contra“ als landesweite Beratungs- und Anlaufstelle unentbehrlich ist, wenn wir es mit der Bekämpfung von Frauen- und Mädchenhandel ernst meinen.

Die Einrichtung von „contra“ und die weiter verbesserte Zusammenarbeit aller beteiligten Behörden hat zu einer größeren Sensibilisierung geführt. Auf Kreis- und Kommunalebene kann durch Fortbildung, interdisziplinäre Zusammenarbeit und eine verbesserte Kooperation eine bessere Unterstützung der Opfer erzielt werden.

Es wird also schon vieles getan, um den Betroffenen hier in Schleswig-Holstein zu helfen. Letztlich lässt sich das Problem des Frauen- und Mädchenhandels aber nur dadurch lösen, dass die Lebenschancen in den Herkunftsländern verbessert werden. Auch dafür können wir im Rahmen der Ostseekooperation einen bescheidenen Beitrag leisten.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Wir steigen in die Abstimmung ein. Es ist beantragt worden, die Antwort auf die Große Anfrage sowie den Antrag der CDU dem zuständigen Ausschuss zu überweisen. Ich darf fragen, wer dem seine Zustimmung erteilt. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 12 und 28 auf. Hier ist verbundene Debatte und gemeinsame Beratung vorgeschlagen.

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Gemeinsame Beratung:

a) Genehmigung von Offshore-Windparks

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1197

b) Offshore-Windparks

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1055

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1104

Ich darf fragen: Wird das Wort zur Begründung des Antrags gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Besteht Einvernehmen darüber, dass ich zunächst der Landesregierung das Wort zum Bericht erteile? - Wenn das einvernehmlich so ist, dann darf ich für die Landesregierung die Frau Ministerin Franzen bitten, den Bericht zu geben.

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da wir schon zum Juli berichtet hatten und ein paarmal vertagt wurde, sei es mir erlaubt, den Bericht etwas zu aktualisieren, bevor ich zu den CDU-Anträgen komme. Ich biete gerne auch Vertiefung im Ausschuss an. Ich sage das gleich ein bisschen entschuldigend dazu.

Im Ostseeraum haben wir die erste Offshore-Windpark-Konferenz am 19. Juni in Grömitz bezüglich SKY 2000 gehabt. Es gab die Chance zu schriftlichen Einwendungen. Sie ist nur in wenigen Fällen genutzt worden. Es endete am 24. September im Feststellungsprotokoll der Landesbehörde, in dem im Grunde genommen dem Vorhabenträger seine Hausaufgaben aufgegeben sind. Wir gehen davon aus, dass wir frühestens Anfang 2003 ein Raumordnungsverfahren abgeschlossen haben könnten.

Nun gehe ich zur Nordsee und unterscheide selbstverständlich das Hoheitsgebiet, die 12-sm-Zone. Dort haben wir den Viertelkreis nördlich und nordwestlich von Helgoland mit dem Vorhaben WINKRA. Wir warten noch immer auf die Stellungnahmen der Wehrbereichsverwaltung und der Wasser- und Schifffahrtsdirektion. Von diesen Ergebnissen wird es abhängen, wie wir uns weiter verhalten.

In der ausschließlichen Wirtschaftszone der schleswig-holsteinischen Nordsee hat das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, BSH, in Hamburg bereits eine Antragskonferenz durchgeführt, und zwar bei Windpark GEO/Dan Tysk bei Butendiek, bei WINKRA/Rennert und Windland. Das Besondere

dabei ist, dass dieses Verfahren elementarer Bestandteil der abschließenden Genehmigungsverfahren nach § 3 Seeanlagenverordnung ist, anders als bei uns.

Für alle Offshore-Vorhaben im Nord- und Ostseebereich innerhalb und außerhalb von 12 Seemeilen werden vor einer Entscheidung im Rahmen von Raumordnungsverfahren oder Genehmigungsverfahren umfangreiche Umweltverträglichkeitsuntersuchungen vorausgesetzt. Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir noch erhebliche Wissenslücken haben. Entsprechende Forschungen sind vom Bundesumweltminister gemeinsam mit dem Umweltbundesamt in Auftrag gegeben worden. Mit der Vorlage der Ergebnisse kann im Dezember 2002 gerechnet werden. - So viel zur Ergänzung des Berichtes.

Jetzt komme ich zu den CDU-Anträgen. Ich werde mich bemühen, auch hierzu einiges vorzutragen.

Grundlage für Genehmigungen im außenwirtschaftlichen Bereich ist die Seeanlagenverordnung vom 23. Januar 1997. Danach muss die Genehmigung versagt werden, wenn Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs beeinträchtigt werden oder die Meeresumwelt gefährdet wird. Zuständig ist das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie. Dort hat man sich ein durchaus ehrgeiziges und detailliertes Monitoringprogramm zu allen erdenklichen Umweltbelangen vorgenommen.

Meine Damen und Herren, Sie haben umfanglich aufgezählt, was Sie sich darunter vorstellen. Wir sehen derzeit kein Rechtsdefizit, auch nicht für die Belange der **Schiffssicherheit**.

Zwar kann man auch die Einführung einer förmlichen Umweltverträglichkeitsprüfung, die Standardisierung der Untersuchungen, die Vergleichbarkeit der Ergebnisse und auch die Verbesserung der Information der Öffentlichkeit fordern; aber wir müssen schauen, wie wir das hinbekommen. Selbstverständlich bin ich als Ministerin für Landesplanung und gleichzeitig für Tourismus auch an den Aspekten hinsichtlich des Landschaftsbildes interessiert. Das kann ich Ihnen versichern und das werden Sie mir sicherlich auch abnehmen. Ich sehe es genauso wie Sie: Das Risiko einer Schiffskollision ist natürlich ein ökologisches und ein Gefahrenrisiko, aber es ist auch ein touristisches Risiko. Denn das bringt Gästeschwund, zumindest im nächsten Jahr. Hierauf werden wir sehr achten.

Über die Klagebefugnis der Küstenländer müssen wir uns noch einmal im Ausschuss unterhalten. Da geht es um subjektive Rechte. Das ist nicht schlangweg zu beantworten, wie ich das in der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit nur könnte.

(Ministerin Ingrid Franzen)

Spannend ist die Frage der Zuständigkeit. Diese Zuständigkeit ist zurzeit heiß umkämpft. Wenn man in diesem Bereich integrierte Raumnutzungsplanung einführen will, dann könnte man dazu neigen zu sagen, dass die Bundesländer zuständig sind. Aber man sehe und staune: Dann wären es alle 16 und nicht nur wir, die wir ja ein Meer haben. Oder es gäbe eine neue Bundesbehörde, die wir so noch nicht haben, oder der Bund wäre zuständig. Wichtig ist vor allen Dingen: Wenn man zu früh „hier“ schreit, zahlt man das Geld. Also immer vorsichtig sein. Ich denke, hierüber sollten wir uns gründlich unterhalten.

Wir sehen keinen Grund zu befürchten, dass das BSH vorschnell entscheidet. Vielmehr könnte es sein, dass es wegen der Umweltbeeinträchtigungen Teilgenehmigungen stufenweise und in gewissen zeitlichen Abschnitten erteilt. Daran sind immer auch die Umweltressorts und die Landesplanung der Länder als Träger öffentlicher Belange mit beteiligt. Das gilt für alle Belange, so auch für den Tourismus.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Alle an **Offshore-Windenergienutzung** maßgeblich Beteiligten einschließlich des Bundesumweltministers sind sich einig, dass schrittweise vorgegangen werden muss, dass also nicht alles auf einmal getan werden kann. Während der Pilotphase bis circa 2005 könnten allerdings in einem parallelen zweiten Schritt gründliche Überlegungen angestellt und umgesetzt werden, die auf eine Verstärkung des förmlichen Umweltschutzes und der räumlichen Ordnung der Vorhaben vor See abzielen. - Ich sehe, die Lichter blinken schon. - Ich denke, dass wir insofern nicht allzu weit auseinander liegen.

Last, not least und ohne Verletzung meiner Neutralitätspflicht als Planungsministerin, der ich mir sehr bewusst bin, bin ich nach wie vor der Meinung, dass ein Land, das wie Schleswig-Holstein zwischen zwei Meeren liegt, eine faire Chance nutzen muss, in Genehmigungsverfahren in eigener Zuständigkeit oder aber auch in Ergänzung als Beteiligte im Bundesverfahren durchzuprüfen und zu sehen, was bei uns geht beziehungsweise nicht geht.

Ich bitte um eine intensive Beratung im Ausschuss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich eine geschäftsleitende Anmerkung machen. Die Fraktionen sind dahin gehend übereingekommen, dass wir uns aufgrund der fortgeschrittenen Redezeit heute wie folgt vereinbaren: Tagesordnungspunkt 13 -

Daughter's Day, Antrag der Fraktion der FDP - wird nicht mehr heute, sondern erst am morgigen Tage aufgerufen und heute werden noch die Tagesordnungspunkte 14 - Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe - sowie 25 - Umsetzung des Handlungskonzepts der MASGV zur Sicherung der Pflegequalität in den stationären Pflegeeinrichtungen - behandelt.

Wir fahren mit der Beratung fort. Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der CDU hat jetzt der Abgeordnete Dr. Trutz Graf Kerssenbrock das Wort.

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf mit Ihrer freundlichen Genehmigung mit einem Zitat beginnen:

„Es kann nicht angehen, dass Windenergieparks oder Ölplattformen außerhalb der 12-Seemeilen-Zone ohne ausreichende Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf die Natur genehmigt werden.“

Das ist weder ein Zitat von mir noch ein Zitat irgendeines anderen CDU-Politikers, sondern das ist ein Zitat des Bundesumweltministers Trittin. Gesagt hat er dies am 7. Juni 2000 auf dem Deutschen Naturschutztag.

Ich beziehe mich das zweite Mal in zwei Tagen auf den Bundesumweltminister. Er wird zunehmend interessant.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie schon Beifall heischen, sollen Sie ihn auch bekommen!)

- Sie haben an dieser Stelle möglicherweise mehr Grund, sich mit ihm auseinander zu setzen, als wir. Aber Recht hat der Mann an dieser Stelle.

An der Nord- und an der Ostsee herrscht Goldgräberstimmung. Das ist noch vorsichtig ausgedrückt. Nicht das Gelbfieber, sondern das Geldfieber ist ausgebrochen. Von Ihnen, Herr Hentschel, wird geradezu Mystik bemüht: Husum, das Mekka der Windenergie. Sie hätten wenigstens von Rom sprechen sollen. Dass Sie ausgerechnet auf Mekka gekommen sind, lässt vielleicht tief blicken.

Da werden Verkaufsprospekte von Aktien- und Investmentfonds mit den unglaublichsten Gewinnperspektiven herausgegeben, die durch den Bau von **Offshore-Windparks** möglich werden sollen. Wollen wir zunächst ein paar Zahlen hören: Anträge für 45 Windparks innerhalb und außerhalb der 12-Seemeilen-Zone

(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)

mit meist mehr als 150 Anlagen sind gegenwärtig anhängig. Zwischen Sylt und Helgoland sind dies alleine Anträge für 1.000 Anlagen, und zwar auf einer Fläche von 1.371 m². Mein Kollege Maurus hat mir heute noch eine Skizze zugesteckt, wie das aussieht: alles wunderbar in Kollisionslage mit IBA-Gebieten und anderen naturgeschützten Gebieten.

Angesichts der noch auf viele Jahre absehbaren **Subventionierung** der **Windkraftanlagen** durch den Stromverbraucher handelt es sich anscheinend um Lizenzen zum Gelddrucken. Darum geht es letztlich dabei.

(Konrad Nabel [SPD]: Wer hat denn die Kernenergie bezahlt, Herr Kollege?)

Macht es Sie als Regierungskoalition nicht stutzig, dass bei derartigen Verlockungen sogar die einstmals von Ihnen so gehassten Stromkonzerne auf den Gedanken gekommen sind, dass sie nunmehr Windenergie betreiben wollen?

(Lachen bei SPD und SSW)

Glauben Sie, dass das alles überzeugte Windenergieanhänger sind? Sie sind es keineswegs, sondern sie nutzen nur ökonomische Chancen, die ihnen auf Kosten des Stromverbrauchers dargeboten werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, bei derart unverhältnismäßigen Subventionsanreizen von über 10 Pfennigen über dem Marktpreis pro erzeugter Kilowattstunde kann man es niemandem verdenken, wenn er die Angebote nutzt. Auch das müssen wir nüchtern sagen. Aber darf es unsere Aufgabe als Politiker sein, solche geradezu unsittlichen Angebote zu machen, wenn doch der Gesamtertrag für die Gesellschaft, für die Volkswirtschaft immer begrenzt bleiben wird?

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Ich will Folgendes klarstellen, meine Damen und Herren: Wer auf eigene Kosten umweltverträglich investiert und auf diese Weise wettbewerbsfähig wird, der hat selbstverständlich unsere Hochachtung verdient.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber darf eine Energieform auf Dauer durch den Verbraucher unverhältnismäßig subventioniert werden?

(Günter Neugebauer [SPD]: Was sagt denn Ihre Fraktion dazu? Ist Ihre Fraktion auch der Auffassung?)

- Herr Kollege Neugebauer, der Klimaschutzbeitrag der Windenergie und - Herr Minister Rohwer ist leider nicht anwesend - der augenblicklich erfreuliche wirtschaftsstrukturelle Beitrag der Windenergie, also der

Zuwachs an Wirtschaftskraft durch die Windenergie - insgesamt ist ja die wirtschaftliche Situation in Schleswig-Holstein recht bescheiden geworden; da muss man sich an jedem Strohalm festklammern -, wird überhaupt nicht in Abrede gestellt und auch durchaus begrüßt. Dieser Zuwachs an Wirtschaftskraft durch Windenergie wird überhaupt nicht in Abrede gestellt. Er wird durchaus begrüßt. Die Messe in Husum war wunderbar. Technologische Fortschritte sind auch wunderbar. Das sei jedem gegönnt, nur nicht immer auf Kosten der **Stromverbraucher**. Das ist der Punkt. Das Bruttoinlandsprodukt wird auch dadurch vermehrt, dass man eine Straße teert, sie wieder aufreißt und sie wieder teert. Das alles ist eine Vermehrung des Bruttoinlandsprodukts.

(Zurufe der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der volkswirtschaftliche Sinn derartiger Aktivitäten bleibt natürlich begrenzt. Wenn schon europarechtlich - -

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Kollege Nabel, europarechtlich ist das Ende der Subventionierung schon sichtbar. In der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 13. März wurde die Subventionierung durch das Stromeinspeisegesetz nur unter den gegenwärtig nicht vorhandenen Wettbewerbsbedingungen in Europa für zulässig erklärt. Das heißt auf Deutsch: Wenn sich die Wettbewerbsbedingungen, das heißt die Liberalisierung in Europa, durchsetzen, wird sich das ändern. Dann ist das Ende des EEG wohl absehbar und sichtbar.

Die Gefahr des Aufbaus auf Dauer nicht überlebensfähiger Wirtschaftsstrukturen besteht eben auch durch den Aufbau eines solchen Wirtschaftszweigs. Eines Tages wird der auf Kosten des Stromverbrauchers aufgeputzte Wirtschaftszweig Kostgänger des Staates werden, weil es irgendwann damit zu Ende sein wird. Herr Nabel, dann kommen Sie möglicherweise an und sagen: Der Staat darf nicht der Reparaturbetrieb des Kapitalismus sein. Das haben wir in den 70er-Jahren alles erlebt.

(Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

- Kollege Baasch, worum geht es uns? Es geht uns um einen geordneten, überschaubaren, nachprüfbar und für die betroffenen Bundesländer klagbaren Rechtsrahmen für die **Genehmigungsverfahren**. Darum geht es uns.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Trutz Graf Kerksenbrock)

Die Seeanlagenverordnung muss dringend überarbeitet werden. Wir müssen auch möglicherweise die gebundene Entscheidung überdenken nach dem Motto: Wenn es keine Ablehnungsgründe gibt, muss genehmigt werden.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege Kerksenbrock, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]:

Gern!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie mir erklären, warum der Strompreis zu Zeiten, als die Atomkraftwerke gebaut wurden, um 10 Pf höher war als heute?

- Herr Kollege Hentschel, wollen Sie mir erklären, dass die Fehler, die Sie als Fehler geißeln, jetzt bei der Windenergie gemacht werden sollen?

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist keine Antwort!)

Das kann wohl nicht der Sinn Ihrer Frage sein.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wir sagen: Es gibt ein eindeutiges Rechtsregelungsbedürfnis. Frau Ministerin Franzen, Sie haben eben selbst gesagt, dass es möglicherweise Stufengenehmigungen geben soll. Dadurch werden teilweise vollendete Tatsachen geschaffen. Sie werden dann unter Handlungsdruck gesetzt werden. Dann heißt es: Dieser Park rechnet sich nicht, er muss größer werden. Wir werden dann immer noch mehr Genehmigungen erteilen müssen. Genau das kommt dabei heraus. Deshalb geht es nicht.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [FDP])

Sie wollen offensichtlich auch, dass selbst in Auftrag gegebene Parteigutachten als Grundlage für Genehmigungsverfahren genutzt werden können. Frei nach dem Motto: Wer die Musik bezahlt, der darf sie auch bestellen. So einfach geht das in keinem anderen Verfahren. Hier soll das möglich sein. Der Germanische Lloyd wird nämlich von den Antragstellern beauftragt. Wenn der Germanische Lloyd von den Antragstellern sein Geld bekommt, dann kann man sich möglicherweise ausmalen, was für Ergebnisse dabei herauskommen werden. Das macht Sie sonst so misstrauisch.

Hier soll Sie das nicht misstrauisch machen, nicht wahr?

Wir wollen Sorgfalt bei der Durchführung der Prüfungen. Frau Kollegin Todsens-Reese hat mit ihrem Arbeitskreis Bereisungen durchgeführt, an denen ich zum Teil teilgenommen habe. Dort haben wir Bedenken über offensichtlichen Druck, der inzwischen von Antragstellern auf die Genehmigungsbehörden ausgeübt wird, gehört. Dies geschieht nach dem Motto: Ihr müsst schneller machen, wir müssen wirtschaftlich in die Puschen kommen. Nun prüft mal nicht so genau. Die Genehmigungsvoraussetzungen wollen wir auch nicht so genau austariert haben. - Hier wird es bedenklich.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer sagt denn das?)

- All dies haben wir dort zu hören bekommen. Wir wollen ergebnisoffene und nachprüfbare Überprüfungen der Risiken für Flora, Fauna und Geologie des Meeres. Da weiß man teilweise wirklich noch viel zu wenig. Der Standort nördlich von Helgoland liegt eindeutig im IBA-Gebiet. Das kann man an dieser Karte deutlich machen. Wir wollen ergebnisoffene und nachprüfbare **Sicherheit des Schiffsverkehrs**. In der Deutschen Bucht finden jährlich 200.000 Schiffsbewegungen statt. In der Ostsee sind es sogar 250.000. Da wollen Sie Riesenwindparks hineinbauen. Wenn das erste Schiff durch einen Propeller getroffen gesunken ist und möglicherweise eine Ölpest verursacht hat, dann wollen Sie es bestimmt nicht gewesen sein. Dann wollen Sie nicht dabei gewesen sein. Darum geht es. Das muss mit größter Sorgfalt geprüft werden.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen eine ergebnisoffene und nachprüfbare Überprüfung der Auswirkungen auf den Tourismus und wir wollen Realismus bei den Erwartungen. Es gibt bei den immer größer werdenden Anlagen offensichtlich sehr viel größere technische Probleme, als bisher vermutet wurde. Zum Beispiel sind die 5-MW-Anlagen technisch überhaupt noch nicht ausgereift.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch die Stabilität der Stromversorgung wird durch eine zu große Windkrafteinspeisung offensichtlich beeinträchtigt und möglicherweise gefährdet.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vergleichen Sie das doch mal mit der Atomkraft! - Zurufe von der SPD)

Das alles ist technisch noch nicht im Griff. Wir wollen keine Entscheidung und Präjudizien vor dem Vorliegen

(Dr. Trutz Graf Kerksenbrock)

ordentlicher Prüfungsergebnisse. Es gilt, einen kühlen Kopf zu bewahren. Kollege Hentschel, durch noch so viele Windenergieanlagen wird kein einziges Kraftwerk - welchen Energieträgers auch immer - überflüssig.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Das gilt, solange der Energiebedarf nicht drastisch zurückgeht. Der Bedarf geht nicht drastisch zurück. Das wissen Sie auch. Bei der volkswirtschaftlich dauerhaften Begrenztheit des Beitrags der **Windenergie** zur Lösung der energiepolitischen Probleme der Zukunft, den wir nicht ablehnen, muss eine Subventionierung dieses Ausmaßes unter Inkaufnahme nicht unerheblicher Gefahren für die Umwelt sorgfältiger geprüft werden, als dies bisher durch die Landesregierung offensichtlich angesetzt ist.

(Beifall bei CDU und FDP - Günter Neugebauer [SPD]: Sie wollen nur weitere Atomkraftwerke! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Soll ich für Sie eine Fachzeitschrift abonnieren? Ich bin sogar bereit, das zu bezahlen!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege, das könnte ein privatwirtschaftliches Angebot auf Abgabe eines Vertragsangebots gewesen sein.

(Heiterkeit)

Wir fahren in der Beratung fort und ich erteile Herrn Abgeordneten Carl Wodarz für die SPD-Fraktion das Wort.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Stell das mal richtig!)

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die energetische Nutzung der **Windenergie** hat schon jetzt einen festen Platz in Schleswig-Holstein, den es zu festigen und auszubauen gilt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Kollege Kerksenbrock, der von uns angestrebte Ausstieg aus der **Kernenergie** erfordert natürlich eine umfassende Neuorientierung in der Energieerzeugung. Es ist albern, wenn Sie jetzt sagen, wir wollen durch Windenergieanlagen Kernkraftwerke abschalten. Es ist nicht der Satz, sondern der Mix. Wir reden immer von einem Mix. In diesem Mix hat das Kernkraftwerk allerdings keinen Platz.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie beschreiben hier so plastisch den Super-GAU auf See durch Windkraftanlagen.

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die gleiche Sensibilität sollten Sie wirklich bei den Atomkraftwerken haben. Dann würden wir zu anderen Ergebnissen kommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben viel Erfahrung mit Windkraftanlagen an Land, doch wir müssen erkennen, dass wir beim Flächenangebot und bei der gesellschaftlichen Akzeptanz an eine Grenze stoßen.

Auf den diskutierten Offshore-Projekten ruht jetzt so manche Hoffnung. Insbesondere gilt das für die Investoren und Anlagenbauer. Während wir in der Maschinenbranche einen konjunkturellen Einbruch erfahren, notieren wir beim Bau von Windkraftanlagen einen ständigen Anstieg. Das ist in der jetzigen Konjunkturlage interessant. Unsere Anlagen sind ein ausgesprochener Exportschlager. Auch hier muss ich mich über den Kollegen Kerksenbrock wundern, nicht ärgern.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nein, ich ärgere mich nicht. Von Ihnen diese Kapitalismuskritik zu hören, fand ich ganz witzig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hier werden also die Leute diskriminiert, die damit Geld verdienen wollen.

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das müssen ganz bitterböse Buben sein. Offensichtlich sind diese bei uns besser aufgehoben. Wir haben dafür Verständnis, wenn man mit solchen Anlagen Geld verdienen will.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Allerdings ist mir auch das Verhalten der Kollegin Maurus und Feddersen, die ja gegen die Offshore-Anlagen ziemlich Sturm laufen - was auch schon wieder ausreichen würde, um eine Anlage zu betreiben -, aus wirtschaftspolitischer Sicht völlig unverständlich.

(Heiterkeit - Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen einmal zu einer ernsthaften Debatte kommen!)

(Friedrich-Carl Wodarz)

- Dann dürfen Sie nicht so lachen. - Die uns vorliegenden Anträge - Herr Kollege Kayenburg, ich werde jetzt ganz ernsthaft - sind natürlich von einer anderen Qualität als die Debattenbeiträge, die wir gehört haben. Die Fragen, die dort aufgeworfen worden sind, sind ernsthaft und werden von uns auch ernst genommen. Wir wollen die Fragen durchaus diskutieren, nur wird das Plenum dafür nicht ausreichen und deshalb - das ist schon angesprochen worden - werden wir damit in den Ausschuss gehen.

Ich gebe ehrlich zu: So „gut“, wie wir das Planungsverfahren an Land im Griff haben, so fehlen uns doch klare Vorgaben auf See, insbesondere in der Ausschließlichen Wirtschaftszone. Die CDU greift in ihrem Antrag mit der Pflicht zur **Umweltverträglichkeitsprüfung** für **Windparks** in der AWZ die aktuelle Diskussion auf. Wir wünschen uns eine entsprechende Änderung des Gesetzentwurfs zur Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes, denn dort ist ein UVP-Pflicht in der AWZ vorgesehen. Ich möchte die hiesigen Kolleginnen und Kollegen der CDU bitten, auf ihre Berliner Kollegen einzuwirken, damit diese die entsprechende Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes unterstützen.

Die Spiegelstriche zwei und vier hätten Sie sich allerdings sparen können, weil da all das wiederholt wird, was sowieso in einer UVP vorgesehen ist. Die Auswirkungen auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs sind übrigens so, wie es die Seeanlagenverordnung schon jetzt vorsieht, Gegenstand. Auch hier kann ich keinen Neuigkeitswert erkennen.

Ich möchte mich nicht weiter in Details ergehen, zumal die Sachverhalte sehr komplex sind und wir zu einer vertiefenden Beratung im Ausschuss kommen werden.

Lassen Sie mich aber in diesem Zusammenhang - der Kollege Kerssenbrock hat das angesprochen - anmerken, dass wir zu einer Überprüfung und meinerseits eventuell auch zu einer Korrektur des **Erneuerbaren-Energie-Gesetzes** hinsichtlich der Änderung des Zeit- und Förderhorizonts für die Einspeisung von Windenergie kommen sollten, da diese Förderung bislang nur für Anlagen gilt, die bis zum Jahr 2006 genehmigt sind. Daher entsteht der Druck. Sie würden das wahrscheinlich ganz weghaben wollen, ich würde es wahrscheinlich noch verlängern wollen. Denn wenn wir die Genehmigungsbehörden von dem Druck etwas entlasten würden, können wir natürlich mit der entsprechenden Sorgfalt, die notwendig ist - da unterstütze ich Sie voll und ganz -, Windparkanlagen fördern. - Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Ich kürze ab.

Meine Damen und Herren, wenn man der CDU jetzt ein Kompliment macht, ist es das: Es ist gut, dass Sie

die Diskussion aus dem Verwaltungshandeln herausgeholt haben, dass wir es hier ins Parlament ziehen, dass wir es in den Ausschuss ziehen und dass wir das dann im Agrar- und Umweltausschuss - damit beantrage ich eine entsprechende Überweisung - beraten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt das Wort der Frau Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan.

(Konrad Nabel [SPD]: Vogelschredder! - Unruhe)

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Wodarz, ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Büttensrede. Offensichtlich haben Sie nicht begriffen, dass die Karnevalszeit noch nicht angefangen hat und wir hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag sind.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Gerhard Poppendiecker [SPD]: Christel, sei doch nicht so verkniffen!)

- Ich habe die Stimmung gleich wieder richtig gestellt.
- Die Landesregierung macht in den Vorbemerkungen zu ihrem Bericht über den aktuellen Stand der Zulassungsverfahren für **Offshore-Windkraftanlagen** deutlich, dass sie diese Form der Stromerzeugung politisch will. Graf Kerssenbrock hat in seinem Beitrag deutlich herausgestellt: Sie will es politisch, bezahlen sollen es die Stromkunden. Das ist auch der Unterschied zu einer früheren Förderung von Kernkraftwerken. Diese sind mit Steuermitteln bezahlt worden und nicht allein von den Stromkunden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU] - Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Rechnen Sie es bitte um: 0,1 Pf/kWh und jetzt sind es über 10 Pf/kWh.

Kollege Wodarz, eines möchte ich für die SPD-Fraktion ganz deutlich machen: Es kann nicht sein, dass die jetzige Geltungsdauer des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes - bis 2006 - in irgendeiner Weise die Sorgfalt der Prüfung beeinflusst. Das geht nicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

In jedem Falle muss sorgfältig geprüft werden. Sie haben das nicht ganz klargemacht. Das halte ich für wichtig.

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Noch eines macht die Vorbemerkung der Landesregierung deutlich, die Sorge vor **Schiffsunfällen**. Die Nordsee ist das am meisten befahrene Binnenmeer, das wir haben. Graf Kerksenbrock hat die Zahlen genannt. Der Schutz der marinen Umwelt vor Beeinträchtigungen wird nur nachrangig betrachtet. Angesichts der Anstrengungen, die die Landesregierung unternommen hat, ein Landesnaturschutzgesetz übers Land zu bringen, das viele Privateigentümer in diesem Lande in ihren Möglichkeiten erheblich behindert, erhebliche Kosten für Privateigentümer verursacht, finde ich es schon ein bisschen seltsam, inwieweit der Schutz der maritimen Umwelt deutlich nachrangig behandelt wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Ministerin hat herausgestellt, wenn es um die Genehmigung von Offshore-Windkraftanlagen geht, ergeben sich Schwierigkeiten aus den verschiedenen Zuständigkeiten der Behörden für die unterschiedlichen Seengebiete. Innerhalb der 12-Meilen-Zone ist das Land zuständig, im Bereich der Ausschließlichen Wirtschaftszone der Bund.

Die Betreiber von Offshore-Windparks müssen den Nachweis erbringen, dass von den Windkraftanlagen keine Beeinträchtigungen für Schifffahrt und Umwelt ausgehen. Prüfschemata, Grenzwerte und sonstige Kriterien, nach denen die Genehmigungsbehörden entscheiden werden, sind diesen nicht bekannt, weil es sie noch gar nicht gibt oder sie von Behörde zu Behörde unterschiedlich sind.

Ich finde es gut, dass die CDU-Fraktion dieses Dilemma aufgegriffen und in ihrem Antrag Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt hat.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Die Landesregierung steckt in einem weiteren Dilemma: Einerseits wirbt sie um Investoren, sich an der Errichtung von Offshore-Windparks zu beteiligen, andererseits betont auch die Landesregierung, dass große Wissenslücken bestehen und die für die **Umweltverträglichkeitsprüfung** erforderlichen Untersuchungs- und Bewertungsmethoden sowohl für die Verfahren in der AWZ als auch für SKY 2000 in der Ostsee noch gar nicht zur Verfügung stehen.

Wenn Sie aber über das Untersuchungsgebiet nur wenig wissen und die Genehmigungskriterien noch nicht kennen, können Sie Investoren ehrlicher Weise keine belastbaren Prognosen über eine Genehmigungsfähigkeit Ihrer Projekte geben. Die Forderung der CDU-Fraktion nach einer Festschreibung der Umweltverträglichkeitsprüfung für die Außenwirtschafts-

zone in der Seeanlagenverordnung ist daher vollständig richtig.

Es wirkt schon komisch, wenn innerhalb der 12-Meilen-Zone eine solche Prüfung durchgeführt werden muss, während in der AWZ entsprechende Regelungen fehlen. Bedeutet dies, dass Umweltbelange außerhalb dieser Zone keine so entscheidende Rolle spielen?

Das Umweltbundesamt hat ein Forschungsvorhaben zur Vermeidung und Verminderung von Belastungen der Meeresumwelt durch Offshore-Windparks im küstenfernen Bereich in Auftrag gegeben. Nach dem Bericht liegen die Ergebnisse erst im Dezember 2002 vor.

Der Germanische Lloyd prüft im Auftrag des Bundesamtes für Seeschifffahrt, wie hoch die Wahrscheinlichkeit einer Kollision von Schiffen mit Windkraftanlagen ist.

Es ist bemerkenswert, dass angesichts der Unsicherheit über die Genehmigungsfähigkeit von Offshore-Windkraftanlagen bereits zehn Anträge für Windenergieparks in der Nordsee und fünf in der Ostsee für je 80 bis 200 Anlagen mit einer Leistung von bis zu 5 MW im Mai beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie vorgelegen haben, obwohl das Forschungsvorhaben des Bundesumweltamts noch läuft.

Die Frage ist - das ist doch die Sorge, die die Menschen an der Nord- und Ostsee haben -: Werden hier bereits Fakten geschaffen, die es nachher schwer oder faktisch unmöglich machen, Antragstellern eine Genehmigung der Anlagen zu versagen, obwohl die Ergebnisse der Forschungsvorhaben und sonstiger Untersuchungen dazu verpflichten?

Wie problematisch Offshore-Anlagen vor Ort gesehen werden, hat das Projekt SKY 2000 bewiesen. Erst Ende letzten Monats hat Herr Poppendiecker Frau Ministerin Franzen darauf hingewiesen, dass SKY 2000 den Fischern in der Lübecker Bucht die besten Fanggebiete nehmen wird. Warum sollen die Fischer gegenüber der Windkraftnutzung zurückstehen?

Und was ist mit den Fachvorschlägen des Bundesnaturschutzamtes? Innerhalb der 12-Meilen-Zone überschneidet sich nordwestlich von Helgoland der Fachvorschlag des BNA für ein Important-Bird-Area-Gebiet mit einem so genannten „Restsuchraum“ für Offshore-Anlagen.

Die Landesregierung hat darauf hingewiesen, dass diese Fachvorschläge keine Handlungsbeschränkungen für die Genehmigung von Anlagen beinhalten. Rechtlich ist das so. Will sie damit auch sagen, dass Fachvorschläge einer Bundesbehörde aus dem Verantwort-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

tungsbereich des Bundesumweltministers - Grüne - wertlos oder irrelevant sind? Angesichts der Ansprüche, die diese rot-grüne Regierung im Umweltbereich von anderen einfordert, ist das - wie ich meine - ein Armutszeugnis.

Die FDP will die Nutzung von Windenergie, aber sie will sie nicht um jeden Preis.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich die CDU loben. Sie haben einen fachlich guten Antrag gestellt, der die wichtigen Fragen anspricht, wichtige Punkte benennt, die zu regeln sind.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Johann Wade-phul [CDU])

Ich bedanke mich dafür und glaube, dass man mit diesem Antrag gut weiterarbeiten kann.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ich hätte mir gewünscht, dass auch der Redebeitrag dem Niveau des Antrags entsprochen hätte. Das war leider nicht der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin muss ich feststellen, dass Herr Kerssenbrock gestern festgestellt hat, dass Atomkraftwerke gefährlich sind. Eine völlig neue Feststellung aus den Reihen der Union! Heute hat er die Aufstellung von Atomkraftwerken mit Subventionen in der Vergangenheit als Fehler bezeichnet. Das ist geradezu revolutionär.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD])

Insofern sind wir in der Debatte schon wieder einen Schritt weiter.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Freuen Sie sich doch mal!)

Wir Grüne unterstützen den weiteren **Ausbau der Windenergie** und sehen die Zukunft neben dem Repowering an Land eindeutig in der **Offshore-Nutzung** auf See.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege Hentschel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Trutz Graf Kerssenbrock?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, das ist zu früh. Ich muss erst einmal in Schwung kommen.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Haus)

Im Auftrag des Bundesumweltministeriums hat das Deutsche Windenergieinstitut aus Wilhelmshaven eine Studie zum weiteren Ausbau der Windenergienutzung im Hinblick auf den Klimaschutz erstellt. Das DEWI erwartet bis zum Jahr 2005 eine jährliche Produktionsmenge von 22,7 TWh Windstrom in Deutschland und einer CO₂-Minderung von 14 Millionen t. Eine weitere Prognose sieht bis zum Jahr 2030 eine erreichte Gesamtleistung aller Windenergieanlagen von 40.000 MW. Das ist mehr als 20 % der gesamten Elektrizitätsversorgung in Deutschland. Für Schleswig-Holstein würde das bedeuten, dass Windenergie die Stromquelle Nummer eins ist.

Wenn man diese Perspektiven sieht, kann man nicht von Nischenproduktion oder ähnlichen Dingen reden. Es ist völlig klar, dass bei dieser Dimension nicht nur ein Atomkraftwerk, sondern ein Großteil der Atomkraftwerke durch Windenergieanlagen ersetzt werden können.

Sie haben völlig Recht, wenn Sie darauf hinweisen, dass **Windenergie** unständig ist. Das ist ein Problem. Deswegen muss man Maßnahmen ergreifen, sie im **Mix** mit anderen Energieträgern zu verstetigen. Das tun wir über das europäische Netz. Hier stehen wir im Verbund mit gesamt Europa. Es gibt bereits Laststabilisierungsrechnungen. Es gibt Modelle der lastabhängigen Strompreise, die eine entsprechende Regulierung herbeiführen.

Wir bauen das Kabel nach Norwegen nach dem Motto: Wenn hier wenig Wind weht, machen die Norweger ihre Wasserkraftwerke auf, wenn wir mehr Wind haben, machen die zu und wir schicken den Windstrom nach Norwegen. Hier haben wir ein wunderbares Last-Swapping - und beide Energiearten sind regenerative Energien, die Wasserenergie und die Windenergie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Karl-Martin Hentschel)

Ein beliebtes Thema der Union und auch der FDP ist das Thema **Subventionen**.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Jetzt ist er in Schwung!)

Also ein paar Takte dazu!

Die **Kernenergie** ist über Jahre sowohl aus Steuermitteln als auch über den Stromkunden subventioniert worden. Um Kernkraftwerke zu bauen, ist der Strompreis in nie da gewesene Höhen getrieben worden, auf über 35 Pf für den Kunden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Senken Sie ihn jetzt wieder!)

Heute, nachdem die Atomkraftwerke vom Stromkunden bereits bezahlt sind und wir zu einer Marktwirtschaft übergegangen sind, sind die Strompreise um 10 Pf gesunken. Diese 10 Pf Differenz waren die Subvention für den Bau der Atomkraftwerke in den 80er-Jahren.

(Zurufe)

Außerdem sind die Atomkraftwerke mit 29 Milliarden DM aus Steuermitteln subventioniert worden, wie zusammengestellt worden ist, eine Summe, die für eine Technologieförderung unvergleichlich und einmalig in dieser Republik ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege Hentschel, erlauben Sie eine - -

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein! Jetzt will ich erst einmal sprechen.

(Klaus Schlie [CDU]: Jetzt sind Sie aber im Schwung!)

- Ich möchte noch mehr in Fahrt kommen.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Sonst kommt er raus aus dem Schwung!)

29 Milliarden DM Steuermittel in die Atomenergie! Wenn wir heute bei Strompreisen, die 10 Pf niedriger liegen, darüber reden, dass ein Bruchteil eines Pfennigs aufgewandt und umgelegt wird, um die Windenergie konkurrenzfähig zu halten, handelt es sich nicht um eine Subvention, sondern lediglich um eine Zukunftsoption, weil die jetzigen Strompreise auf der Grundlage basieren, dass abgeschriebene Kraftwerke mit neuen Kraftwerken, die wesentlich teurer sein müssen, konkurrieren.

Zum Vergleich ein paar einfache Zahlen. Ein neu gebautes Kohlekraftwerk in Sachsen bei Dresden liefert zurzeit Strom mit 18,5 Pf. Das schafft jede Windmühle billiger.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und ohne CO₂-Ausstoß!)

Ein Atomkraftwerk, das heute neu gebaut würde und bei dem die Abschreibung auf den Strompreis umgelegt würde, würde Kosten von über 20 Pf verursachen. Das können Sie überall nachlesen.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Deswegen baut es auch niemand!)

Das heißt, Energie aus Windenergieanlagen ist schon heute, neu gebaut, deutlich günstiger als aus Atomkraftwerken oder Kohlekraftwerken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nun zu den Punkten der CDU. Ich glaube, dass die Diskussion um ein Planungsgesetz, um eine einheitliche integrative Planung auch außerhalb der Außenwirtschaftszone hinzubekommen, sinnvoll ist.

Auch die Änderung der Seeanlagenverordnung ist sinnvoll.

Natürlich muss die Ausweisung von FFH- und Vogelschutzgebieten durchgeführt und rechtzeitig abgeschlossen werden. Anderenfalls hätten wir keine Rechtssicherheit.

Wir müssen natürlich darüber reden, ob wir das EEG verlängern. Das alles sind Punkte, in denen Konsens besteht. Ob das so umgesetzt wird, wie Sie das vorgeschlagen haben, oder auf andere Weise, das muss in der nächsten Zeit geklärt werden. Das hängt im Wesentlichen damit zusammen, dass zurzeit nicht klar ist, ob die Fragen der **Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ)** durch nationales **Recht** geregelt werden können und in welcher Art und Weise. Hier vertreten die europäischen Staaten zurzeit unterschiedliche Positionen. Auch bezüglich der Frage, ob EU-Recht in der Ausschließlichen Wirtschaftszone gilt, ist zurzeit ungeklärt. Frankreich vertritt eine andere Position als Großbritannien. Das sind Fragen, die jetzt aufgearbeitet werden müssen.

Um das alles trotzdem ordentlich zu machen, hat das Energieministerium Schleswig-Holstein in die Konferenz auf Bundesebene den Vorschlag eingebracht, dass alle Planungsvorhaben jetzt so abgearbeitet werden, als gelte das gesamte EU-Recht in der Ausschließlichen Wirtschaftszone. So wird jetzt bereits gearbeitet. So - so wird den Firmen gesagt - müssen die Firmen ihre Anträge stellen. Es wird also antizipierend dafür

(Karl-Martin Hentschel)

gesorgt, dass alle Naturschutzbelange optimal berücksichtigt werden. Das halte ich für ein sinnvolles Vorgehen.

Ich möchte noch ein paar Anmerkungen zum Thema Nordfriesland machen. Das liegt mir sehr am Herzen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

In Nordfriesland ist die Windenergie - das mache ich schon Ulf von Hielmcrone, aber auch den Nordfriesen zuliebe -

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

mittlerweile Wirtschaftszweig Nummer eins. Das muss man wissen. **Nordfriesland** exportiert Windenergie. Das heißt, in Nordfriesland wird mehr Energie in Windkraftanlagen produziert, als verbraucht wird.

In Nordfriesland werden durch die Windenergie Hunderte von Arbeitsplätzen geschaffen, in Husum bei den Herstellern, aber auch durch die Wartung der Anlagen. Die Nachfrage ist so hoch, dass jetzt in Husum mit dem Arbeitsamt verabredet worden ist, dass jährlich 120 arbeitslose Elektriker und Maschinenschlosser zu Mechatronikern umgeschult werden, weil der Bedarf der Windenergieindustrie nicht mehr befriedigt werden kann. Diese 120 Leute pro Jahr bedeuten zusätzliche Arbeitsplätze.

Außerdem soll in Meldorf ein neuer Ausbildungsgang geschaffen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Hentschel, Meldorf liegt aber in Dithmarschen!)

Führt man sich das alles vor Augen, erscheint das, was der Landrat von Nordfriesland, Herr Bastian, oder auch Herr Maurus in Bezug auf die Windenergie fabrizieren, als Kamikaze-Lauf von nordfriesischen Politikern gegen ihre eigene Wirtschaft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Noch eine Anmerkung zum **Bürger-Windpark**. Ich finde es ausgezeichnet, dass die Idee des Bürger-Windparks jetzt auf die Offshore-Anlagen ausgeweitet wird. Ich glaube, es ist wichtig, dass Bürger an solchen Projekten beteiligt werden. Es ist eine große Chance. Es findet große Akzeptanz.

Es haben Dutzende Veranstaltungen in Schleswig-Holstein mit sehr hoher Akzeptanz bei den Bürgern stattgefunden. Daran haben sich bereits Tausende

Schleswig-Holsteiner beteiligt. Das ist ein Projekt, bei dem eine neue Wirtschaftsentwicklung unter Beteiligung der Bürger umgesetzt wird. Dabei gehen wirtschaftliches Interesse und persönliches Engagement Hand in Hand. Aber was kann besser sein, als wenn die Dinge Hand in Hand laufen?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Windmesse wird von uns unterstützt und wir hoffen, dass wir sie in Husum halten können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Ich möchte noch einen Punkt anfügen, und zwar zum Hafen. Der Hafen in Husum bietet für die Wind-Offshore-Industrie eine Chance, sowohl was die Belieferung der Offshore-Anlage angeht, die Besichtigung durch Touristen, die Serviceleistungen, die damit verbunden sind, als auch was den Export von Windenergieanlagen aus Nordfriesland in alle Welt angeht, der zurzeit schon stattfindet.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb muss geprüft werden, ob man den Husumer Hafen als Hafen für die Windindustrie in geeigneter Form herrichten kann. Ich denke, das ist eine Möglichkeit, die von der Landesregierung ernsthaft geprüft werden muss. Ich sehe dort Chancen, die wir nutzen sollten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im schleswig-holsteinischen Landtag hat jetzt der Herr Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Die Erfolgsgeschichte der Landesregierung im Bereich regenerativer Energieformen ist nicht von der Hand zu weisen, Herr Kollege Garg.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Den größten Anteil hieran hat die Windenergie, Herr Kollege Garg. Das verdeutlichen zum Beispiel auch Zahlen, die belegen, dass mit der **Windkraft** allein an

(Lars Harms)

der Westküste 1.000 und in ganz Schleswig-Holstein 2.000 **Arbeitsplätze** geschaffen wurden. Das ist ein riesiger Erfolg.

(Beifall bei SSW und SPD)

Wir müssen jedoch erkennen, dass die uns noch zur Verfügung stehenden Flächen für weitere Windmühlen an Land und die möglichen Repowering-Maßnahmen von vorhandenen Windkraftanlagen nicht ausreichen werden, um den zukünftigen Energiebedarf aus Windkraft decken zu können. Es ist deshalb notwendig, den Blick auf die Nord- und Ostsee zu richten. Hier stehen uns Eignungsflächen und Potenziale zur Verfügung, die die bisherigen Windkraftanlagen an Land in den Schatten stellen. Daher dürfen wir uns diesem Weg nicht von vornherein verschließen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Unruhe)

Vor allem angesichts der Tatsache, dass hierdurch viele Arbeitsplätze geschaffen werden können, müssen wir das als Chance sehen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit bitten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Lars Harms [SSW]:

Für den SSW ist es wichtig, dass im Zuge der **Ausweisungsverfahren** Untersuchungen durchgeführt werden, die selbstverständlich die Belange der Meeresumwelt und Schiffssicherheit berücksichtigen. Das haben wir immer betont. Es wurde vonseiten der Landesregierung zugesichert, dass **Untersuchungen** durchgeführt werden sollen, die die Belange der Umwelt berücksichtigen. Das geschieht auch. Es wird ein Verfahren durchgeführt, das an eine Umweltverträglichkeitsprüfung angelehnt ist. Darüber hinaus werden naturschutzrechtliche Fragen im Zusammenhang mit Schutzgebieten einbezogen. Auch den Ansatz des Bundesumweltministers Trittin, die Eingriffsregelung mindestens auf die ausschließliche Wirtschaftszone auszudehnen, halten wir für sinnvoll. Das alles sind pragmatische Ansätze, die wir begrüßen. Es ist jedoch wichtig, dass das zeitnah durchgeführt wird.

Im Zusammenhang mit der Planung erscheint es uns auch wichtig, dass ein grenzüberschreitender Informationsaustausch stattfindet. Wir sehen die Notwendigkeit, dass unser nördlicher Nachbar über die Pläne informiert wird. Um an unseren Küsten und auch in

Dänemark eine Akzeptanz für Offshore-Windparks zu erreichen, sollten die zuständigen Regionen über die Planungs- und Untersuchungsverfahren unterrichtet werden.

Die Forderung der CDU, eine Klagebefugnis für die Küstenländer zu schaffen, halten wir jedoch nicht für durchführbar. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Forderung auf europäischer Ebene standhält.

Angesichts der Forderung der CDU zur Schiffssicherheit im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit einer Kollision mit Offshore-Windparks möchte ich darauf hinweisen, dass bereits Konzepte zur Schiffssicherheit vorliegen. So haben der WWF, der Kreis Nordfriesland und der Kreis Dithmarschen Konzepte erarbeitet, die sich zwar auf ein PSSA beziehen,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

gleichzeitig jedoch auch Ideen aufführen, die losgelöst von einem PSSA durchgeführt werden können. Daher sehe ich derzeit weniger die Notwendigkeit, die Schiffssicherheit über eine Novellierung der Seeanlagenverordnung zu verbessern. Dies lässt sich mit Berufung auf die vorliegenden Konzepte schneller durchführen.

(Anke Spoorendonk [SSW]: So ist es!)

Der Antrag der CDU trägt dazu bei, die Entstehung von **Windparks im Offshore-Bereich** auszubremsen. Das machen Sie durch die Hintertür, nämlich unter Vorspiegelung von Sorgen im Hinblick auf Umweltschutz, Schiffssicherheit und Tourismus. Das konnten wir gerade eben beim Beitrag des Kollegen Kerssenbrock auch ganz deutlich sehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hören!)

Die CDU sollte endlich die Chancen der Windenergie erkennen und den Standort Schleswig-Holstein in diesem Wirtschaftsbereich unterstützen. Das wäre wesentlich hilfreicher.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und vereinzelt bei der SPD)

Die Küstenbundesländer haben das jedenfalls erkannt und mit der Bundesregierung Absprachen getroffen, die Aktivitäten zugunsten der Offshore-Windkraft beizubehalten und gleichzeitig notwendige Änderungen der Rechtsgrundlagen anzustreben, ohne dass der zeitliche Ablauf gehemmt wird. Diese Vorgehensweise ist unserer Ansicht nach zielführender als der CDU-Antrag. Deshalb - das muss ich ganz ehrlich gestehen - haben wir für den Antrag als solchen sehr wenig übrig. Wir haben damit Probleme. Aber wir sollten uns nicht auf Anträge versteifen, sondern versuchen, die Wind-

(Lars Harms)

energienutzung im Offshore-Bereich so sicher und so umweltverträglich wie möglich durchzuführen. Wir müssen sie aber durchführen, damit auch die Westküste die Chance hat, sich weiterzuentwickeln. Das muss das Ziel von uns als Parlament sein. Wenn wir dieses Ziel nicht verfolgen, dann gute Nacht, Marie!

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Die ordentlichen Redezeiten der Fraktionen zu diesem Tagesordnungspunkt sind erschöpft. Wir treten deshalb jetzt in die Beratung mit Beiträgen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung - in der Reihenfolge der Meldungen.

(Heinz Maurus [CDU]: Na gut! - Heiterkeit)

Zunächst hatte sich der Kollege Klaus Klinckhamer gemeldet.

Klaus Klinckhamer [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beim Stichwort **Offshore-Windpark** in der **Lübecker Bucht** gehen in Ostholstein die Alarmsirenen an. Es ist ganz eindeutig in Ostholstein so, dass man zwar grundsätzlich für alternative Energien ist,

(Zurufe von der SPD: Aber!)

aber es gibt einige wichtige Gründe dafür, dass sich alle Gemeinden in Ostholstein - ich kenne keine Gemeinde, die sich für den Offshore-Windpark in der Lübecker Bucht ausgesprochen hat; und das parteiübergreifend, Fritz Wodarz, das muss man zur Kenntnis nehmen - gegen den Windpark ausgesprochen haben. Es wird befürchtet, dass der touristisch sehr aktive Kreis Ostholstein - einer der Kreise in Deutschland, der am intensivsten Tourismus betreibt - Einbußen beim Tourismus erleben wird. Was nützen uns zusätzliche Arbeitsplätze in der Windindustrie, wenn diese Arbeitsplätze im **Fremdenverkehr** verloren gehen. Das müssen wir abwägen, meine Damen und Herren, das müssen wir ganz kritisch sehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, es ist ein Experiment mit dem Fremdenverkehr, wenn man 20 km vor der Küste den Offshore-Windpark baut. Die Windmühlen stehen dort über 20, 30 Jahre; die bekommen Sie nie wieder weg. Der Gast ist einmal weg und dieser Gast kommt nie wieder. Im Fremdenverkehr hat man es auch so schon - gerade in unserer Ecke mit der Konkurrenz zu Mecklenburg-Vorpommern - schwer genug. Man sollte es ihm nicht noch schwerer machen.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite wichtige Grund ist die **Fischerei**. Der Fischerei gehen wichtige Fanggründe - gerade vor der Haustür - in der Lübecker Bucht verloren. Mir ist von der Fischerei gesagt worden, die Wertschöpfung in der Lübecker Bucht betrage rund 10 Millionen DM. Hier von ginge ein Großteil verloren. Ich denke, in der heutigen Situation sollten wir der Fischerei nicht zumuten, dass sie diesen Verlust hinnehmen muss.

Ein weiterer Grund ist die **Ökologie**. Durch die Fundamentlegung wird der Meeresgrund aufgewühlt. Dadurch gehen wertvolle Laichgründe und damit Fanggründe für die Fischerei verloren und der Meeresuntergrund wird zerstört.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Die Ostsee ist ein verhältnismäßig großes Meer, trotzdem sind die **Schiffahrtswege** nicht ungefährlich, denn nicht überall kann gefahren werden.

Der Windpark soll an einem U-Boot-Übungsgelände gebaut werden und ziemlich dicht neben den Hauptfahrrinnen Richtung Skandinavien. Ich gehe hier mit Trutz Graf Kerssenbrock einig, der gefragt hat, was passiert, wenn dort ein Tanker hineinkommt, wenn andere Schiffe dort hineinkommen. - Dann hätten wir eine Ölpest in der Lübecker Bucht. Die Folgen wären nicht auszudenken.

Last, but not least es ist so, dass den **Gemeinden** keine **Steuereinnahmen** ins Haus stehen.

(Konrad Nabel [SPD]: Ach, da liegt der Hund begraben!)

In der Antwort auf die Kleine Anfrage ist das so beantwortet worden. Ich gehe davon aus, dass es keine Vorteile für die Kommunen gibt, dass es nur Risiken gibt.

Bitte, liebe Landesregierung, lassen Sie die Finger von der Lübecker Bucht!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt der Herr Abgeordnete Manfred Ritzek.

Manfred Ritzek [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir können ja durchaus in Schleswig-Holstein stolz sein, dass

(Manfred Ritzek)

wir in der **Windkraft** eine so **hohe Technologie** entwickelt haben.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Das ist Weltspitze. Ich freue mich, dass ich diese Weltspitzentechnologie Schleswig-Holsteins vor einigen Wochen in Japan auch so darstellen konnte.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Aber ich meine, es reicht nicht aus, Weltspitze in der Technologie zu sein, sondern wir müssen auch Weltspitze in den **Bedingungen für die Zulassung** von Windkraftanlagen sein. Das ist unsere einmalige Chance und das ist auch der Inhalt des Antrages, der von uns gestellt worden ist, sich für die Entwicklung von wirklich optimalen Bedingungen Zeit zu nehmen, bei denen wir dann auch Weltspitze sind.

Die gesamte Kernkompetenz Technologie und Bedingungen für die Zulassung können wir dann von Schleswig-Holstein als eine außergewöhnliche Leistung aus mit Weltcharakter verkaufen. Wir haben Zeit, das zu tun; denn die Windkrafttechnologie gehört ja zu den regenerativen Energien - wie wir wissen - und die regenerativen Energien - so bedauerlich das ist - machen heute erst 2,3 % in der gesamten Primärenergiebilanz aus.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht in Schleswig-Holstein!)

Das ist bedauerlich und das wird auch nicht sehr viel mehr werden. Die **Windkraftenergie** macht 0,3 % in der gesamten **Primärenergiebilanz** aus - von 485 Millionen t Steinkohleeinheiten. Die Prognosen, auch die Prognosen des Wirtschaftsministers der rot-grünen Bundesregierung, gehen dahin, dass die regenerativen Energien im Jahre 2020 nur etwa 5 % ausmachen werden. Das bedeutet, dass die Windkraftenergie, die ja für die nächsten Jahre durchaus subventioniert werden kann und subventioniert werden wird, einen Zuwachs von etwa 400 % haben wird, also im Jahre 2020 bei rund 4 Millionen t Steinkohleeinheiten bei einem Gesamtbedarf von 460 Millionen t Steinkohleeinheiten liegen wird. Wir haben also Zeit, wir brauchen nichts zu überstürzen.

Wir müssen auch darauf achten, dass wir die **Klimaschutzziele** realistisch einschätzen. 1995 hat die damalige Bundesregierung als Klimaschutzziel eine Reduktion von 1990 bis 2005 um 25 % angegeben. Im Kyoto-Protokoll wurden noch 21 % genannt. Der jetzige Bundeskanzler spricht nach wie vor von 25 %. Jeder Prozentpunkt bedeutet eine Reduzierung um

circa 10 Millionen t Kohlendioxid. Es lohnt sich also, regenerative Energien zu entwickeln, aber wir müssen wirklich akzeptieren, dass das immer nur ein kleiner Teil in der gesamten Primärenergiebilanz sein kann.

Deshalb lassen Sie uns Zeit nehmen für die Entwicklung von optimalen Bedingungen zur Zulassung von Windkraftenergieanlagen, damit wir auch hier einen Spitzenplatz einnehmen können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Heinz Maurus das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf mich zunächst einmal bei den Fraktionen, die ja festgestellt haben, dass unser Antrag ein sinnvoller Antrag ist, bedanken. Ich hoffe, wir werden ihn im Ausschuss dann auch so umsetzen, dass er auch das Ziel erreicht, für das er eigentlich gestellt worden ist.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Das waren die Fraktionen von FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Hentschel, die Pirouette, die Sie gedreht haben, kann ich allerdings nicht ganz nachvollziehen.

(Konrad Nabel [SPD]: Er war nicht ganz in Schwung! - Heiterkeit)

Wir sind uns doch darin einig, welche Bedeutung die **Windkraft** für die **Energieerzeugung** und für die **Stromerzeugung** hat.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind wir das?)

Der Kollege Ritzek hat das eben schon einmal angesprochen und wenn Sie die weltweiten und auch die Deutschland weiten Zahlen nehmen, dann sehen Sie ja, dass Deutschland Ende 1999 lediglich 1,7 % des Strombedarfs aus Windenergie gedeckt hat. Wir sind uns darin einig, dass wir mit der Windenergie nicht alternativ tätig werden können, sondern dass Windenergie immer nur eine additive Art der Stromerzeugung ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns die Zahlen ansehen, dann wissen wir, dass von den 2.183 Windenergieanlagen, die wir in Schleswig-Holstein haben, in Nordfriesland 569 sind und 685 in Dithmarschen. - Herr Hentschel, bei dieser

(Heinz Maurus)

Gelegenheit: Meldorf liegt in Dithmarschen und nicht in Nordfriesland.

(Beifall der Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Wenn wir uns diese Entwicklung im Festlandsbereich ansehen, dann können wir sagen, dass die ökologischen Belastungen durch Windkraftanlagen enorm sind

(Beifall bei der CDU)

und es zwingend notwendig war, dass damals ein Mann wie Landrat Bastian durch seine vorbereitende **Planung** versucht hat, hier etwas Ordnung in diesen **Wildwuchs** zu bekommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

So schlecht, Herr Hentschel, kann das ja nicht gewesen sein; denn sonst hätte die Landesregierung in ihre Teilfortschreibung des Regionalplans V diese Kreisplanung nicht mit übernommen.

Dann schauen Sie sich einmal an, wo nicht im Voraus, sondern erst im Nachgang geplant worden ist. Da finden Sie diese Windordnungsräume so nicht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Warum wohl?)

Der zweite Punkt - wir diskutieren ja heute über Offshore -: Es muss doch möglich sein, die **Genehmigungsparameter**, die wir eigentlich unisono als nicht ausreichend anerkannt haben, zu präzisieren. In der internationalen Seerechtskonvention steht nämlich nur eines: Offshore-Nutzungen sind möglich, wenn die Leichtigkeit und die Sicherheit des Schiffsverkehrs nicht gefährdet werden und die Meeresumwelt ebenfalls nicht beeinträchtigt wird. Mehr gibt es dazu nicht.

Man hat sich leider in der Seeanlagenverordnung auch nicht mehr Gedanken gemacht, sondern hat lediglich das übernommen, was in der Seerechtskonvention steht.

Die heutige Problematik zeigt, dass wir ein bisschen mehr machen müssen; denn das, was heute auf Halde liegt, sind eben 25.000 MW, die dort geplant werden sollen. Frau Dr. Happach-Kasan hat es hier ja einmal so ausgedrückt: Im Extremfall sind das 12.500 Anlagen. Das muss man sehen. Das ist ein Flächenverbrauch von 5.000 km². Das reicht von Esbjerg bis Helgoland hinunter.

Also ist es doch nur vernünftig, dort Ordnung hineinzubringen und vor allen Dingen auch denjenigen, die auf See sind und die an der Küste wohnen, die Sicherheit zu vermitteln, die sie verdienen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Unser Antrag dient dazu, hier die entsprechenden Parameter nachzubessern, die Diskussion hier im Parlament ein Stück mit zu führen. Lasst uns das also gemeinsam machen und lasst uns das sachlich machen, Herr Hentschel, und dann haben Sie es auch nicht mehr nötig, solche Pirouetten zu drehen!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Konrad Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es macht mich schon unruhig, wenn Sie immer von Pirouetten reden. Ich glaube, der Kollege Martin Hentschel hat es nicht nötig, hier irgendwelche Pirouetten zu drehen, weil er genau wie die SPD in den letzten Jahren eine völlig geradlinige Energiepolitik vertreten hat

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und auch heute in der Diskussion nichts anderes gesagt hat als sonst.

Ich merke bei Ihnen - das finde ich toll, das finde ich wirklich gut, Herr Maurus, weil Sie nordfriesischer Politiker sind und Sie so reden müssen - eine Änderung in der Diskussionsart und -weise. Das finde ich in Ordnung; wir unterstützen das und wir freuen uns, wenn wir dann, wenn in fünf Jahren über **Windenergie** reden, alle den **Konsens** haben.

(Beifall bei der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was mich stört, ist, dass Sie nicht zur Kenntnis nehmen, dass auch auf anderen Ebenen, die Sie ansprechen - ich sage es genauso wie andere auch -, die Frage, wie das in der **Ausschließlichen Wirtschaftszone** geregelt werden muss - nach unseren Vorstellungen UVP-ähnlich oder nach gleichen Maßstäben -, angepackt werden muss. Bloß, das machen andere auch.

Es gab einen riesengroßen **Offshore-Kongress** in Berlin in diesem Jahr mit all diesen Dingen. Sie sollten einfach nachlesen, Graf Kerssenbrock, was da alles schon steht. Diese Überlegungen werden jetzt in der Politik und unter Experten und Expertinnen diskutiert, um möglichst schnell zu einem Erfolg zu kommen, um möglichst schnell die eingeleiteten wirtschaftlichen Investitionen weiterführen zu können. Wir wollen beispielsweise, dass Jacobs Windenergie oder Repo-

(Konrad Nabel)

wer in Husum, die gerade expandieren, ihre Anlagen weiterbauen und nicht gestoppt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass aus den ehemals nicht mehr lebensfähigen Werften zukunftsorientierte Industriezweige entstehen. Das wollen wir vorantreiben. Es darf jetzt kein Stopp eingezogen werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir müssen parallel arbeiten. Wir müssen in der Ausschließlichen Wirtschaftszone so arbeiten, als ob das UVP-Gesetz dort gelte, und gleichzeitig die rechtlichen Grundlagen dafür legen. Es gibt ein paar Knebelinstrumente.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege Nabel, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Konrad Nabel [SPD]:

Nein, ich habe nur noch 57 sec. - Es gibt Knebel, beispielsweise über die Art und Weise der Leitung. Hier sind wir zuständig. Wir können über das Raumordnungsverfahren bestimmen, wo die Leitung an Land kommt. Die Niedersachsen werden es nicht können, nicht wollen. Wir sind diejenigen, die dann bestimmen. Auf diesem Weg werden wir das Einverständnis derjenigen kriegen, die die Planung durchzuführen haben, dass sie sich an die UVP halten.

Herr Maurus, additiv, nicht alternativ, natürlich alternativ zur Kernenergie!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen aus dieser Technologie raus. Wir haben das erklärt. Es gibt einen Konsens dazu. Wir wollen einen **Mix** aus **regenerativen und konventionellen Energieformen** ohne die Kernenergie.

Nun zu den Zahlen, Herr Ritzek. Es ist toll, wie Sie mit den Zahlen herumspielen. Einmal reden Sie vom Energiebedarf, einmal vom Strombedarf. Heute wird in Schleswig-Holstein schon fast 10 % des Strombedarfs durch Windenergie gedeckt.

(Manfred Ritzek [CDU]: Sie haben davon gesprochen!)

- Sie reden insgesamt von Energie. Wir können mit einem Atomkraftwerk nicht Autos antreiben. Also müssen Sie diesen ganzen Bereich herausnehmen. Wir wollen 25 % des Stroms durch Windenergie erzeugen. Das werden wir auch hinkriegen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir freuen uns, wenn Sie mitgehen. Aber wir machen nicht mit, wenn Sie uns hindern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen dem Präsidium zurzeit nicht vor. Das würde bedeuten, dass wir jetzt die Aussprache schließen können und in die Abstimmung eintreten. Wir hatten eine verbundene Debatte zu den Tagesordnungspunkten 12 und 28. Zu Tagesordnungspunkt 12, Genehmigung von Offshore-Windparks, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1197, war der Antrag gestellt worden ihn an die zuständigen Ausschüsse zu überweisen. An den Agrar- und den Wirtschaftsausschuss?

(Konrad Nabel [SPD]: Umwelt!)

- Federführend Agrarausschuss, mitberatend Umwelt- und Wirtschaftsausschuss! Wer so beschließen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 28. Es handelt sich um einen Antrag der CDU. Ich gehe davon aus, dass der Antrag durch die Berichtsgabe erledigt ist. Ich darf weiter davon ausgehen, dass der Bericht der Landesregierung zu diesem Tagesordnungspunkt an die eben genannten Ausschüsse zur Mitberatung überwiesen wird.

(Konrad Nabel [SPD]: Abschließende Beratung!)

- Zur abschließenden Beratung an die eben aufgeführten Ausschüsse unter Federführung des Agrarausschusses! - Ich bedanke mich vielmals. Damit ist der Tagesordnungspunkt 12 in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 28 für heute erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Weltkulturerbe

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1249

Ich darf darauf aufmerksam machen, dass sich die Antragstellerin, die FDP-Fraktion, dahin gehend einverstanden erklärt hat, dass der Bericht durch die Landesregierung, der im ersten Absatz der Drucksache 15/1249 gefordert wird, in der nächsten Tagung im November gegeben wird. - Das ist einvernehmlich und wird so zu Protokoll genommen.

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Im zweiten Spiegelstrich geht es darum, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Darüber zu beschließen bedarf einer Debatte. Die soll ebenfalls im November erfolgen.

Das bedeutet, dass wir den Absatz 1 dahin gehend verstehen, dass der Bericht dem Landtag in der nächsten Tagung gegeben wird. Die Absätze 2 und 3 in der Fassung dieses Antrags sind beim nächsten Mal auf die Tagesordnung zu setzen. Wer stimmt dafür? - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Nun kommen wir zum Tagesordnungspunkt 25:

Umsetzung des Handlungskonzepts der MASGV zur Sicherung der Pflegequalität in den stationären Pflegeeinrichtungen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1269

Wollen wir nun einen fünfminütigen Bericht zur Begründung durch die Antragstellerin hören?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss nicht sein!)

Ich darf um Hilfestellung bitten, was aus Sicht der Antragstellerin gewollt ist. Es geht darum, dass die

Landesregierung zur 17. Tagung einen schriftlichen Bericht abzugeben hätte. Die 17. Tagung wäre die nächste Tagung, die November-Tagung.

(Zurufe von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

- Ich bedanke mich, dass das so weit nachvollziehbar war. Das würde bedeuten, dass wir in der nächsten Tagung, der November-Tagung, diesen Bericht haben und die Antragstellerin heute darauf verzichtet, diesen Antrag zu begründen,

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

wir der Antragstellung aber zustimmen, damit wir den Bericht zur nächsten Tagung erhalten. - Ich bedanke mich für die allgemeine Zustimmung in dieser Frage.

Wir haben jetzt 18 Uhr und sechs Minuten. Ich darf für heute die Tagung unterbrechen und freue mich auf ein freudiges neues Zusammentreten des Plenums morgen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:06 Uhr